



Plenum

62. Sitzung

München, Freitag, 27. November 2020, 13:00 bis 17:52 Uhr

| | |
|--|----------------|
| Plenarsitzung in häftiger Besetzung..... | 7998 |
| Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten und Staatssekretär Dr. h. c. Albert Meyer | 7998 |
| Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Manfred Ländner | 7998 |
| Abweichung von der Geschäftsordnung (§ 193 BayLTGeschO)..... | 7999 |
| Mitteilung betr. angekündigten Gesetzentwurf der AfD-Fraktion..... | 7999 |
| Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie | |
| Ministerpräsident Dr. Markus Söder..... | 7999 |
| Katharina Schulze (GRÜNE)..... | 8012 8017 |
| Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER)..... | 8017 |
| Thomas Kreuzer (CSU). 8018 8025 8025 8026 8026 8026 8026 8026 8026 8027 | 8027 8028 |
| Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD)..... | 8024 |
| Klaus Adelt (SPD)..... | 8025 |
| Markus Plenk (fraktionslos)..... | 8026 8026 8044 |
| Toni Schubert (GRÜNE)..... | 8027 |
| Katrin Ebner-Steiner (AfD)..... | 8028 |
| Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... | 8031 8034 8035 |
| Markus Rinderspacher (SPD)..... | 8034 |
| Uli Henkel (AfD)..... | 8035 |
| Horst Arnold (SPD)..... | 8035 |
| Martin Hagen (FDP)..... | 8040 8043 |
| Sandro Kirchner (CSU)..... | 8042 |
| Raimund Swoboda (fraktionslos)..... | 8043 8044 |
| Tanja Schorer-Dremel (CSU)..... | 8045 8048 |
| Gerd Mannes (AfD)..... | 8047 |
| Andreas Winhart (AfD)..... | 8048 8050 8051 |
| Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU)..... | 8050 |

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Corona-Infektionszahlen in Bayern weiter senken - notwendige Maßnahmen ergreifen (Drs. 18/11613)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Umsicht und Zuversicht durch den Winter (Drs. 18/11614)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)

Schnelle Lösungen anbieten - Förderung von mobilen Raumlüftreinigern mit HEPA-Filter für alle Arten von Klassen- und Fachräumen an Schulen in Bayern (Drs. 18/11615)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Winterfahrplan zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Bayern - solidarisch, entschlossen, verlässlich! (Drs. 18/11616)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Strategisch Testen - Bayerisches Corona-Testkonzept zielgerichtet ausgestalten - Massentests durchführen (Drs. 18/11617)

| | |
|---|-------------------------------|
| Bernhard Seidenath (CSU)..... | 8052 8056 8056 8057 |
| Markus Plenk (fraktionslos)..... | 8056 |
| Markus Bayerbach (AfD)..... | 8056 |
| Toni Schuberl (GRÜNE)..... | 8057 |
| Jürgen Mistol (GRÜNE)..... | 8057 8061 |
| Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU)..... | 8061 |
| Dr. Anne Cyron (AfD)..... | 8061 |
| Ruth Waldmann (SPD)..... | 8064 8067 8068 |
| Dr. Dominik Spitzer (FDP)..... | 8067 8068 8070 8070 8076 |
| Petra Högl (CSU)..... | 8070 |
| Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER)..... | 8070 8073 8074 8074 8074 8075 |
| Markus Rinderspacher (SPD)..... | 8074 |
| Christoph Maier (AfD)..... | 8075 |
| Dr. Marcel Huber (CSU)..... | 8075 8076 |
| Beschluss zum CSU/FW-Dringlichkeitsantrag 18/11613..... | 8077 |
| Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 18/11614..... | 8077 |
| Beschluss zum AfD-Dringlichkeitsantrag 18/11615..... | 8077 |
| Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 18/11616..... | 8077 |
| Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 18/11617..... | 8077 |

Schluss der Sitzung..... 8077

(Beginn: 13:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne diese Sondersitzung. Es ist die 62. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Ich möchte darauf hinweisen, dass die heutige Sitzung live im Fernsehen und im Hörfunk übertragen wird.

Auch bei dieser Sitzung tagen wir in halber Besetzung, wie schon bei den letzten Malen.

Der Ministerpräsident wird gleich seine Regierungserklärung abgeben. Im Anschluss folgen die Aussprache und die Dringlichkeitsanträge. Das Verfahren ist bekannt. Ich möchte darauf hinweisen, dass es bereits die zweite Sondersitzung zur Corona-Krise in diesem Umfang ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wollen wir eines ehemaligen Kollegen gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 26. November verstarb im Alter von 94 Jahren der ehemalige Staatssekretär Herr Dr. h. c. Albert Meyer. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1966 bis 1998 an – 32 Jahre – und vertrat die CSU im Stimmkreisverband Gerolzhofen, Haßfurt beziehungsweise den Stimmkreis Haßberge in Unterfranken.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und der Rechtswissenschaften an der Universität Erlangen trat er 1955 als Finanzassessor in die bayerische Finanzverwaltung ein. Zuletzt war er als Regierungsdirektor Vorsteher des Finanzamtes in Zeil am Main. Von 1974 bis 1993 war er Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Im Bayerischen Landtag gehörte er unter anderem den Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr, für Sicherheitsfragen, für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen an.

Albert Meyer war ein echter Vollblutpolitiker, weithin anerkannt und geschätzt, der die bayerische Politik über sehr viele Jahre mitgestaltet und mitgeprägt hat. Er war in seiner unterfränkischen Heimat und in seinen Werten tief verwurzelt. Sie waren Basis seiner Politik. Seine einnehmende Art zeichnete ihn ebenso aus wie fundiertes Fachwissen, Fleiß, Bescheidenheit und Bürgernähe. Politik verstand er vor allem als harte Arbeit im Dienste der Menschen.

Außerhalb seiner politischen Tätigkeit hat er sich insbesondere als Vorsitzender des Bezirksverbands Unterfranken des Bayerischen Roten Kreuzes verdient gemacht. Herr Staatssekretär a. D. Dr. Albert Meyer war Ehrenbürger seiner Stadt Haßfurt.

Sein langjähriges, außergewöhnliches politisches und gesellschaftliches Engagement wurde mit zahlreichen Orden und Auszeichnungen gewürdigt, unter anderem mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber und Gold, dem Bayerischen Verdienstorden und dem Großen Verdienstkreuz mit Stern.

Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. –

Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben. Vielen herzlichen Dank dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus der Ferne möchte ich auch in der heutigen Sitzung ein Geburtstagskind aus unseren Reihen grüßen. Er ist heute nicht da. Unser Kollege Manfred Ländner feiert heute Geburtstag. Im Namen des Hohen Hauses wünsche ich alles Gute zum Geburtstag!

(Allgemeiner Beifall)

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, für diese Plenarsitzung abweichend von unserer Geschäftsordnung Dringlichkeitsanträge als eigenen Tagesordnungspunkt vorzusehen.

Jede Fraktion konnte dazu auch einen Dringlichkeitsantrag zum Thema der Regierungserklärung einreichen. Über diese Dringlichkeitsanträge soll im Anschluss an die Regierungserklärung gemeinsam beraten werden. Hinsichtlich der Gesamtrededzeit der Fraktionen hat man sich auf die Hälfte der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Redezeit, also 68,5 Minuten, geeinigt. Besteht mit dieser Abweichung Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gebe ich noch bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 3, die Erste Lesung zum angekündigten Gesetzentwurf der AfD-Fraktion, entfällt. Die AfD-Fraktion hat auf die Einreichung des im Ältestenrat angekündigten Gesetzentwurfs verzichtet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

Ich erteile dem Ministerpräsidenten das Wort:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Corona geht in die nächste Runde, leider. Heute gebe ich eine Regierungserklärung ab, und ich glaube, es wird nicht die letzte zum Thema Corona sein.

Wir haben uns vor vier Wochen zusammengesetzt und für Bayern wie für Deutschland einen Lockdown light beschlossen. Das Positive, das man vermelden kann, lautet: Er hatte Erfolg, zumindest teilweise. Die exponentielle Entwicklung nach oben ist abgemildert worden, der absolute Zusammenbruch des Gesundheitssystems konnte damit verhindert werden. Aber – auch das ist die Wahrheit – es reicht leider nicht. Wir haben nur eine Seitwärtsbewegung. Die Fallzahlen gehen einfach nicht runter. Vom Ziel, eine Inzidenz von 50 zu erreichen, sind wir noch weit entfernt.

Das heißt, wir können heute zwar einen Teilerfolg verkünden, aber eines nicht machen: Entwarnung geben. Die Infektionslage bleibt auf sehr hohem Niveau stabil. Heute kommen neue Zahlen: Die Zahl von einer Million Infektionen in Deutschland ist überschritten worden. Für Bayern können wir sagen, dass derzeit so viele Menschen an Corona erkrankt sind wie noch nie zuvor in diesem Jahr.

Leider bestätigen sich auch alle Prognosen der vor der Situation warnenden Krankenhäuser. Die Krankenhäuser laufen voll. Die Krankenhausgesellschaft warnt, Intensivmediziner warnen, Klinikchefs berichten von schwierigen Zuständen vor Ort. Gestern erst hat der Chef der Münchner Kliniken, Herr Axel Fischer, gesagt, die Lage sei wesentlich ernster als bei der ersten Welle. Vor zwei Monaten waren noch rund 43 Intensivbetten mit beatmeten Patienten belegt. Jetzt sind es weit über 560. Viele Häuser sind voll. Patienten müssen verlegt werden, und OPs werden erneut verschoben, um in den Krankenhäusern vernünftige Arbeit leisten zu können.

Doch nicht nur das. Die nächste Folge ist auch erkennbar, so schlimm wie noch nie: Die Zahl der Todesfälle nimmt dramatisch zu. Im November waren es viermal so viele wie im Oktober. Nach den Schätzungen wird es im Jahr 2020 beispielsweise in Bayern sechsmal so viele COVID-Tote geben wie Tote im Straßenverkehr. Es

sind an Corona dreimal so viele Menschen erkrankt wie an Krebs. Laut Bundesgesundheitsminister wird COVID bzw. Corona in diesem Jahr wahrscheinlich die dritthäufigste Todesursache in Deutschland sein. Die Kommissionspräsidentin der EU, Frau von der Leyen, sagte vor wenigen Tagen in der "FAZ", dass es phasenweise sogar die häufigste Todesursache in Europa ist. Heute wurde die Zahl von 426 Toten gemeldet. Das ist eine neue Rekordzahl. Auch in Bayern schwanken wir. Zum Teil sind es bis zu 80 Tote am Tag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das einfach so weitergeht, haben wir in Deutschland bis zum Ende des Jahres noch 12.000 Tote und in Bayern weit über 2.000 Tote zu beklagen. Ich sage das übrigens nicht, um zu schockieren oder Panik zu verbreiten, sondern um wachzurütteln, um bewusst zu machen, worum es hier eigentlich geht.

Viele haben den Ernst der Lage immer noch nicht verstanden. Für mich persönlich ist es wirklich empörend, wenn Corona immer noch heruntergespielt wird, wenn es mit einer leichten Grippe oder einem Schnupfen verglichen wird. Das Virus bleibt potenziell tödlich und hochgefährlich. Meine Damen und Herren, jeder Tote, jeder Todesfall ist nicht nur eine statistische Größe, sondern trifft Familien. Das ist ein Schicksal. Jeder Einzelne hätte sich übrigens auch auf Weihnachten gefreut.

Ich sage Ihnen deshalb in aller Deutlichkeit, um auch das ethische Ziel und die ethische Basis der Politik der gesamten Staatsregierung zu definieren: Ich bin nicht bereit und ich akzeptiere nicht, die Gefahr zu verharmlosen – ob aus Bequemlichkeit, aus wirtschaftlichen und schon gar nicht aus politisch-taktischem Interesse. Ich kann für mich persönlich und die Staatsregierung sagen: Der Schutz eines jeden Lebens hat in Bayern oberste Priorität. Dabei bleibt es auch.

(Beifall)

Wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen oder sie abbrechen, sonst droht ein schwerer Rückfall. Kontakte zu reduzieren ist übrigens mittlerweile weltweit das einzig existierende Konzept, um Corona wirksam zu begegnen. Eindämmen, Kontakte runterfahren! Selbst in Schweden, wo anfangs eine andere Strategie verfolgt wurde, wendet man im Grunde genommen ein ähnliches Modell an.

Viele Bürger fragen: Warum dauert der Lockdown länger als vier Wochen? Warum dauert er länger als im Frühjahr? Damals waren es vier Wochen. Jetzt sind es auch wieder vier Wochen. Der Hauptgrund ist einfach zu benennen: Im Frühjahr war es ein sehr harter und klarer Lockdown, jetzt ist es ein milder. Wir haben uns in Deutschland ganz bewusst für die milde Variante entschieden. Uns muss aber klar sein, dass wir deshalb längeren Atem haben müssen und mehr Geduld brauchen.

Dass ein härterer Lockdown zu schnelleren Ergebnissen führt, kann man in anderen Ländern sehen. Beispielsweise gehen in Frankreich die Zahlen deutlich nach unten. Der Zusammenhang zwischen Maßnahmen und der Senkung der Infektionszahlen ist also relativ stark. Wir gehen trotzdem diesen Weg, weil wir wissen, dass die harten Maßnahmen für viele Menschen mit schweren gesellschaftlichen Schäden verbunden sind. Klar ist aber auch: Ein Aufheben oder Aufgeben der Maßnahmen würde sehr schnell wieder zu unkontrolliertem Wachstum der Infektionszahlen führen, in gleicher Weise würden Schäden für die Gesundheit und – ich sage das ausdrücklich – auch für die Wirtschaft entstehen. Überall dort, wo man geglaubt hat, Corona im Interesse der Wirtschaft ignorieren zu können, sind die Schäden viel größer geworden. Das Beispiel USA ist da ein markanter Warnruf.

Ist jetzt alles hoffnungslos? – Natürlich nicht! Die Aussicht auf einen Impfstoff gibt uns Hoffnung und ist ein Licht am Ende des Tunnels. – Nach Aussagen des Bundes kann im Januar, vielleicht sogar schon im Dezember mit einem Impfstoff ge-

rechnet werden. Wir bereiten das Impfen daher neben den schon bestehenden Maßnahmen perspektivisch vor. Bis zum 15. Dezember 2020 sollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen rund 100 Impfzentren in Bayern eingerichtet werden. Das ist eine große logistische Herausforderung. Deshalb ein Dankeschön an Gesundheitsministerin Melanie Huml, Innenminister Joachim Herrmann und die vielen Kommunen, die die Maßnahmen großartig umsetzen! Wir haben das Ziel, pro Tag in Bayern bis zu 25.000 Impfungen durchführen zu können. Allein die Zahl zeigt, dass die Vorbereitungen nicht über Nacht machbar sind. Der Impfstoff ist kein Zaubertrank. Er wird wirken, das wird aber dauern.

Ich möchte schon heute auf die Impfmöglichkeit hinweisen und Sie ermuntern, sich impfen zu lassen. Eine Impfpflicht wird es nicht geben, wohl aber ein Angebot. Natürlich gibt es eine Impfstrategie und eine Impfhierarchie. Bevorzugt zu impfen sind natürlich die Risikogruppen, die vulnerablen Gruppen, das Personal in den Krankenhäusern sowie Personen in der kritischen Infrastruktur. Ich sage allen Bürgerinnen und Bürgern sehr deutlich: Wenn es so weit ist, werde ich mich impfen lassen. Meine Damen und Herren, ich finde, wir Politikerinnen und Politiker haben eine Vorbildfunktion. Wir dürfen den Bürgerinnen und Bürgern nicht den falschen Eindruck vermitteln, wir lassen uns nicht impfen, weil der Impfstoff nicht sicher sein könnte. Wenn der Impfstoff in Deutschland zugelassen ist, wenn er empfohlen ist, dann sollten wir uns entsprechend unserer Vorbildfunktion impfen lassen. Wir sollten den Menschen mit unserem Vorbild Mut machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde es auf jeden Fall tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir forschen parallel auch in Bayern. Wir unterstützen und begleiten mit den beiden Mehrheitsfraktionen die Medikamentenforschung, um Alternativen zu entwickeln. Bis diese Maßnahmen wirken, braucht es Geduld und Umsicht. Die einzige Möglichkeit, die wir jetzt haben, besteht darin, Kontakte zu reduzieren. Leider gibt es nichts anderes. Helfen erweiterte Hygienekonzepte nicht doch? – Auch jetzt gibt es immer wieder Einwürfe wie: Ich hätte doch ein Hygienekonzept. – Die ganze Mühe ist nicht vergeblich, sie wird auch wieder wirken.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist aber auch, wie das Robert-Koch-Institut als entscheidende Referenzstelle ganz eindeutig sagt: 25 % der Infektionen können wir nachverfolgen. Diese konnten wir auch zu einem früheren Zeitpunkt auf einem niedrigeren Level relativ gut erkennen. Das waren beispielsweise Ausbrüche auf Erntehöfen, in Schlachthöfen oder an bestimmten Party-Hotspots. Mittlerweile ist die Lage aber so: Aufgrund des hohen Levels der Infektionen sind 75 % nicht nachzuverfolgen. Es gibt reihenweise Fälle, bei denen nachgefragt wird: Könnten Sie sich vorstellen, wo Sie sich angesteckt haben?, in denen die Patienten antworten, sie wissen nicht, wo sie sich angesteckt haben könnten, selbst wenn sie nachdenken.

Wir wollen das herausfinden. Ich darf bekannt geben, dass wir eine Studie bei unseren großen Universitäten in Auftrag geben, um dem RKI Hilfestellung bei der Klärung der Frage zu geben, wo Infektionen wahrscheinlicher oder weniger wahrscheinlich sind. Auch für die Zeit danach ist es wichtig, das besser zu verstehen.

Klar ist aber: Solange das Niveau so hoch ist, solange nicht erklärbar ist, wo es verstärkt zu Infektionen kommt, müssen die Kontakte stark reduziert werden, zumal wir uns entschieden haben, bei Arbeit und Wirtschaft, Schule und Kita die Priorität zu setzen. Alle Bundesländer sehen das übrigens genauso. Das ist auf der Ministerpräsidentenkonferenz wieder klargeworden. Egal, ob ein Land von Grün, Schwarz oder Rot regiert wird, alle tragen dieses Konzept mit.

Wie heißt diese Philosophie? Wie heißt sie für die nächsten vier Wochen – das ist ein Planungszeitraum für die nächsten vier Wochen –? Sie heißt in Kurzform: verlängern, vertiefen, helfen. Erstens, den Lockdown bis Ende Dezember verlängern. Zweitens, für alle im Land, aber ganz besonders in den Hotspots vertiefen. Drittens helfen: Wir geben gerade für die betroffenen Branchen im Einzelnen einen fairen Ausgleich.

Alle haben vereinbart, den milden Lockdown bis 20. Dezember 2020 zu verlängern, rein formal erst bis zum 20. Dezember. Warum? – Weil unser neues Infektionsschutzgesetz bestimmt, dass Verordnungen nur für maximal vier Wochen getroffen werden dürfen. Das ist auch richtig, dass wir das so haben.

Klar ist – wir haben ausführlich darüber geredet –: Es hat keinen Sinn, die betroffenen Branchen im Unklaren zu lassen, ob kurz vor Weihnachten ein Tag geöffnet werden wird. Das bringt nichts. Deswegen haben wir uns darauf verständigt und klar gesagt: Das soll für den ganzen Monat Dezember 2020 gelten. Ich weiß, das ist sowohl für die Gastronomie, für die Kulturszene und für den Sport nach wie vor eine große Belastung. Danke dafür, dass diese Entscheidungen so tapfer mitgetragen werden. Es gibt dafür aber einen Ausgleich. Dieser Ausgleich vom November wird in den Dezember übertragen. Er wird auf alle Branchen, die davon betroffen sind, erweitert. Dazu gehört auch der Bereich der Schausteller und Marktkaufleute, die vom Ausfall der Weihnachtsmärkte stark betroffen sind.

Wichtig ist, dass die Hilfen schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden. Es hat lange gedauert. Mein Eindruck ist, es geht jetzt richtig los. Der Bundesfinanzminister und viele andere in der Bundesregierung haben das jetzt auf den Weg gebracht, sodass das funktionieren kann. Wir in Bayern begleiten das durch die IHK für München und Oberbayern und das Wirtschaftsministerium. Ein herzliches Dankeschön an Hubert Aiwanger und sein Team, die das Ganze umsetzen. Die Zahlen sind ermutigend.

Ich sage auch noch ein Dankeschön in meiner Funktion als Ministerpräsident. Ich lese immer, dass viele den Bund angreifen und mehr Geld fordern. Ich möchte Dankeschön sagen. Viel Geld wird für diese zwei Monate ausgezahlt. Das sind über 30 Milliarden Euro. Kein anderes Land in Europa zahlt – noch dazu bei härteren Maßnahmen – einen so hohen Ausgleich wie wir. Das hat der Bund entschieden. Meine Damen und Herren, ich möchte dem Bund deswegen an dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön sagen. Ohne diese Unterstützung wäre es für die betroffenen Branchen viel schlimmer. Da gilt es auch einmal, dem Bund Dank zu zollen. Meine Damen und Herren, ich möchte das an dieser Stelle tun.

(Lebhafter Beifall)

Wir alle wissen, dass das nicht endlos so weitergehen kann; denn irgendwann würde das Deutschland überfordern. Die Maßnahmen dürfen insofern in den nächsten Wochen nicht einfach verlängert werden, sondern an einigen Stellen muss bewusst vertieft und auch verschärft werden, um die Infektionszahlen zu reduzieren.

Das Ziel bleibt, auf einen Inzidenzwert von unter 50 zu kommen. Was tun wir jetzt weiter? Worauf haben wir uns vereinbart? – Es bleibt dabei, die Kontakte im privaten Bereich sind am wichtigsten. Deshalb gibt es für die Kontakte noch einmal neue Regeln und Gebote sowie den Appell, sich daran zu halten. Nach bisheriger Regelung durften sich in Bayern maximal zehn Personen aus zwei Haushalten treffen. Jetzt sind es maximal fünf Personen aus zwei Haushalten. Wir haben auch eine praxisnahe Regelung für die Kinder getroffen. Letzte Woche gab es hinsichtlich der Kinder – wie soll ich das sagen? – Verunsicherung aufgrund einer Empfeh-

lung. Wir haben diese Regeln ohnehin nie angewendet. Ich glaube aber, das ist jetzt klargestellt.

Zudem sind für Bayern weitere Umstellungsprozesse wichtig. Beispielsweise sollen Universitäten, Hochschulen, Volkshochschulen und die Erwachsenenbildung auf digital umgestellt werden. Auch hier meinen Respekt! Wie das an den Hochschulen klappt – natürlich ist das nie gleich perfekt, und niemand will das dauerhaft haben –, was Professoren, Studentinnen und Studenten dort auf den Weg bringen, beeindruckt mich jedes Mal. Da ist kein Wehklagen. Da ist eine unglaublich hohe Kreativität. Ein herzliches Dankeschön an diejenigen, die dort mitwirken.

(Beifall)

Wir müssen Kontakte in den Städten reduzieren und entzerren. Die Zahl der Kunden wird deshalb pro Quadratmeter in den Einkaufszentren und Malls entsprechend reduziert, damit dort weniger Möglichkeiten bestehen, sich anzustecken. Gleichzeitig gilt vor den Geschäften die Pflicht, auch dort entsprechend zu reagieren und das gut zu managen.

Die Maskenpflicht gilt jetzt generell in ganz Deutschland wie vorher schon in Bayern. Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiger Beitrag. Die umfassende Maskenpflicht schützt. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wo wir jetzt wären, wenn wir die Maske nicht hätten. Ich kann Ihnen eines sagen: Die negative Einstellung zu Masken und teilweise die Ignoranz von Maskengegnern bis zum heutigen Tag ist nicht verständlich.

(Zuruf)

Sogar Donald Trump trägt ab und zu eine Maske, meine Damen und Herren. Daran könnte sich der eine oder andere ein Beispiel nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir bleiben bei der Maskenpflicht, die in den Fußgängerzonen der Innenstädte durch die Kommunen definiert wird. Wir bleiben bei der Maskenpflicht in den Geschäften, auch auf den Parkplätzen außerhalb der Geschäfte und an jedem Arbeitsplatz. Ich sage sehr deutlich: Dort, wo der Abstand nicht möglich ist, bleiben wir in Bayern bei einer guten Kontrolle durch die Polizei und die Gewerbeaufsicht. Das ist wichtig. Ich rate im Übrigen generell dazu, dies so wie in Bayern zu handhaben. Das fände ich wirklich gut.

Das Demonstrationsrecht ist ein wichtiges Gut. Wir lassen Demonstrationen natürlich zu. Meine Damen und Herren, es ist aber ein schlechtes Signal und ein schlechtes Vorbild, wenn bei Demonstrationen Masken bewusst nicht getragen werden. Hier muss mit Bußgeldern operiert werden. Wenn sich eine Person nachhaltig weigert, eine Maske zu tragen, dann muss eine Demonstration eben auch einmal aufgelöst werden, meine Damen und Herren. Keine Maske zu tragen ist nicht der richtige Weg.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um Maskentragende zu entlasten, beispielsweise Lehrer im Unterricht, unterstützen wir diese mit der Ausgabe von FFP2-Masken. Ergänzend zu den Maßnahmen des Bundes, der Masken an über 65-Jährige vergibt, werden wir unsererseits in Alten- und Pflegeheimen massive Unterstützung leisten und diese in der Breite mit FFP2-Masken ausstatten. Es ist bedrückend, dass die Alten- und Pflegeheime trotz höherer Schutzmaßnahmen vor Corona nicht völlig sicher sind. Leider bricht

Corona in Alten- und Pflegeheimen immer wieder aus und ist dann dort brandgefährlich, meine Damen und Herren.

Wir verlängern also den Lockdown, nehmen breitflächige Ergänzungen und Vertiefungen im Land vor und verfolgen eine spezielle Hotspot-Strategie. Mir war sehr wichtig, dies auf Bundesebene zu verankern, weil es entscheidend ist. Auch Bayern ist davon betroffen; in einigen Regionen laufen uns die Zahlen etwas davon.

Unsere derzeitige Situation laut RKI: Wir haben einen Hotspot mit einer Inzidenz von über 400, drei Hotspots mit einer Inzidenz von über 300 und 24 Hotspots mit einer Inzidenz über 200. Das ist eine Menge. Oft wird gefragt: Warum hat Bayern eigentlich so viele Hotspots? – Man könnte sagen, das liegt daran, dass wir zum Teil sehr kleine Gebietskörperschaften haben, in denen sich die Zahlen als sehr stark ausweisen. Der Hauptgrund ist aber – das lässt sich auch an der Landkarte nachvollziehen – die Lage als Grenzregion, übrigens nicht nur in Bayern.

In den Grenzregionen gibt es zum Teil leider besonders viele Hotspots. Um uns herum gibt es nur Hochrisikogebiete, zum Beispiel Tschechien oder Österreich. Das spüren wir auch in Regionen wie Berchtesgaden, Traunstein, Freyung, Passau und Regen. Dort ist überall ein besonderer Eintrag erkennbar. Das erleben wir auch in anderen Bundesländern. Sachsen war bis vor drei, vier Monaten gar nicht betroffen. Durch die steigenden Infektionszahlen in Tschechien ist jetzt auch ein Anstieg in Sachsen zu spüren. Es wurde sogar gesagt, dass sich die hohen Zahlen einzelner Gebiete Mecklenburg-Vorpommerns aufgrund ihrer Lage als Grenzregionen erklären lassen könnten.

Wir wollen offene Grenzen, und wir behalten offene Grenzen, aber uns muss die besondere Situation von Grenzregionen bewusst sein. Umgekehrt spüren wir in Bayern, dass die Zahlen auch im Landkreis Hof sehr stark ansteigen, was auch an der Nähe zu Thüringen liegt.

Meine Damen und Herren, deswegen müssen wir handeln. Bislang haben die Landräte hervorragend gearbeitet und sich eingebracht. Jetzt haben wir noch einmal klare Regeln für alle geschaffen. Es gibt eine Hotspot-Strategie für Regionen mit einer Inzidenz über 200 und für Regionen mit einer Inzidenz über 300.

Was ist bei einer Inzidenz über 200 notwendig? – Wir wenden dies konsequent und nicht nur optional an. Einheitliche Regeln zu schaffen ist übrigens auch ein wichtiges Signal an alle Gesundheits- und Schulämter. Das betrifft Wochenmärkte, Musik- und Fahrschulen, Sportstätten und ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen. Die schwerste Entscheidung betrifft aber sicherlich immer die Schule.

In den Schulen ist eine Diskussion entbrannt. Unsere grundsätzliche Idee ist, die Schulen offen zu halten. Warum? – Bildung ist für Kinder und die Betreuung der Kinder für die Eltern wichtig. So kann man es im Kern definieren. Aber auch in der Schule gibt es ein wachsendes Infektionsgeschehen. Die Infektiosität älterer Schüler ist mittlerweile so hoch wie bei Erwachsenen. Das bestätigen das Helmholtz-Institut und andere. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Leopoldina empfiehlt uns, Abstand zu wahren und Klassen zu teilen. Diese Empfehlung ging an den Bund und an alle Länder. Dies haben wir in der Beschlussfassung nun umgesetzt.

Es gibt jetzt die Option, Wechsel- oder Hybridunterricht einzuführen. Die Schule kann eines von beiden ab der 8. Klasse wählen. Dies ist besonders in Berufsschulen wichtig, da dort die Einträge deutlich höher sind. Für Abschluss- und Förderklassen oder Grundschulen gilt dies nicht. Das ist ein wichtiges Signal für Eltern

und Schüler. Wir reduzieren auch in der Schule die Kontakte und entzerren die Situation im ÖPNV.

Dies gilt neben den Hotspots mit einer Inzidenz über 200 auch für Hotspots mit einer Inzidenz über 300. Für diese haben wir die Vorgabe gemacht, dass das Gesundheitsministerium und die Regierung mit den Kommunen gemeinsame Maßnahmen erarbeiten soll, die umgesetzt werden müssen. Auch dort muss das öffentliche Leben deutlich heruntergefahren werden. Das kann auch Schulschließungen, Einschränkungen in Alten- und Pflegeheimen und natürlich auch Ausgangsbeschränkungen bedeuten, wie sie beispielsweise schon jetzt in Passau diskutiert werden.

Wir werden ganz bewusst die Möglichkeit nutzen, mit Antigen-Schnelltests oder mobilen Teams gezielte Reihentestungen einzusetzen, um mehr Klarheit über das völlig diffuse Geschehen zu gewinnen und vielleicht herauszufinden, welche Orte, beispielsweise Schulen, besonders betroffen sind und wo Reihentests besonders wichtig sind. Bayern wendet jetzt also die Hotspot-Strategie an, die wir mit durchgesetzt haben.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur Schule sagen, weil uns das alle sehr bewegt. Da ich selbst schulpflichtige Kinder habe, weiß ich auch ein wenig, wie die Stimmungslage und wie die Situation ist.

Zunächst zum Wechselunterricht: Wo Wechselunterricht stattfindet, ist es unverzichtbar, dass kein zusätzlicher Leistungsdruck aufgebaut wird. Wir haben eine klare Linie. Manche fordern jetzt die generelle Abschaffung von Noten. Das ist der falsche Weg. Das würde die Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen dramatisch gefährden. Aber dort, wo Wechselunterricht stattfindet, muss natürlich eine Reduktion beziehungsweise eine Anpassung von Leistungsnachweisen erfolgen. Wir sind gegen die Forderung eines generellen zusätzlichen Schuljahres, von der ich gehört habe. Dies wollen wir nicht, aber im Falle der Wiederholung eines Schuljahres soll dieses nicht angerechnet werden.

Für uns alle ist ganz entscheidend, dass wir den Schutzraum Schule trotz Pandemie erhalten und das Vertrauen in den Schulalltag gewährleisten, meine Damen und Herren. Schule ist nie perfekt; dort gibt es immer Probleme, übrigens auch in den besten Zeiten. Aber die Wahrheit ist: Neben dem Fieber steigt auch die Nervosität in der Schule. Die Schulfamilie wirkt ziemlich gestresst. Elternverbände kritisieren in ihren Pressemeldungen Lehrerverbände und umgekehrt; beide einigen sich aber zumindest darauf, das Kultusministerium anzugreifen.

Ich möchte dem Kultusminister danken und ihm das Vertrauen aussprechen. Es ist in normalen Zeiten schon nicht leicht, einen solchen Job zu machen. Er gibt sich allergrößte Mühe. – Ein herzliches Dankeschön in dieser schwierigen Situation.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Alles ist verbesserungsfähig, aber mein Rat lautet: Lassen Sie uns in der Schule mehr miteinander statt übereinander reden. Vielleicht könnten die Abläufe in den Kitas ein gutes Beispiel sein. Dort läuft es überragend geräuschlos, und es gibt ein großes Bemühen. Ich sage Ihnen ehrlich, die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in Bayern nötigt mir jeden Tag aufs Neue Respekt ab. Ich bitte die Kommunen noch einmal ausdrücklich zu prüfen, ob vielleicht auch hier eine Anerkennung der Leistungen von Erzieherinnen und Erziehern möglich ist. Ich sage heute zu, der Freistaat Bayern wäre bereit, sich an einer solchen Anerkennung zu beteiligen; denn ich bin der festen Überzeugung: Erzieherinnen und Erzieher, die in dieser schwierigen Situation unsere Kleinsten betreuen, haben nicht nur lobende Worte,

sondern auch eine Anerkennung verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch einmal zur Schule: Alle diskutieren. Nur eine Gruppe ist ziemlich gelassen: die Schülerinnen und Schüler. Bei den Schulgipfeln waren für mich die Schülersprecher am beeindruckendsten. Der Umgang von Schülern mit der Maskenpflicht oder Homeschooling ist ziemlich cool und ziemlich gelassen. Ich bin sehr stolz auf diese Generation, die gerade heranwächst und unter diesen schwierigen Bedingungen, aufgrund der manchmal Lehrer und Eltern nervöser sind als die Schüler selbst, die Ruhe bewahrt. Da wächst eine gute Generation heran.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie uns also in der Schule vernünftig arbeiten. Es wird kein normales Schuljahr werden, es soll aber ein faires mit gleichwertigen Bildungsabschlüssen bleiben. Dafür geben wir die Garantie. Wir müssen die Schule entstressen. Dazu gehört die Vereinbarung aller Länder mit dem Bund, die Quarantäneregeln zu überarbeiten und zu verbessern. Bislang lautete die Regel: Sollte in einer Klasse ein Schüler infiziert sein, wird die gesamte Klasse 14 Tage in Quarantäne geschickt. Nach der jetzigen Regel dauert die Quarantäne statt 14 Tagen fünf Tage. Dann wird mit den Antigen-Schnelltests getestet. Sollte das Infektionsgeschehen niedrig sein oder der Schüler keine Infektion haben, kann sehr schnell wieder Unterricht stattfinden. Ich glaube, das tut allen gut.

Wir wollen die Rahmenbedingungen an den Schulen verbessern. Wir wollen durch unterschiedliche Anfangszeiten eine Entzerrung erreichen. Mein dringender Wunsch an die Kommunen ist es, dies zu tun. In der Stadt Nürnberg geschieht das beispielsweise. Der Freistaat Bayern, vertreten durch Frau Verkehrsministerin Kerstin Schreyer, stellt Geld für Verstärkerbusse zur Verfügung. 350 Verstärkerbusse sind im Einsatz. Das Geld für weitere 400 ist vorhanden. Das Kabinett hat sogar beschlossen, diese Regelung bis Ostern zu verlängern. Das ist ein Angebot, ebenso wie das Angebot für Lüfter und Tablets. Für das "Lüfterprogramm" stehen 50 Millionen Euro zur Verfügung. Von den Schulaufwandsträgern haben bisher allerdings nur 17 % beantragt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, da geht mehr. Für Tablets sind über 100 Millionen Euro hinterlegt worden. Sofern es dabei um die Schülertablets geht, wurden von den Mitteln schon 90 % ausbezahlt. Für die Lehrertablets stehen noch einmal 93 Millionen Euro zur Verfügung. Von 90.000 anzuschaffenden Tablets sind hier schon 28.000 im Einsatz.

Es geht voran. An einigen Stellen könnte es noch etwas schneller gehen. Ich sage aber trotzdem ein Dankeschön ob der engen und guten Kooperation zwischen Land und Kommunen. Einer der Gründe, warum es in Notsituationen in Bayern immer wieder gut funktioniert, ist die enge Kooperation. Deswegen sage ich an alle unsere Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister ein Dankeschön für das gute Miteinander in der Pandemie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Verlängern, vertiefen, helfen! Wie wird es in den Ferien sein? – Diese Frage beschäftigt heute sehr viele. Die Länder haben sich übereinstimmend entschieden, die Ferienzeit um zwei Tage vorzuverlegen. Das bedeutet, der letzte Schultag wird der 18. Dezember 2020 sein. An den zwei freien Tagen bietet das Kultusministerium über die Schulen eine Notbetreuung an. Niemand darf sich aber täuschen: Die Ferien insgesamt sind eine echte Herausforderung. Sie waren es jedenfalls bislang immer. Ich kann mich noch genau erinnern: In den Faschingsferien ging es los. Vor

den Sommerferien haben wir gewarnt. Manche habe diese Warnungen als übertrieben eingeschätzt. Danach waren die Zahlen auf einem deutlich höheren Level.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ihre Maßnahmen haben nichts gebracht, Herr Söder!)

– Das ist eine typische Botschaft der AfD. Logisch wäre es dann, die Menschen einzusperren. Wir haben offene Grenzen. Wir warnen. In diesem Land spielt die Eigenverantwortung der Menschen trotzdem eine große Rolle. Das soll auch weiterhin so sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei den Ferien gilt es also, aufzupassen und sorgsam zu sein. Wir müssen bei den Ferien aber auch die richtige Balance zwischen der Lebensrealität der Menschen und der Konsequenz und der Sorge vor der Pandemie finden. Alle Verordnungen helfen nichts, wenn die Menschen nicht mitgehen. Die Weihnachtsferien sind besondere Ferien; denn es geht um Weihnachten. Weihnachten ist das Fest der Familie; es ist ein stilles Fest. Diesmal ist es vielleicht ganz besonders still oder besonders nachdenklich. Vielleicht wird der Wert von Weihnachten dieses Jahr nicht kommerziell oder an der Anzahl der Geschenke, bemessen. Vielleicht gelingt es diesmal zu erkennen, dass die wertvollsten Geschenke Gesundheit und Zeit mit der Familie sind. Weil uns das so wichtig ist und weil wir die Älteren und die Jüngeren an Weihnachten zusammenkommen lassen wollen, ist es wichtig, die Zahl der Personen auf maximal zehn zu reduzieren, Kinder unter 14 Jahren ausgenommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich halte das für ein wichtiges Signal. Die Regeln sollen bis längstens zum 1. Januar gelten, auch über Silvester. Ich gebe zu, dass ich bei Silvester etwas zurückhaltend bin. Warum? – Weihnachten ist das Fest der Familie, Silvester ist das Fest der Freunde. Auch hier stellt sich die Frage, wie lebensnah oder wie pandemisch korrekt wir vorgehen sollten. Natürlich können wir sagen: Wir beschränken die Kontakte, egal wann. Ich glaube, Silvester ist auch ein Fest des Optimismus, jedenfalls für sehr viele Menschen. Deswegen ist es wichtig, das Zusammensein von Familie und engstem Freundeskreis zu ermöglichen, was gerade für Singles wichtig ist, damit sie kein einsames Silvester feiern müssen. Trotzdem müssen die Menschen vorsichtig sein: keine großen Partys und daheimbleiben. Deswegen auch die klare Untersagung von großen Ansammlungen in Städten und auf öffentlichen Plätzen.

Dort gilt übrigens auch ein Böllerverbot. Wir werden kein generelles Böllerverbot erlassen. Ich selbst habe mehrfach gesagt, dass ich kein Fan von Böllern bin. Ich sitze immer zu Hause mit den Hunden und passe auf. Andere sehen das anders. Wir haben im Kabinett darüber gesprochen. Hubert Aiwanger hat gesagt, er lasse es gerne krachen. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Aber das ist Bayern. Das ist auch die Lebensrealität. Deswegen sage ich: Da Böller und Raketen keine pandemische Wirkung per se haben, sollten wir vorsichtig sein. Wir wenden das Böllerverbot dort an, wo krasse Menschenansammlungen sind. Aber eine generelle Einschränkung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geboten. Das nützt nichts gegen Corona, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch zu einem weiteren Thema, das für viele wichtig ist: nämlich das Thema Skifahren. Bayern ist ein Volk der Skifahrer. Wie hieß es doch einmal in einem älteren Film, "Das Leben des Brian"? "Gepriesen sind die Skifahrer!" Ich bin selbst früher einmal gefahren, ich gebe zu, nicht besonders gut. Aber ich weiß, dass das Skifah-

ren vielen Menschen sehr wichtig ist, wirtschaftlich, aber auch privat. Hier gilt aber wie für viele andere Freizeitaktivitäten der Grundsatz: Vorsicht und Umsicht sind die entscheidende Basis. Natürlich ist der Ausflug in die Natur wichtig, das Skiwandern oder der Skilanglauf. Lifte und Bergbahnen können aber nicht geöffnet werden. Die Betreiber erhalten über die Dezemberhilfe einen Ersatz, sodass ein finanzieller Ausgleich erfolgt. Dies gilt übrigens auch dort, wo Lifte und Seilbahnen in öffentlicher Hand sind. Wir machen es in Deutschland übrigens nicht anders als Italien oder Frankreich. Der gewählte Ansatz ist international. Hier handelt es sich um eine internationale Initiative von Frankreich, Italien und Deutschland, also Macron, Conte und Angela Merkel, die gestern im Bundestag erklärt hat, dass sie sich dieser Initiative anschließe. Warum? – Wir machen uns einfach Sorgen. Ischgl ist nicht vergessen. Gestern war in der "Süddeutschen Zeitung" ein beeindruckender Kommentar zu lesen, dass auch in Österreich große Sorge darüber herrscht, ob man hier wieder öffnen kann oder nicht, weil keiner sicher sein kann, dass an den engen Gondeln und Liften kein Infektionsgeschehen entstehen kann. Das geht nicht gegen jemanden. Hier geht es vielmehr um ein erhöhtes Sicherheitslevel in dieser schwierigen Zeit der Pandemie. Die Menschen müssen auf so vieles verzichten. Wir sind gut beraten, an dieser Stelle sehr vorsichtig zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Klar ist: Reisen nach Österreich sind derzeit Reisen in ein Risikogebiet. Wer dorthin reist, muss eine Quarantäne von zehn Tagen ohne Entschädigung absolvieren. Das gilt auch für Tagesausflüge. Ich schätze Sebastian Kurz und seine Regierung sehr. Ich weiß, dass dies für Österreich eine schwierige Entscheidung ist. Wir in Deutschland gewähren eine großzügige Entschädigung. Ich weiß nicht, ob das dort möglich ist. Aus deutscher Sicht, aus bayerischer Sicht und aus europäischer Sicht gibt es aber eine klare Tendenz, der ich mich anschließe: In der schwierigen Phase der Ferien und des Übergangs zum Jahreswechsel sollten wir kein Risiko eingehen, das zu einem erneuten Infektionsgeschehen führen könnte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür bitte ich um Verständnis.

Ich weiß, dass die Einschränkungen nach diesem Konzept nicht einfach sind. Einschränkungen sind Belastungen. Dabei geht es aber immer um ein höheres Ziel, das jeden betrifft, nämlich den Schutz der Gesundheit und den Schutz des Lebens. Viele machen toll mit. Viele wollen im Moment sogar mehr Maßnahmen. Ich bin beeindruckt davon, wie viele Menschen sagen: Macht noch mehr! Menschen, die skeptisch sind, bleiben skeptisch. Ein Fortschritt ist: Das Parlament ist in der Pandemie viel strenger eingebunden als vorher. Es kann ganz anders mitsprechen. Das war am Anfang der Pandemie schwieriger, weil schnell entschieden werden musste. Jetzt ist es wichtig, im gemeinsamen Miteinander und unter Teilung der Verantwortung die breite Bevölkerung mitzunehmen. Der Bund hat ein Infektionsschutzgesetz erlassen, und zwar auf der Basis einer breiten parlamentarischen Legitimation. Ich sage ausdrücklich Danke an alle, die daran im Bund mitgewirkt haben. Neben der Union waren dies in den Bundesländern die SPD und die GRÜNEN. Die FDP-Länder konnten im Bundesrat nicht abstimmen. Ohne die GRÜNEN wäre es im Bundesrat nicht möglich gewesen, eine Mehrheit zu erhalten.

Hier in Bayern gilt mein Dankeschön allen Regierungsfractionen, den FREIEN WÄHLERN und der CSU, aber auch anderen, die mitgeholfen haben, dies zu erreichen. Wir haben die Verzahnung verbessert. Wir geben Infektionsschutzverordnungen bereits vorher an die Fraktionen weiter. Wir haben eine Fragestunde vereinbart, um das Kontrollrecht zu stärken. Verordnungen gelten nur für vier Wochen. Der Landtag kann jederzeit eine Verordnung aufheben, abändern oder sogar verschärfen, wenn er das möchte.

Mein Dankeschön gilt übrigens auch den beiden Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer und Florian Streibl wie auch allen anderen Fraktionsvorsitzenden.

Mein Dank gilt auch meinem Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann, der all die Maßnahmen betreut und bearbeitet. Ich bin sehr froh, jemanden mit solcher juristischen Kompetenz und Vernetzung im Bund zu haben. Ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben dem Parlament braucht es aber natürlich eine weite Diskussion in der Bevölkerung. Das ist in Pandemiezeiten schon deswegen eine Herausforderung, weil wir uns nur eingeschränkt sehen können. Ich glaube, das ist auch für Parteien gar nicht einfach: Videokonferenzen sind das eine, führen aber häufig nicht zu der Nähe, die wir in vielen Gesprächen als wichtig empfinden.

Meine Damen und Herren, wir müssen Sorgen und Nöte ernst nehmen. Wir müssen Verständnis dafür zeigen. Wir müssen uns darum kümmern. Es gibt aber Grenzen. Nachdenken – ja, immer! Querdenken – nein!

Es gibt im Land eine gefährliche Entwicklung: Das sind die Querdenker. Ich ganz persönlich empfinde sie als ein toxisches Gebräu aus Fake News, Angst, Hass und Intoleranz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das entwickelt sich geradezu sektenähnlich. Die Menschen werden bewusst geworben und gezogen und in einer Blase – zumindest argumentativ – gefangen gehalten. Es wird abgeschirmt. Man spürt das. Wenn jemand dieser Entwicklung nahesteht, spürt man die gleiche Rhetorik, die gleichen Argumente und sogar die gleiche Wortwahl. Man spürt zum Teil auch eine Entfremdung in Familien und Freundschaften.

Wer tummelt sich da? – Rechtsextreme, Reichsbürger. Auch diese wurden von uns allen am Anfang unterschätzt. Es hat sich gezeigt, wie gefährlich sie sind. Das sind Verschwörungstheoretiker mit übrigens zumeist antisemitischem Hintergrund.

Ich finde Vergleiche mit Sophie Scholl empörend. Meine Damen und Herren, ich finde das peinlich.

(Beifall)

Vergangene Woche war die wirklich beeindruckende Feierstunde anlässlich der Nürnberger Prozesse vor 75 Jahren. Es waren internationale Gäste da und haben auf dieses Leid und auf die Sternstunde des Völkerrechts hingewiesen. Draußen demonstrieren einige dieser Gruppen und vergleichen das Infektionsschutzgesetz mit dem Ermächtigungsgesetz. Meine Damen und Herren, abgesehen davon, dass das vor der Welt peinlich ist, finde ich solche Vergleiche zutiefst unangemessen. Sie zeigen das Menschenbild derer, die so etwas fordern. Ich bin nicht bereit, das zu akzeptieren.

(Beifall)

Die Querdenker argumentieren damit, die Verfassung würde verletzt. Sie selbst sind aber intolerant und wollen sich an diese Verfassung nicht halten. Ich lese immer wieder – ich weiß nicht, ob das stimmt –, dass es einzelne AfD-Mitglieder gibt, die da dabei sind und dieselben Worte wählen. Für mich stellt sich dann die Frage, wer da wen beherrscht und wer da wen vereinnahmt: die Querdenker die AfD-Leute oder die AfD-Leute die Querdenker? Es wird spannend sein, da genau

hinzuschauen, vor allem dort, wo es um die Verfassung geht. Der Verfassungsschutz handelt selbstständig und autonom. Wenn Leute etwas anderes wollen und ein anderes Verständnis von Verfassung haben, dann muss der Verfassungsschutz genau hinschauen.

Ich zitiere aus einem Newsletter von Frau Beatrix von Storch, in dem sie über das Infektionsschutzgesetz schreibt:

Die Merkel-Regierung ermächtigt sich per einfachem Gesetz selbst, Grundrechte nach Belieben außer Kraft zu setzen [...]. Das bedeutet in der Konsequenz das Ende des Verfassungsstaates, wie wir ihn kennen, und faktisch die Rückkehr zum vorparlamentarischen Absolutismus.

Jetzt kommt es:

Die Verfassungsfeinde sitzen in der Regierung.

Meine Damen und Herren, wir weisen ein solches Verständnis, das gewählte Vertreter in Parlamenten als Verfassungsfeinde interpretiert, nicht nur zurück, sondern das ist indiskutabel.

(Anhaltender Beifall)

Dieses Jahr ist also ein schlimmes Jahr. Ich hätte auch nie gedacht, dass so etwas möglich ist. Ich bin ein Kind der Siebziger- und Achtzigerjahre und habe damals relativ viele Herausforderungen erlebt: RAF, Waldsterben, Tschernobyl, Nachrüstung, Kalter Krieg – alles schwierige Sachen und auch große psychologische Herausforderungen.

Corona ist aber irgendwie anders. Es betrifft uns alle noch viel stärker. Corona kann jeden treffen. Corona stellt unsere Gesellschaft auf eine wirklich harte Probe. Die Gefahr ist sehr, sehr real. Die Wahrheit ist, dass es sich hier um Fakten und nicht um Fake News handelt. Meine Damen und Herren, jede Zeit hat ihre Sorgen und Bewährungsproben. Corona ist derzeit unsere.

Ich habe mal irgendwo von einem Politiker gelesen, ein Politiker zeichne sich dadurch aus, dass er seine Visionen und Programme umsetzt. Bei Helmut Schmidt habe ich dagegen mal gelesen, dass Visionen das eine seien, das andere aber, wie man auf die gestellten ungeplanten Herausforderungen reagiert und Krisen meistert. – Niemand von uns hier im Raum hatte einen Corona-Plan. Es klappt auch nie alles perfekt. Man kann jede Maßnahme so oder so sehen. Entscheidend ist auch nicht die Einzelmaßnahme, sondern entscheidend ist die Gesamtwirkung, die uns verbindet.

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Krise annehmen und für die Menschen meistern. Wir müssen mit Empathie zuhören und dann auch mit Konsequenz entscheiden. Diese Entscheidungen müssen nachhaltig sein.

Ich verstehe wirklich, dass die Menschen genervt sind. Täglich berichtet mir jemand, dass die Stimmung schwierig sei und Ähnliches mehr. Es ist wichtig, was wir fühlen, es ist aber auch entscheidend, was wir denken. In diesem Fall sind Gefühle die eine Sache, wir müssen aber Bauch und Kopf in die richtige Balance bringen. Geben wir Orientierung! Meine Damen und Herren, seien wir Vorbild!

Ich gebe zu, ich hätte mich in diesem Jahr gern öfter geirrt. Ich hätte es wirklich besser gefunden, wenn es ein Kassandrarufer gewesen wäre, vor einer zweiten Welle zu warnen. Ich wäre froh gewesen, wenn die Sorgen um die Krankenhäuser und die Todesfälle übertrieben gewesen wären. Ich wäre darüber wirklich sehr froh gewesen.

Wir haben aber leider recht behalten, und unser Kurs hat sich als richtig erwiesen. Das lag übrigens nicht daran, dass wir einen besseren Instinkt oder Glück hatten, sondern das lag daran, dass wir auf Empfehlung und mit Beratung entscheiden. Das tun übrigens nicht nur wir in Bayern, sondern alle in Deutschland. Es entscheidet auch nicht ein Chefberater. Den virologischen Chefberater allein, der alles prägt, gibt es nicht. Das sind Expertenteams.

Das ist übrigens moderne, rationale, globale Politik. Nicht einer entscheidet, sondern viele entscheiden miteinander vernetzt. Das ist horizontale Entscheidungsbildung. Wenn beispielsweise das Max-Planck-, das Fraunhofer-, das Helmholtz- und das Leibniz-Institut sowie die Leopoldina zu einer Entscheidung kommen und uns einen klaren Hinweis geben – meine Damen und Herren, wer wäre wirklich bereit, das zu ignorieren?

Wir machen übrigens auch alles zusammen. Manchmal sind wir Schrittmacher, manchmal nicht. Wenn wir Schrittmacher sind, liegt das übrigens nicht daran, dass wir besser sind oder klüger sein wollen, sondern manchmal einfach daran, dass wir stärker betroffen sind.

Ich bin sehr darauf gespannt, was Historiker in einigen Jahren über diesen Zeitabschnitt sagen werden. Ich fände es toll, wenn sie sagen würden, dass die Demokratie diese Bewährungsprobe bestanden hat. Richtig schön wäre es, wenn sie sagen würden, dass sich die Demokratie gegenüber autoritären Regimen als ebenbürtig oder sogar als besser geeignet erwiesen hat, auf eine solche Krise zu reagieren. Für Bayern fände ich es schön, wenn in einer Fußnote stehen würde: Wir waren kein Fähnlein im Wind. Wir haben nicht nur entschieden, wenn die Zustimmung absolut hoch war, sondern hatten auch dann die Kraft zu entscheiden, wenn es schwierig war.

Ich darf Ihnen versprechen, dass wir nicht nach demoskopischen Befunden handeln. Wir handeln nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und gemäß persönlicher innerer Überzeugung eines jeden Einzelnen hier im Raum.

Meine Damen und Herren, das letzte Kapitel von Corona ist also noch nicht geschrieben. Es besteht die Chance, dass es im Frühjahr besser wird, sodass es keine Endlosschleife wird. Das kann man sagen. Man ist dabei nicht naiv, sondern darf Optimist sein. Es gibt natürlich keine Garantie, aber gute Chancen.

Zum Schluss möchte ich all jenen danken, die mitmachen. Ich muss Ihnen wirklich sagen, dass im Land so unglaublich viele helfende Hände und gute Geister unterwegs sind: die Pflegekräfte, die Ärztinnen und Ärzte, so viele Menschen, die so vieles leisten und anderen Mut machen. Ich bin von Einzelpersonen und deren Engagement wie noch nie in meinem politischen Leben beeindruckt. Manchmal bin ich allerdings auch darüber überrascht, wie manche starre Struktur trotz dieser Umstände starr bleibt.

Deshalb mein Appell: Den öffentlichen Diskurs sollte nicht in erster Linie bestimmen, zu sagen, was nicht geht, das letzte Schlupfloch zu suchen und Umgehungstatbestände zu definieren. Statt zu jammern sollte man darüber nachdenken, was Sinn macht, und Vorschläge machen, wie es besser geht.

Mein Appell zum Schluss: Ein Dank an die Bevölkerung! Mein Appell an uns selbst: Halten wir zusammen! Ich glaube, dass die Politik insgesamt stärker davon profitiert, wenn wir zusammenwirken, statt uns zu spalten. Die Menschen, die uns vertrauen, finden nicht jede Maßnahme gut. Sie haben aber ein hohes Vertrauen in die Demokratie. Meine Damen und Herren, die Demokratie muss sich dieses Vertrauens würdig erweisen.

(Zuruf)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Krisen fördern immer das Beste und das Schlechteste im Menschen zutage. Zeigen wir in der Mehrheit das Gute!

(Beifall)

Lassen Sie die Politik nicht nur mitschwimmen, sondern vorausgehen! In Verantwortung für das Wohl der Menschen noch einmal meine Bitte an alle: Machen Sie mit, und halten Sie die Regeln ein! Je mehr wir sie einhalten, desto besser. Wir in Bayern tun das. Wir beschützen Land und Menschen und erwarten und erhoffen uns Hilfe von Gott. Gott schütze Bayern!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 101 Minuten vereinbart. Sie wird jetzt noch erweitert durch die etwas längere Redezeit des Ministerpräsidenten, die hier angezeigt wird, und anteilig auf die Fraktionen verteilt. – In der Aussprache erteile ich Frau Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich an Silvester 2019 auf das neue Jahr angestoßen habe, konnte ich mir viel vorstellen für das Jahr 2020. Hätte mir an diesem Abend aber jemand gesagt, dass unsere Welt von einer globalen Pandemie heimgesucht werden wird, die auch in Bayern toben wird, hätte ich das wahrscheinlich als schlechten Scherz abgetan. Die Realität ist aber genau diese. Tag für Tag schaue ich auf die Deutschlandkarte der Pandemie, und was sehe ich rechts unten? – Einen tiefroten Fleck. Tiefrot, das steht für extrem hohe Inzidenzzahlen, dahinter stehen viele Tausende Corona-Erkrankte und leider auch Tausende Corona-Tote. Rechts unten in Deutschland, das ist Bayern. Das ist unser Bayern, das deutschlandweit leider trauriger Spitzenreiter in vielen Corona-Statistiken ist, Ihr Bayern, Herr Söder, für das Sie als Ministerpräsident eine Fürsorgepflicht haben. Dieser werden Sie mit Blick auf diese Daten nicht gerecht.

Nein, ich finde, das liegt nicht nur an den Grenzregionen, so wie Sie das heute wieder gesagt haben. Hotspots gibt es auch beispielsweise in Augsburg, in Schweinfurt, im Landkreis Günzburg oder im Landkreis Kronach, und das sind keine Grenzlandkreise. Also schieben Sie bitte die Verantwortung nicht ab, Herr Söder.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen leider feststellen, der Wellenbrecher-Lockdown hat leider nicht wie gewünscht funktioniert. Die Zahlen sind nicht abgesunken, sondern sie haben sich auf einem hohen Niveau stabilisiert. Es gilt also, weiterzumachen, Abstand zu halten und Kontakte zu reduzieren. Deswegen tragen wir GRÜNEN die grundsätzlichen Beschlüsse der MPK mit. Ich möchte hier aber auch klar und deutlich sagen: Es ist schon bitter, wo wir nach acht Monaten in einer Pandemie stehen. Ich komme mir ein bisschen vor wie eine Wanderin, die noch vor dem Berg steht, obwohl man nach acht Monaten doch eigentlich schon auf dem Berg stehen müsste. Man müsste doch schon wissen, wo man hin will, man müsste die nächsten Herausforderungen antizipieren und sehen können. Da frage ich mich schon: Wo ist die langfristige Strategie? Wo ist das Stufenmodell, das beschreibt, wann was passiert? Wo sind die Vorbereitungen, damit wir eben nicht in eine dritte Welle laufen? – Herr Söder, es ist Ihre Verantwortung, endlich einen längerfristigen Plan aufzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über hohe Zahlen sprechen, dann müssen wir auch über die Menschen reden, die das ständig negieren. Ich meine damit die ganzen Schwurbler, die Corona-Leugner, die Rechtspopulisten, die AfD-ler und die Querphantasten. Ich nenne sie nicht Denker, denn das tun sie aus Prinzip nicht. Diese Menschen haben unrecht. Deshalb sage ich hier ganz klar und deutlich: Kommen Sie mir nicht mit Ihrem Gelaber von der Corona-Diktatur, mit dem unwissenschaftlichen Geschrei, den antisemitischen Äußerungen und den Demonstrationen ohne Abstand und Maske! Kommen Sie mir nicht mit Ihren Berechnungen, wie viele freie Intensivbetten Deutschland noch hätte, und damit, dass das doch alles gar kein Problem sei. Ich sage Ihnen einmal etwas: Betten pflegen keine Patientinnen und Patienten, Menschen tun das. Wir haben in unserem Land nicht genug Pflegepersonal. Eigentlich müsste eine Fachkraft einen COVID-Patienten intensiv betreuen. Da helfen Ihnen die ganzen Betten nichts, wenn keine Pflegekraft daneben steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns die momentane Situation anschauen, sehen wir schon jetzt, dass bayerische Kliniken sich gegenseitig mit Personal aushelfen müssen, dass sie Patientinnen und Patienten verlegen und Operationen verschieben müssen. In einer BR-Umfrage hat ein Krankenhaus sogar gesagt: Zur Not müssen wir Pflegerinnen und Pfleger, die infiziert sind, zum Pflegen einsetzen. – Das ist aus Arbeitsschutzgründen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter furchtbar. Unser Pflegepersonal ist in einer massiven Dauerbelastung und am Ende seiner Kräfte. Ich ziehe meinen Hut und sage Danke schön und verneige mich vor allen Pflegerinnen und Pflegern, vor allen Ärztinnen und Ärzten, vor dem gesamten Personal, das im Gesundheitswesen an vorderster Front gegen Corona kämpft und dafür sorgt, dass die Menschen bestmöglich versorgt sind. Vielen, vielen, vielen Dank an dieser Stelle!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verspreche Ihnen: Wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden weiter auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass Sie eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen bekommen. Wir werden so lange Druck machen, bis sich auch die Regierung bewegt.

Apropos Regierung: Herr Söder, wenn ich mir Ihre Performance anschau, gibt es da schon ein paar Punkte, wo ich finde, dass Sie besser werden müssen. Fangen wir mit dem Kommunikationsstil an. In einer Krise – so sagt es die Wissenschaft – ist es entscheidend, klar, transparent, nachvollziehbar und mitnehmend zu kommunizieren. Ich weiß, Herr Söder, dass Sie viel zu tun haben. Sie stehen unter Dauerstress, die Anspannung und Ihr Arbeitspensum sind sicher groß. Deswegen ist auch klar, dass nicht alles 110-prozentig klappen kann. Ich erwarte nach acht Monaten in einer Pandemie von einer Führungskraft, von einem Ministerpräsidenten des ganzen Landes aber schon, dass er sich in der Krise anstrengt und seine Kommunikation verbessert. Sie dürfen nicht vergessen, dass die selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürger im Kampf gegen die Pandemie Ihre Verbündeten sind. Deswegen fordern wir GRÜNEN schon lange eine Corona-Kommunikationsoffensive: mehrsprachig, barrierefrei und vor allem zielgruppenspezifisch. Wir müssen doch gemeinsam die Akzeptanz für die coronabedingten Einschränkungen und Maßnahmen hochhalten, bis der Impfstoff flächendeckend da ist. Da kommt es zentral auch auf Ihre Kommunikation an, Herr Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem ist es in einer Krise entscheidend, im Team zu denken und im Team zu spielen. Der Teamspirit ist bei Ihnen – so würde ich sagen – noch etwas ausbaufähig, Herr Söder. Wir erinnern beispielsweise an das Corona-Testdebakel im Som-

mer, als Rettungskräfte sagten: Wir brauchen ein bisschen mehr Zeit, und wir brauchen das richtige Equipment. – Sie aber wollten über Nacht Ihre Corona-Teststationen aus dem Boden gestampft haben. Sie agieren oft nach dem Motto: weiter Vollgas, zur Not gegen die Wand. – Die von Ihren Eindämmungsmaßnahmen Betroffenen erfahren dann oft aus der Presse von Ihren neuen Plänen. Ganz aktuelles Beispiel ist das Vorziehen der Schulweihnachtsferien. Sie haben das am Dienstag dieser Woche getwittert. Meine persönliche Vermutung ist, dass der Kultusminister das auch durch Twitter erfahren hat, ganz zu schweigen von der Schulfamilie. Ganz ehrlich, so geht das nicht. Warum haben Sie nach acht Monaten Pandemie nicht gelernt, dass man vorher mit den Betroffenen sprechen sollte, dass man Meinungen einholt und dann Entscheidungen treffen kann?

(Unruhe)

Wenn Sie das gemacht hätten, dann hätten Sie zum Beispiel auch gehört, was Joshua Grasmüller, der stellvertretende Landesschülersprecher, gesagt hat. Er hat nämlich zu den vorgezogenen Schulferien gesagt: Sorry, das ist eine Hauruck-Reaktion, die von den ganzen Maßnahmen ablenken soll, die bisher nicht ergriffen wurden. – Ich finde es entscheidend – und das will ich auch deutlich sagen –, dass wir nicht mehr am Tag eins der Pandemie sind, wo vieles unklar und neu war und schnelle Entscheidungen vonnöten waren. Sie entscheiden nicht alleine, sondern Ihr Job ist es, die Expertinnen und Experten und die Betroffenen einzubinden und mitzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann erwarten wir GRÜNEN von einem Menschen, der Krise können mag, dass er auch die Verantwortung dafür trägt, dass es funktioniert. Gerade in der Krise ist es für das Vertrauen in die staatlichen Institutionen unabdingbar, dass Ankündigungen auch Wirklichkeit werden. Wie ist da die Bilanz der Bayerischen Staatsregierung? – Tja, Ihre Gesundheitsämter ächzen weiter unter der Arbeit. Es fehlt an Personal, und es fehlt bis heute an der passenden Software inklusive der passenden Schnittstellen. Die Software SORMAS zur Nachverfolgung von Kontakten, wird in Bayern bisher nur von einem Gesundheitsamt aktiv verwendet. Sorry, das ist ein Armutszeugnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von Ihrer Teststrategie wenden sich immer mehr Expertinnen und Experten ab, und abgesehen davon, dass sie nicht zielgerichtet ist, klappen nicht einmal die Logistikaufgaben. Von den zehn Millionen Antigen-Schnelltests sind Stand letzter Woche erst eine Million an die Kreisverwaltungsbehörden ausgeliefert. Was Logistik und Projektmanagement angeht, haben Sie noch eindeutig Luft nach oben.

Dies gilt auch für den gesamten Schulbereich. – Also sorry: Dass der Winter kommt, die Leute mehr drinnen sind und die Kinder in die Schule gehen sollen, ist doch eigentlich ein No-Brainer; das wusste doch jeder. Trotzdem frage ich mich: Warum haben wir immer noch nicht flächendeckend mobile Lüftungsanlagen in den Klassenzimmern? Warum haben die Lehrkräfte nicht schon seit Monaten FFP2-Masken? Warum gibt es noch keine datenschutzkonforme Nachfolgelösung für Microsoft Teams? Warum haben noch nicht alle Lehrkräfte ihre Dienstgeräte und noch immer nicht alle Schülerinnen und Schüler Laptops ausgeliefert bekommen? Um noch eine Frage draufzusatteln: Warum schafft es das selbsternannte Laptop-und-Lederhose-Land Bayern nicht, die Digitalisierung in der Schule konsequent umzusetzen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Freistaat Bayern ist für die Bildungspolitik zuständig. Wir GRÜNE, meine Fraktion, macht seit Monaten konkrete Vorschläge, was man in der Bildungspolitik verändern muss. Mein Kollege Thomas Gehring hat in der Debatte vor der Sommerpause hier im Plenum genau prophezeit, wie es kommen wird, und hat aufgezeigt, was man in den Sommerferien machen müsste. Aber Ihr Kultusminister, den Sie mit den Worten "er hat sich stets bemüht" gelobt haben – das ist auch nett –, hat das bisher nicht auf die Reihe bekommen. Dafür tragen auch Sie als Ministerpräsident Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir hier darüber sprechen, dass wir Planungssicherheit und Infektionsschutz auch in den Schulen wollen, dann frage ich mich schon, warum das Wechselmodell ab der achten Klasse nur in den Hotspot-Regionen mit einem Inzidenzwert über 200 angeordnet wird. Seien wir doch ehrlich: Wir haben noch drei Wochen bis Weihnachten, und wir haben sehr viele Regionen, die kurz vor Erreichen eines Inzidenzwertes von 200 stehen. Wir steuern also wieder genau auf eine Situation zu, die die Schulfamilie so belastend findet: dass nämlich die Dinge von einem Tag auf den anderen neu gemacht werden. Unser grüner Vorschlag lautet: Wechselmodell ab der achten Klasse bis Weihnachten in allen Schulen in Bayern. So geht sicheres Lernen, und so geht auch sicheres Lehren für die Lehrkräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum nächsten Themenbereich, den finanziellen Hilfen für die wirtschaftlichen Akteure. Na ja, da ist Ihre Leistungsbilanz auch sehr mangelhaft. Ich gebe mal ein Beispiel: Wie lange hat es gedauert, bis Künstlerinnen und Künstler die Zugabe für einen fiktiven Unternehmerlohn bekommen haben? – Das hat ganze sieben Monate gedauert. Wir GRÜNE fordern dies seit April. Sieben Monate sind lang, wenn man nicht weiß, wie man die Miete bezahlen soll, wenn man nicht weiß, womit man seine Ausgaben begleichen soll. Und nun kommt der Hammer: Jetzt haben Sie das endlich zugesagt; wenn man dann aber einmal nachfragt, ob denn diese Zahlungen schon erfolgt sind, stellt man fest: Nein, sie sind es nicht, weil es noch kein Formular gibt, und wo kein Formular, da kein Geld. – Sorry: Das ist einfach nur stümperhaft und unprofessionell. Es kann doch nicht sein, dass die wichtigen Hilfen an Ihrer mangelhaften Organisation scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Menschen, die Sie immer noch in Hartz IV schicken, die bis März volle Auftragsbücher hatten und ihren Beruf nur aufgrund der notwendigen Corona-Auflagen nicht mehr ausüben können. Auch von den sogenannten Novemberhilfen für Gastronomie, Hotels und Fitnessstudios ist bis heute kein Geld angekommen. Positiv muss man jetzt aber erwähnen: Seit dem 25. November gibt es immerhin ein Formular. – Ganz ehrlich: Wenn der Staat den Menschen Unterstützung verspricht, dann muss diese schnell und unbürokratisch ankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Debatte, wie wir die Infektionszahlen senken können, wird viel zu wenig darüber gesprochen, wie wir die Infektionszahlen am Arbeitsplatz reduzieren können. Homeoffice ist natürlich eine Möglichkeit. Natürlich gilt es auch, Kontakte zu vermeiden, Abstand zu halten und Masken aufzusetzen. Wenn wir über Arbeitsplätze sprechen, blicke ich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf den öffentlichen Dienst. Wir GRÜNE wollen, dass der Freistaat zum Vorreiter wird. Mobiles Arbeiten muss auch im öffentlichen Dienst zur Eindämmung von Kontakten am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsweg, wo immer

möglich, zeitnah, planbar und vorrangig ermöglicht werden. Wir bekommen die Rückmeldung, dass dies im öffentlichen Dienst noch nicht flächendeckend geschieht. Ich finde das falsch. Bayern muss hier zum Vorreiter werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich und wir GRÜNE machen uns Sorgen, dass die Maßnahmen nicht reichen, dass wir sehenden Auges im Januar in die dritte Welle stolpern. Wenn wir uns also heute über die nächsten Wochen unterhalten, möchte ich noch ein paar Takte zu Weihnachten sagen. Ich erwarte eine ehrliche Kommunikation und richte einen klaren Appell an die Eigenverantwortung von uns allen und empfehle zu überlegen, wie die Feiertage dieses Jahr auch anders aussehen können. Wir alle tragen gemeinsam die Verantwortung für uns selbst und für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Was bedeutet das? – Man muss nicht alle Regeln ausreizen, nur weil man es darf. Nur weil man an den Weihnachtsfeiertagen zehn Personen treffen darf, heißt dies nicht, dass man sich jeden Tag mit zehn anderen Personen treffen muss.

Gleichzeitig sagen wir GRÜNE natürlich, dass wir als Gesellschaft in dieser schwierigen Zeit auch die Verantwortung haben, am Familienfest Weihnachten niemanden alleine zu lassen. Insbesondere denke ich da an die Menschen in den Altenheimen, an die Kranken, an die Menschen in den Pflegeheimen und an die Menschen in den Behinderteneinrichtungen. Deswegen sagen wir GRÜNE: Der Staat muss klare Regeln vorgeben und Unterstützung bieten, Schnelltests vor Ort und klare Besuchsregelungen für Heime, stationäre Jugendwohneinrichtungen und Behinderteneinrichtungen ausgeben. – Sie sind auch dafür zuständig, dass das in den nächsten Tagen auf den Weg gebracht wird.

Eine Woche nach Weihnachten, Kolleginnen und Kollegen, ist bekanntermaßen Silvester. Auch da appelliere ich mit Blick auf die Gesamtverantwortung: Müssen dieses Jahr wirklich große Silvesterpartys sein? – Lasst uns doch lieber den Winter gut überstehen, um dann im Sommer wieder gemeinsam feiern zu können.

Da wir gerade über Silvester sprechen: In den letzten Tagen hat sich in unserer Gesellschaft eine interessante Debatte über das Böllerverbot entwickelt. Da gibt es die einen, die ihre persönliche Freiheit eingeschränkt sehen, wenn sie keine Raketen zünden dürfen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat jetzt beschlossen, dass an bestimmten Plätzen ein Böllerverbot gelten soll. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass die Ministerpräsidentenkonferenz klarere Regeln setzt und es den Kommunen endlich ermöglicht, selbst darüber zu entscheiden, ob sie für das gesamte kommunale Gebiet ein Böllerverbot ausspricht oder nicht. Das hätte ich gut gefunden. – Warum? – Weil wir zum einen natürlich den Infektionsschutz beachten sollten und müssen, zum anderen aber auch daran arbeiten müssen, dass unsere eh schon am Limit stehenden Gesundheitsinstitutionen nicht noch weiter belastet werden; denn die Silvesternächte sind anstrengend: für die Rettungskräfte, für die Polizei und für die Feuerwehr. In der letzten Silvesternacht gab es beispielsweise allein in Bayern 201 gemeldete Brände, 25 verletzte Menschen und 23 verletzte Einsatzkräfte. Ich finde: Jede Person, die nicht mit nur noch vier statt fünf Fingern in ein Krankenhaus eingeliefert wird, weil wir uns bei diesem Silvester zurückgehalten haben, hilft unserem Gesundheitssystem. Auch diesbezüglich können wir als Gesamtgesellschaft Verantwortung füreinander übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich persönlich finde ja: Das Jahr 2020 hat es nicht verdient, mit einem bunten Feuerwerk verabschiedet zu werden. Da reicht eine Wunderkerze in der Hand und ein Ciao, Servus, auf Nimmerwiedersehen 2020!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir können jetzt sagen: Auf ein besseres 2021! – Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich kann den Silberstreif am Horizont jedenfalls schon erahnen. Der Silberstreif sind die wirksamen Impfstoffe. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber als ich das erste Mal davon gelesen habe, habe ich gemerkt, dass eine leichte Last von mir gefallen ist; denn dies lässt hoffen, dass wir diese Pandemie wahrscheinlich irgendwann gemeinsam durchgestanden haben. Die Schnelligkeit der Impfstoffentwicklung zeigt auch, wie Kooperation, Multilateralismus und Wissenschaft wirken, was passieren kann, wenn wir Menschen zusammenarbeiten, wenn wir Wissen teilen, wenn wir ein Ziel verfolgen. Dann kann nämlich in kurzer Zeit auch Großes entstehen. Diesen Spirit wünsche ich mir für die vielen anderen Herausforderungen, vor denen wir als Menschheit stehen, nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in allen anderen Bereichen.

Bis es so weit ist und der Impfstoff flächendeckend verteilt ist und sich alle, die wollen, auch impfen lassen können, müssen wir gemeinsam diese Pandemie weiter bekämpfen. Ich sage Danke an die große Mehrheit in diesem Land, die solidarisch ist, die sich zusammenreißt, obwohl es schwer ist, und die probiert, gemeinsam solidarisch durch diese Pandemie zu steuern. Ich finde es wichtig, dass wir in unseren Debatten stärker die Menschen in den Blick nehmen, die sich seit Monaten an die Regeln halten, die im Gesundheitswesen für uns alle einstehen, die in den Behörden vor Ort, in Verbänden, Vereinen und Unternehmen gegen Corona arbeiten.

Ich fände es übrigens auch gut, wenn wir als Freistaat Bayern einmal gemeinsam in einem Trauerakt an die vielen dächten, die durch Corona ihr Leben verloren haben; denn hinter jeder Zahl steckt ein Schicksal und ein Mensch, der bitterlich vermisst wird. Das sollten wir nicht vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen mein Appell: Halten wir zusammen, und halten wir weiter Abstand!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenbemerkung. Für eine Zwischenfrage erteile ich dem Kollegen Fabian Mehring das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Schulze, Sie hatten die GRÜNEN im Bayerischen Landtag zu Beginn Ihres Wortbeitrags hinter den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz vom vergangenen Mittwoch versammelt, sind anschließend aber geradezu in eine Schimpftirade über bayerische Bildungspolitik eingemündet. Deswegen möchte ich Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis nehmen konnten, dass nahezu alles am Mittwoch von der Ministerpräsidentenkonferenz Beschlossene, egal ob es um die Frage der offenen Schulen, die Ferienregel, die Hotspot-Strategie oder die Quarantäneregeln geht, exakt dem entspricht, was Kultusminister Michael Piazzolo und Ministerpräsident Markus Söder bereits zwei Tage vor der Ministerpräsidentenkonferenz als bayerischen Weg ausgeflaggt haben. Ist denn nicht vielmehr das in Bayern Vorgegebene jetzt exakt diese bundespolitische Maßgabe, hinter die Sie sich zu Beginn Ihres Wortbeitrags gestellt haben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Katharina Schulze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Mehring, wenn Sie meinen Worten gelauscht hätten, hätten Sie mitbekommen, dass ich gesagt habe, dass wir uns grundsätzlich dahinterstellen. In der Ministerpräsidentenkonferenz wurde auch klar gesagt, dass die Länder, wenn sie sehr niedrige oder hohe Zahlen haben, eigene Vorschläge beispielsweise im Bildungsbereich vorantreiben können. Deswegen haben wir Wechselunterricht ab der achten Klasse für alle Schularten bis Weihnachten vorgeschlagen, um Infektionsschutz und Planbarkeit zu vereinbaren.

Ansonsten finde ich es nett, dass Sie versuchen, Ihren Kultusminister zu verteidigen. Nachdem der Ministerpräsident ihm schon das Vertrauen ausgesprochen hat, müssen Sie jetzt auch noch einmal in die Bresche springen. Herr Piazzolo, ich wünsche Ihnen schöne Weihnachten und alles Gute! Ansonsten wünsche ich Ihnen, dass in der Schule sicheres Lernen und Lehren in einer Pandemie endlich gescheit klappt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht für die CSU-Fraktion der Kollege Thomas Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona ist keine Grippe. Corona ist ein heimtückisches Virus. Corona ist eine tödliche Pandemie, die inzwischen die ganze Welt im Griff hat. So dramatisch das ist, aber es ist die Wahrheit. Damit müssen wir uns im Moment abfinden. Wer das leugnet, leugnet schlicht die Realität.

Genauso wenig Spielraum haben wir beim Umgang mit Corona. Die Theorie der Herdenimmunität hat sich in Großbritannien – noch im Frühjahr dachte man dort, mit ihr durch die Krise zu kommen – als genauso falsch erwiesen wie in Schweden. In Schweden hat der Ministerpräsident faktisch einen Teil-Lockdown verkündet. Er hat sich höchstselbst an die Bürgerinnen und Bürger seines Landes gewandt und vor einem harten Winter gewarnt. Seine Botschaft war: Selbstverantwortung allein reicht nicht mehr. – So ein Vorgehen ist in Schweden ungewöhnlich und hat Seltenheitswert. Es unterstreicht den Ernst der Lage in diesem Land. Das zeigt uns, dass es keinen Weg aus der Krise ohne Einschränkungen, ohne soziale Distanzierung und ohne die Reduzierung von Kontakten gibt.

Ich habe gestern mit einer Frau aus dem Allgäu gesprochen, die ein Hotel betreibt und natürlich mit der Lage im Moment nicht zufrieden ist. Sie hat unter anderem Folgendes gesagt: Herr Abgeordneter, jeder ist doch für seine Gesundheit selbst verantwortlich. Man kann doch den Leuten nicht alles vorschreiben, sondern jeder ist für seine Gesundheit selbst verantwortlich und entscheidet, welches Risiko er gesundheitlich eingehen will. – Das ist in diesem Fall nicht richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. In vielen Fällen trifft es zu. Wenn ich entscheide, wie viel ich esse, wie viel ich trinke, ob ich rauche oder nicht, ist es weitgehend meine Sache, wenn man von den Auswirkungen auf die Kosten des Gesundheitssystems absieht. Aber wenn ich entscheide, mich nicht vor Ansteckung zu schützen, dann gefährde ich andere Menschen. Es besteht die Gefahr, dass ich andere Menschen mit schrecklichen gesundheitlichen Folgen infiziere, ohne dass ich dies will und ohne dass ich mich vielleicht selbst krank fühle. Deswegen ist es nicht die Entscheidung jedes Einzelnen, sondern wir haben alle eine Gesamtverantwortung für die anderen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Maßnahmen wirken auch. Mit den Beschlüssen, die wir im Bund und im Freistaat Ende Oktober gefasst haben, wurde die Dynamik der exponentiellen Verbreitung gebrochen. Die Wirkung ist also da. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen, die Verständnis gezeigt und dabei mitgeholfen haben. Das ist die überwältigende Mehrheit in diesem Land. Ich danke ihnen für ihre Geduld und ihre Disziplin. Ohne die Menschen in diesem Land hätten wir gar nichts erreichen können, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Beides werden wir aber leider auch die nächsten Wochen noch weiter brauchen. Wir wissen: Fast alle Menschen sind betroffen, aber viele sind eben sehr stark betroffen. Ich nenne einige Beispiele: Ich denke an die Gastronomie, die Hotellerie und auch an die dort Beschäftigten, die mit Kurzarbeitergeld auskommen müssen in einem Bereich, in dem Trinkgeld eine der Haupteinnahmequellen ist. Ich denke an die Bewohnerinnen und Bewohner von Seniorenheimen. Obwohl man natürlich dort Kontakt ermöglicht, ist dieser nicht wie üblich. Diese Menschen können sich oft nicht mehr frei bewegen. Sie können nicht mehr raus. Sie sind auf diese Kontakte angewiesen. Für sie ist es eine ganz schwere Zeit, zumal wenn diese insgesamt Monate dauert.

Uns fallen die Maßnahmen nicht leicht, weil wir eben an diese Menschen und Betroffenen und an die Auswirkungen für sie denken, wenn wir darüber beraten. Deshalb dürfen die Menschen sicher sein, dass von uns im Parlament, aber auch von der Regierung nur das beschlossen wird, was wir für vollkommen unerlässlich halten, um unkalkulierbare Gesundheitsgefahren von unserer Bevölkerung abzuwenden. Wir beschließen nicht mehr, sondern nur das, was wir unbedingt für notwendig halten. Zudem versuchen wir, so gut es geht, wirtschaftliche Hilfen zu geben, um die Folgen abzumildern, damit niemand in seiner Existenz gefährdet wird oder sie sogar verliert. Ich nehme hier Bezug, ohne es zu wiederholen, auf das von Ministerpräsident Söder Ausgeführte, auch bezüglich der Hilfen des Bundes.

Frau Schulze, man kann natürlich viel kritisieren. Aber so wie Sie das machen, zeigt sich, dass Ihnen jede politische Praxis zu handeln fehlt. Das muss ich Ihnen schon einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer hier kritisiert, die Hilfen dauerten zu lange, der muss die Dimension der Antragsteller betrachten und darf nicht beklagen, dass im laufenden November die Novemberhilfen noch nicht ausbezahlt worden sind, meine Damen und Herren. Wir haben auch eine Verantwortung, dass das Geld nicht einfach ausgereicht wird. Wir wissen, dass es massenweise Betrüger gibt, die irgendwelche Anträge stellen und nicht einmal Firmen haben. Wir brauchen eine minimale Überprüfung und trotzdem eine maximale Beschleunigung. Minister Aiwanger geht dabei zusammen mit der IHK richtig vor. Wir werden in wenigen Tagen und Wochen die entsprechenden Zahlungen leisten können.

(Zuruf – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie beklagen, dass es nicht in allen Klassenzimmern, Schulen und Büros Luftwäscher gibt, meine Damen und Herren. Machen Sie sich eine Vorstellung von der Dimension: Wir haben 6.000 Schulen in Bayern. Was denken Sie, wie viele Klassenzimmer es gibt?

(Zuruf)

Haben Sie ein solches Gerät überhaupt angeschaut? Wissen Sie, was es kostet und wie lange die Produktionszeiten sind? – Dies ist alles utopisch und ungerechtfertigte Kritik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen will ich bei dieser Gelegenheit schon einmal sagen, ohne jemanden zu kritisieren, aber um die Verantwortlichkeiten aufzuzeigen: Wir haben ein Programm aufgelegt, mit dem wir die Ausstattung finanzieren. Wir haben bei der Ausrüstung der Schulen mit Laptops und EDV ein riesiges Programm aufgelegt, das von den Sachaufwandsträgern umgesetzt werden muss. Damit stehen dreistellige Millio-

nenbeträge und mehr zur Verfügung. Das Problem ist, dass die Beträge nicht abgerufen werden. Wir statten keine Schulen mit EDV aus; dies muss "unten" passieren. Ich weiß, man bemüht sich durchaus. Sie kennen die Zuständigkeiten genau, also verdrehen Sie sie nicht! Für die EDV-Ausstattung ist nicht der Freistaat Bayern zuständig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Böllerverbotdiskussion kenne ich bereits seit Jahren, meine liebe Frau Kollegin Schulze. Hier geht es nicht darum, das Böllern wegen Corona zu verbieten. Wir führen hier schon seit vielen Jahren eine Luxusdiskussion, eine Feinstaub-Diskussion etc. Ich sage Ihnen: Wir müssen die Menschen im Moment in so vielen Punkten einschränken, obwohl wir dies nicht wollen, weil wir aufgrund der Lage dazu gezwungen sind, dass ich überhaupt nicht für zusätzliche unnötige Verbote bin. Wenn einer von einem Bauernhof eine Rakete hochschießt, dann geht davon keine Gefahr und keine Infektionsgefahr aus. Wir verbieten den Leuten nicht mehr, als in dieser ohnehin schwierigen Situation sein muss, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch ein kleiner Tipp: Ich warne Sie vor dem Abbrennen von Wunderkerzen. Auch daran kann man sich verbrennen. Wenn man solch eine extreme Haltung wie Sie vertritt, würde ich das Abbrennen von Wunderkerzen an Silvester ebenfalls unterlassen, Frau Kollegin Schulze.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Virus diktiert letztlich unser Verhalten. Daran, dass dieser Advent etwas anders ausfällt als andere zuvor, dass an Silvester nicht ein ganz so großes Feuerwerk stattfinden wird, stirbt niemand. An Corona hingegen sterben viele Menschen jeden Tag und zu jeder Stunde. 426 Frauen und Männer sind in den letzten 24 Stunden bundesweit gestorben. Um jeden dieser Menschen trauern Familien und Freunde. Das rapide Wachstum der Neuinfektionen ist gestoppt, aber das Infektionsgeschehen und das Infektionsniveau sind sehr hoch und absolut noch zu hoch. Weil es darum gehen muss, das Infektionsgeschehen einzudämmen, also die Zahlen deutlich nach unten zu bringen, führt an der Fortsetzung des Lockdowns sowie an der teilweisen Verschärfung und Nachschärfung der Maßnahmen leider kein Weg vorbei.

Eines hat mich an Ihren Ausführungen besonders gestört: Bayern ist stark betroffen; da haben Sie natürlich recht. Wir wissen aber alle, welche Faktoren hier eine Rolle gespielt haben. Begonnen hat dies damit, dass wir im Frühjahr mehr Rückkehrer aus dem Skiurlaub gehabt haben als alle anderen Bundesländer.

(Zuruf)

Dadurch haben wir im Frühjahr auch ein hohes Infektionsgeschehen gehabt. Wenn wir uns in der Welt umschauchen, ist die zweite Welle immer dort am gefährlichsten, wo auch die erste schon hoch war. Das müssen wir leider ganz klar so sehen. Dies war bei uns in Bayern der Fall. Wir müssen auch sehen, dass Bayern ein Urlaubsland ist. Somit haben wir in Bayern über den Sommer verhältnismäßig viele Urlauber beherbergt und einen erheblichen Reiseverkehr mit Ankünften und Abreisen gehabt. Wenn Sie die betroffenen Gebiete betrachten, stellen Sie fest: Teilweise sind Grenzgebiete, in Südbayern aber auch Urlaubsgebiete besonders betroffen. Wir müssen auch sehen: Wann haben sich die Zahlen wieder deutlich erhöht? – Mit der Urlaubsrückkehr aus dem Ausland, ungefähr ab Ende August. Bayern ist ein Industrieland mit sehr vielen Menschen, die vom Familienurlaub zurück nach Hause gekommen sind. Davon waren auch Baden-Württemberg und Nordrhein-

Westfalen betroffen. Dies hat zu einer erheblichen Erhöhung der Fallzahlen beigetragen. Sie haben sich von 50 bis 100 pro Tag innerhalb von zwei Wochen auf 600 erhöht. 80 % davon waren Urlaubsrückkehrer, darunter ein erheblicher Anteil an Familien.

Dies sind die Ursachen dafür, dass unsere Zahlen insgesamt nach oben gegangen sind. Diese Entwicklung, die objektiv erklärbar ist, dem Ministerpräsidenten vorzuwerfen, ist schäbig. Man sollte nicht versuchen, aus einer solchen Situation politisches Kapital zu schlagen, Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Übrigen könnte ich Sie genauso fragen, warum unser Nachbarland Baden-Württemberg verhältnismäßig hohe Zahlen hat. Dort gibt es ungefähr die gleiche Ausgangssituation, die ich gerade geschildert habe, wie hier; aber ich würde nie auf den Gedanken kommen, diese Zahlen Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann persönlich vorzuwerfen, weil dies unanständig wäre.

(Zuruf)

Ministerpräsident Söder und Ministerpräsident Kretschmann arbeiten in dieser Frage auch in der Ministerpräsidentenkonferenz eng und gut zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke dem Ministerpräsidenten, dass er sich im Bund für diesen konsequenten Weg stark gemacht hat, der übrigens in allen Ländern und von allen Regierungen, ob von CDU, SPD oder GRÜNEN geführt, gleichermaßen mitgetragen worden ist. Ich danke der Bayerischen Staatsregierung für diesen klaren Kurs im Freistaat, den sie gestern noch einmal bekräftigt hat. Ich halte es für richtig und notwendig, dass wir den Lockdown stellenweise noch vertiefen, um Kontakte noch weiter zu reduzieren; denn unser Ziel kann nicht sein, auf diesem hohen Stand stehenzubleiben. Die Zahlen müssen nach unten gehen. Dies gilt für private Treffen – die neue Obergrenze von fünf Personen aus zwei Haushalten ist verbunden mit deutlichen Erleichterungen während der Feiertage –, dies gilt für die Kaufhäuser und Einkaufszentren, das gilt auch für Bereiche wie Erwachsenenbildung usw.

Viele haben vielleicht schon vergessen, meine Damen und Herren, dass im ersten Lockdown, den wir gemacht haben, Kontakte außerhalb des eigenen Haushalts überhaupt verboten waren. Am Anfang durften sich nicht einmal – um mich den Worten des Ministers Aiwanger anzuschließen – zwei Kumpel treffen. Bereits dies war verboten. Das haben wir erst nach und nach gelockert. Der erste Lockdown war also viel weitgehender als der jetzige.

Ich halte es für richtig, die Ferien zwei Tage früher beginnen zu lassen. Es macht das Weihnachtsfest im Familienkreis einfach sicherer, wenn die Kontakte in der Schule früher enden. Die Wahrscheinlichkeit, eine Erkrankung zu identifizieren, bevor dann Familienfeiern stattfinden, ist damit einfach größer. Ich halte es für unbedingt notwendig, unser besonderes Augenmerk auf die Hotspots zu legen. Ich halte es für klug, in solchen Hotspots auch bei den Schulen anzusetzen: Wechselunterricht ab der achten Klasse ist ein wichtiger Schritt, um die Kontakte an den Schulen zu reduzieren, aber auch – dies dürfen wir nicht vergessen –, um die Frequenz im öffentlichen Personennahverkehr abzusenken. Es geht Hand in Hand, dass auch hier insgesamt eine Entlastung eintritt, wenn die Hälfte nicht zur Schule fährt.

Ich halte es angesichts der Erfahrungen, die wir nach den Faschingsferien genauso wie am Ende der Sommerferien machen mussten, für unbedingt erforderlich, grenzüberschreitende Ferien- und Freizeitmobilität in Risikogebiete einzuschränken, meine Damen und Herren. Wir müssen doch nur auf die horrenden Infektionszahlen in einigen unserer Nachbarländer schauen. Das Land Tirol hatte letzte Woche noch einen Inzidenzwert von 600 auf 100.000 Einwohner. Das ist dort, wo die meisten Skigebiete sind. Auch in Vorarlberg gibt es Bereiche an der Grenze zum Allgäu, also zu meiner Heimat, wo teilweise Inzidenzen von 800 erreicht werden, meine Damen und Herren. Das sind ganz andere Nummern. Jeder kann sich vorstellen, was passiert, wenn hier dauernder Grenzverkehr und Urlaubsverkehr stattfinden.

Nicht zuletzt danke ich der Staatsregierung dafür, dass bei allen drängenden Akutmaßnahmen auch die Vorbereitungen auf die Impfungen mit aller Konsequenz vorangetrieben worden sind, damit sofort mit dem Impfen begonnen werden kann, sobald ein Impfstoff zugelassen und ausgeliefert wurde. Ich danke insbesondere unserer Gesundheitsministerin; sie musste in den letzten Wochen viel leisten, und alles in allem hat alles gut funktioniert. Vielen Dank, liebe Melanie!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

All diese Maßnahmen machen keine Freude, aber sie sind erforderlich, um die Menschen gut und möglichst gesund durch die Krise zu bringen, und zwar alle Menschen, auch die älteren, auch die Risikogruppen. Wir wollen und werden kein Leben preisgeben, das gerettet werden kann. Wir werden kein Leben gefährden, auch wenn sich dafür andere zeitweise einschränken müssen. Der Schutz von Leben geht vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben damit ein Instrumentarium – so sagen es uns regelmäßig Umfragen, aber auch die Leute, mit denen wir sprechen –, das von einem ganz großen Teil der Menschen in Deutschland mitgetragen wird. Manchen, und das sind gar nicht so wenige, ist dieser Kurs sogar noch zu moderat; sie würden sich strengere Maßnahmen, dafür eventuell über einen kürzeren Zeitraum wünschen.

Tatsächlich hat Deutschland wohl den lockersten Lockdown in ganz Europa – Italien: Ausgangssperren; Frankreich: Ausgangssperren; Österreich: Ausgangssperren. – So schaut es im Moment bei unseren Nachbarn aus. Oder schauen Sie nach Australien! Wenn Sie innerhalb Australiens von einem Gliedstaat in einen anderen fahren, dann sind Sie erst einmal 14 Tage in einer speziellen Einrichtung in Quarantäne. Die Kosten für die Unterbringung dort tragen die Reisenden selbst – auf dem gleichen Kontinent, im gleichen Land, meine Damen und Herren! Das ist die Corona-Wahrheit. Sie sehen, wir liegen hier bei den Einschränkungen keineswegs an der Spitze. Man hat weltweit verstanden: Der einzige Weg, der im Kampf gegen Corona zum Erfolg führt, besteht darin, das Virus einzudämmen, Abstand zu halten, Kontakte zu reduzieren und die Mobilität einzuschränken; denn wir alle wissen: Zögern kann hier tödlich sein.

Liebe Frau Kollegin Schulze, natürlich wäre es wünschenswert, einen langfristigen Plan zu haben. Die Ministerpräsidenten haben sich darum bemüht, die Einschränkungen auf vier Wochen zu begrenzen. Wer aber den Eindruck erweckt, wir könnten jetzt sagen, was im Januar oder im Februar passiert, der täuscht die Leute. Das ist doch absolut abhängig von den Zahlen, die dann vorliegen. Eine langfristige Planung von Maßnahmen, wann sie einzuleiten und aufzuheben sind – wer den Leuten erklärt, dass dies möglich ist, streut ihnen Sand in die Augen; sie werden getäuscht. Jeder, der sich damit befasst, weiß, dass das nicht geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir alle wissen: Zögern kann hier tödlich sein. Das bestätigen uns auch die Leute, die täglich mit Corona-Patienten zu tun haben: Virologen, Intensivmediziner, Pflegekräfte. Sie leisten Tag für Tag herausragende Arbeit. Teilweise kommen sie in den Kliniken in Bayern schon wieder an ihre Belastungsgrenzen. In Deutschland dagegen scheint es nicht nur 80 Millionen Bundestrainer zu geben, sondern auch unglaublich viele Spezialisten im Abflachen von Infektionskurven. Viele meinen, es besser zu wissen, oder sehen Corona sogar als große Weltverschwörung.

Dabei liegen die Fakten auf dem Tisch. Von der Zahl der täglichen Neuinfektionen, wie wir sie heute haben, waren wir im Frühjahr meilenweit entfernt. Die Zahl der täglichen Todesfälle liegt heute ebenfalls deutlich höher als im Frühjahr. Wir wissen doch viel mehr, meine Damen und Herren. Wir wissen doch, dass wir bei guter Gesundheitsversorgung bei fünf bis sechs von hundert Leuten Hospitalisation haben, also Einweisung in die Klinik, dass 3 % und mehr auf die Intensivstation kommen, dass 2 % beatmet werden müssen und 1 % stirbt. Wenn man 4.000 neue Fälle hat, kann man sich ausrechnen, was passiert. Das ist genau das, was der Ministerpräsident gesagt hat – das passiert jetzt nämlich –: Die Ansteckungen sind vor fünf Wochen erfolgt, als die Zahlen gestiegen sind. Deswegen ist es unerlässlich, jetzt die Zahlen zu senken, sonst werden wir selbst bei dieser relativ gebremsten Entwicklung der Zahlen auf Dauer ein Problem in der Intensivmedizin bekommen. Die Leute müssen teilweise vier, fünf, sechs Wochen beatmet werden; das ist bei vielen keine Sache von ein paar Tagen, sondern die Behandlung dauert bei vielen ganz lange.

Ich finde es, gelinde gesagt, irritierend, wie leichtfertig Todesfälle, die wir durch Corona zu verzeichnen haben, teilweise abgetan werden. Das sind alles Menschenleben – die schwer Pflegebedürftigen im Seniorenheim genauso wie der mitten im Leben stehende Familienvater. Sie alle könnten an COVID-19 sterben. Das ist die Corona-Wahrheit. Und jeder Verstorbene ist einer zu viel.

Ich nenne hier ausdrücklich auch die vielen Menschen, die nach überstandener Corona-Infektion wochen- oder gar monatelang unter hartnäckigen Langzeitfolgen leiden, wir wissen noch gar nicht, ob vielleicht ein Leben lang, weil die Krankheit dafür noch zu kurz bekannt ist. "Long COVID" hat sich mittlerweile schon als Fachbegriff etabliert. Das sind keine Einzelfälle, und das sind vielfach junge, sportliche Menschen ohne jede Vorerkrankung. Mich empört, wie lapidar manche über die Berichte dieser Menschen über ihr Leiden hinweggehen, ganz abgesehen davon, dass die Kosten für die Langzeitfolgen der Infektion noch gar nicht abzuschätzen sind.

Dass dahinter eine Strategie steckt, ist offensichtlich, jedenfalls bei der AfD mit ihrem verantwortungs- und rücksichtslosen Agieren in der Corona-Krise. Sie sucht bewusst Experten für Randmeinungen, die die Menschen verunsichern sollen, und will keinen sinnvollen Beitrag zur Diskussion leisten. Sie verbreitet Unwahrheiten, und sie sucht die Nähe zu Verschwörungstheoretikern und Vertretern von Extrempositionen. Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren! Das ist verantwortungslos. Sie gefährden damit die Gesundheit der Bevölkerung, und Sie gefährden Menschenleben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Frau Ebner-Steiner, sich gegen die Maskenpflicht in den Grundschulen auszusprechen, wie Sie an die Landräte geschrieben haben, hat nichts mit Mut zu tun. Das ist nicht mutig, das ist verantwortungslos. Wer die Corona-Bekämpfung systematisch sabotiert, setzt das Leben von Menschen aufs Spiel.

Sie schreiben auch Folgendes: Eine Kontrolle durch den Landtag gibt es nicht mehr, auch keine Mitbestimmung, nicht einmal eine Mitberatung. Das habe es seit 1945 in Deutschland und Bayern nicht mehr gegeben. – Sie nehmen nicht mal zur Kenntnis, dass Sie heute hier mitberaten, Anträge stellen und sich zu Wort melden können. Ich sage Ihnen: Sie stellen unser demokratisches Gemeinwesen in eine Tradition mit der NS-Diktatur.

(Zuruf)

Ausgerechnet Sie! Das ist einfach unglaublich und unerhört.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich kenne in diesem Bayerischen Landtag keine Partei bzw. einzelne Mitglieder, die vom Verfassungsschutz beobachten werden.

Es ist gut und richtig, dass die Impfstoffforschung unter enormem finanziellen Einsatz vorangetrieben wird. Es ist aber auch notwendig, wirksame Medikamente im Kampf gegen Corona zu entwickeln, besonders um schwere Krankheitsverläufe zu verhindern. Wir haben hier in Bayern exzellente Medizin- und Biotechnologieforschung, deren Potenziale wir nutzen müssen. Ich bin sicher, dass es uns auch gelingen wird, aus Bayern heraus wichtige Beiträge zu der Behandlung von Corona-Patienten zu leisten. Wir werden deshalb – auch in diesem Hohen Haus – ein Konzept vorlegen, um diese Potenziale bestmöglich zu nutzen und mit einer Therapiestrategie einen sichtbaren Akzent zu setzen – eine wichtige Säule der Corona-Bekämpfung. Denn es wird dauern, und alle werden sicherlich nicht geimpft werden. Deshalb ist Behandlung ein ganz wichtiger Faktor – Therapie neben der Vorbeugung und der Impfung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die kommenden Wochen kann ich nur alle um Verständnis und Geduld bitten, die von den Auswirkungen der Corona-Maßnahmen betroffen sind. Das sind mehr oder weniger alle. Ich bin sicher, es wird eine gute Zeit nach Corona geben, wie es auch eine gute Zeit vor Corona gab. Es liegt auch an uns selbst, gemeinsam gut dorthin zu kommen. Wir sind bei der Eindämmung der Infektionszahlen auf einem guten Weg. Wir sind aber noch lange nicht am Ziel. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass wir unser Ziel bald und gut erreichen. Wenn wir alle gemeinsam handeln, werden wir dies auch schaffen. Wir werden Erfolg haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und bleiben Sie alle gesund – hier im Plenarsaal und in ganz Bayern!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt noch Zwischenbemerkungen. – Es gibt vier Zwischenbemerkungen. Als Erster hat sich der Kollege Prof. Dr. Hahn gemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ihr Ministerpräsident Söder ist hier leider Vorreiter für das sehr umfassende Runterfahren unserer ganzen Gesellschaft und für den Bankrott zahlreicher Wirtschaftsbranchen. Das Ganze soll von ihm jetzt auch noch vertieft und verlängert werden. Es soll geholfen werden. Soll diese Schuldenhypothek auf die nächsten Generationen verlagert werden. – Soll das die Hilfe sein? Und dann spricht man hier von einem "Lockdown light". Ist das nicht eigentlich ein Witz, wenn unsere ganze Gesellschaft hier runtergefahren wird, das Schlimmste, was wir wirtschaftlich seit über 70 Jahren durchzustehen haben? Das nennt sich dann auch noch "light". Das ist doch nicht nachvollziehbar!

Wissenschaftlich ist das Ganze schon mal gar nicht. Die PCR-Tests funktionieren nicht richtig; Obduktionen werden abgesagt; die Inzidenzschwellen von Herrn Söder sind willkürlich ohne wissenschaftlichen Hintergrund gewählt.

Meine Frage ist: Gibt es überhaupt eine Exit-Strategie, oder wie lange müssen wir das alles noch aushalten? Kommt dann ein dritter und vierter Lockdown?

(Unruhe)

Wann definieren Sie das Ende dieser Pandemie, sodass die Menschen wieder in Freiheit leben können?

(Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Diese Ausführungen und Ihre Schlussfolgerungen zeigen wieder: Es ist eigentlich vollkommen sinnlos, Ihnen irgendetwas erklären zu wollen, Herr Prof. Hahn. Vollkommen sinnlos!

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Ministerpräsident hat jetzt in der Regierungserklärung, aber auch in den letzten Tagen in Pressekonferenzen immer wieder erklärt, wie die Strategie in Deutschland und die Strategie der Bayerischen Staatsregierung ist. Wenn Sie keine erkennen können, ist das Ihr Problem. Das sage ich Ihnen mal zum Ersten. Sie kapieren es einfach nicht.

Das Zweite: Wir müssen die Infektionszahlen drücken. Wenn wir den Weg gehen würden, den die AfD geht, dann würden wir in eine Super-Hyper-Infektionswelle mit vielen Toten hineinlaufen. Das ist Ihnen egal, weil Sie politisches Kapital daraus schlagen wollen, Herr Prof. Hahn.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Klaus Adelt für die SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Kollege Kreuzer, gerade in der Pandemie wäre die Digitalisierung von Schulen ganz wichtig und ganz vorrangig, um die Problematik abzumildern. Sie sagen: Die Mittel für die Digitalisierung seien da, sie müssten nur von den Schulaufwandsträgern abgerufen werden. – Ich frage Sie: Wie sollen die das machen? Es fehlen Ausführungsbestimmungen. Es herrscht Chaos. Seit Juli 2020 ist mit der Bund-Länder-Vereinbarung klar, dass es Systemadministratoren geben wird. Wo bleiben sie denn? Was machen die Schulen mit den nackten Leih-tablets für die Schüler? Wer soll die denn hochbooten? Der Stadtbaumeister? Die Friedhofsverwaltung? Wer soll das machen? – Dies können nur Fachleute machen. Sagen Sie mir, wie man dieses Dilemma beseitigen kann, dieses Riesenchaos! Ich rate Ihnen eines: Schaffen Sie einen "Chaosbeseitigungsbeauftragten", damit die Schulen dann endlich zu ihrer Digitalisierung kommen!

(Beifall bei der SPD)

Thomas Kreuzer (CSU): Mein lieber Kollege Adelt, Sie machen es sich da meines Erachtens etwas zu leicht. Zum Ersten muss man mal sehen, dass die bisherige Diskussion zur Digitalisierung, die bis zum Anfang dieses Jahres geführt worden ist, nie zum Inhalt hatte, dass wir die Schulen so ausstatten müssen, dass Home-schooling für alle ohne Weiteres möglich ist. Das haben wir uns im Januar dieses Jahres noch gar nicht vorstellen können, sondern da ist es um etwas ganz anderes

gegangen: Wie ist Lernunterstützung möglich? Wie kann man Digitalisierungsstrategien im Unterricht einführen? – Wer also den Eindruck erweckt, es ist ein Vollversagen, weil nicht von heute auf morgen auf Homeschooling umgestellt werden konnte, der täuscht die Menschen. Das ist nicht so.

Das Zweite: Wir haben die entsprechenden Anschlüsse für viele Schulen unter staatlicher Beteiligung gelegt – ich sehe den Finanzminister; da hinten sitzt er; viele haben heute bereits schnelles Internet –, zusammen mit den Kommunen.

(Zuruf)

Wir haben mit den Kommunen die entsprechenden Richtlinien erarbeitet. Wir haben die Mittel zur Verfügung gestellt; auch der Bund, muss man sagen, nicht nur das Land Bayern.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Thomas Kreuzer (CSU): Somit müssen wir jetzt die Dinge entsprechend schnell gemeinsam umsetzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, jetzt muss ich einschreiten.

Thomas Kreuzer (CSU): Der Bund hat sich an den Systemadministrationskosten beteiligt. Das will ich nur sagen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege.

Thomas Kreuzer (CSU): Auch der Finanzminister ist hier im Gespräch. Also erwecken Sie nicht den Eindruck –,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Thomas Kreuzer (CSU): – dass nichts passiert ist. In Ländern, wo die – –

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Präsidentin Ilse Aigner schaltet das Rednermikrofon ab)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ich möchte darauf hinweisen, dass auch für die Beantwortung eine Minute zur Verfügung steht, noch mal zur Sicherheit. – Jetzt haben wir aber noch zwei weitere Zwischenbemerkungen.

Thomas Kreuzer (CSU): Noch mal?

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Plenk hat das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Irgendwann vergesse ich dann, am Ende die Maske aufzusetzen. – Okay, wer ist es?

(Unruhe)

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Kreuzer, – –

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Plenk, Sie haben das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Kollege Kreuzer, ich sehe immer wieder Versuche seitens der Bayerischen Staatsregierung, auch von Ihnen in Ihren Ausführungen, die Verantwortung für die Misere in Bayern auf unsere österreichischen Nachbarn abzuwälzen. Die Staatsregierung hat im Oktober einen Lockdown

im Landkreis Berchtesgadener Land veranlasst. Das kam für mich nicht überraschend, dass im Nachbarlandkreis Traunstein anschließend die Infektionszahlen explodiert sind. Glauben Sie denn nicht, dass in diesem Zusammenhang große Fehler gemacht wurden? Die Wanderparkplätze in Traunstein waren voll mit Besuchern aus Berchtesgaden. Touristen aus dem Berchtesgadener Land haben ihren Urlaub in Traunstein fortgesetzt. Wie stehen Sie dazu?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Ich sage noch mal: Die Situation in Österreich war leider beängstigend. Die haben schon vor Wochen Inzidenzwerte von über 400 landesweit gehabt, Tirol letzte Woche noch 600, Vorarlberg auch ganz hoch, in einzelnen Bezirken 800. Wenn Sie da Grenzverkehr haben, ist das gefährlich. Was meinen Sie mit "Fehler"?

Erstens. Die Maßnahmen im Berchtesgadener Land sind erfolgreich. Die Werte sinken relativ stark ab. Dies wird dort besser. Ich bin der Überzeugung: Wenn die das durchhalten, dann werden die wieder von Spitzenwerten auf vernünftige Werte kommen.

Zweitens. Wir setzen natürlich auch auf die Vernunft der Menschen. Was Sie vorschlagen, würde heißen, dass wir jedem verbieten, überhaupt aus dem Haus zu gehen oder sonst irgendetwas. Wir müssen auch darauf setzen, dass die Menschen vernünftig sind. Ich sehe keinen direkten Zusammenhang zwischen den Werten in Berchtesgaden und den Werten in Traunstein; er ist zumindest in keiner Weise belegt. Aber Eigenverantwortung gehört auch dazu. Sonst müssten wir jede Bewegungsfreiheit in diesem Land einschränken.

Präsidentin Ilse Aigner: Danke.

Thomas Kreuzer (CSU): Das ist eine Sache, die wir nicht anstreben.

Präsidentin Ilse Aigner: Danke, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die letzte Zwischenbemerkung: der Kollege Toni Schuberl von den GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kreuzer, zur Verantwortung Bayerns und der Schuld der anderen eine kurze Bemerkung: Am Anfang waren die Starkbierfeste, die unbedingt noch stattfinden mussten. Aiwanger meinte sogar, Starkbier mache immun gegen Corona.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Sommer hieß es, die Leute sollten bei uns Urlaub machen, Gesundheit ist unser Verkaufsschlager. Jetzt heißt es: Die Urlauber sind schuld. – Das Ende der Sommerferien hat bei uns durch die eigenen Rückkehrer einen gewissen Anstieg gebracht. Aber das exponentielle Wachstum hat deutlich später begonnen. Als die Zahlen in Berlin nach oben gegangen sind, hat es grobe Kritik durch Markus Söder gehagelt: Berlin sei am Rande der Unkontrollierbarkeit.

Da waren die Zahlen übrigens noch weniger schlimm als jetzt bei uns. Sie drehen es sich hin, wie Sie wollen. Am besten sind immer die anderen schuld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Die anderen sind nicht schuld. Ich habe Ihnen nur ein paar Sonderfaktoren erklärt, die in Bayern der Fall waren. Ich wehre mich dagegen, dass man einer Person die Schuld gibt. Wir tun das in Baden-Württemberg auch nicht. Was Sie gesagt haben, ist natürlich teilweise die Ursache. Aber die Starkbierfeste haben zum großen Teil nicht stattgefunden, nur noch ganz am Anfang. Als die Situation ernst geworden ist, haben die Behörden vor Ort – auch dies macht nicht die Bayerische Staatsregierung, um das noch mal zu sagen – diese Feste abgesagt und untersagt. Man sollte hier nicht falsche Zuordnungen machen. Insgesamt hat die Angelegenheit viele Ursachen. Aber es ist durchaus erklärbar, dass ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern eher ein Problem mit Segelrückkehrern als mit Skirückkehrern hat. Das müssten auch Sie einsehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. Das war die letzte Zwischenbemerkung.

(Abgeordneter Thomas Kreuzer (CSU) verlässt das Rednerpult ohne Maske)

Maske!

(Abgeordneter Thomas Kreuzer (CSU) kehrt zum Rednerpult zurück, um die Maske aufzusetzen)

Das waren jetzt auch ein bisschen viele Fragen.

(Heiterkeit – Thomas Kreuzer (CSU): Das waren einfach zu viele!)

– Genau. Es waren vier. Es hat auch noch jeder Redezeit. Darauf will ich nur hinweisen.

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Liebe Bayern, Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Politik der Staatsregierung ist sinnlos. Sie ist operintensiv, und am schlimmsten ist: Sie ist erfolglos.

Herr Söder, zum wiederholten Mal stellt sich heraus: Als Krisenmanager haben Sie kläglich versagt.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern einen Strategiewechsel, und zwar sofort. Die sogenannte zweite Welle wurde nicht gebrochen. Die Inzidenzwerte sind willkürlich festgelegt, und sie wurden auch noch ganz klar verfehlt. Das sind nicht nur meine Worte, sondern die Worte zahlloser Wissenschaftler. Herr Söder, für dieses Desaster tragen Sie die politische Verantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Es sind Experten, die versuchen, die Bundesregierung zu beraten. Das bittere Fazit von Prof. Matthias Schrappe: Die Bundesregierung ist beratungsresistent.

Erst recht gilt dieser traurige Befund der Wissenschaftler für die Bayerische Staatsregierung, die zu den Superspreadern der neu aufgeflammten "German Angst" gehört. Ihre Beratungsresistenz bringt nicht nur Millionen Menschen um ihre wirt-

schaftliche Existenz. Sie verursacht auch größte Schäden in unserer Gesellschaft. Ihre Politik der Verbote ist also nicht nur totalitär, sondern rücksichtslos und brutal den Schwächsten gegenüber. Risikopatienten, unsere Seniorinnen und Senioren, werden bis heute nicht ausreichend geschützt. Nicht nur als Politikerin, sondern auch als Bürgerin, die Ihre Politik der Gnadenlosigkeit mit Entsetzen verfolgt, fordere ich Sie auf: Hören Sie endlich auf die Fachleute! Stoppen Sie diese falsche Politik!

(Beifall bei der AfD)

Geben Sie zu, dass Ihre Maßnahmen gescheitert sind! Dieses Eingeständnis wird Sie vielleicht Wählerstimmen kosten, aber wieder glaubhaft machen. Beenden Sie diesen zweiten Lockdown, anstatt ihn zu verlängern und auch noch zu verschärfen!

Die meisten Menschen, die das Virus in sich tragen, wissen nichts davon. Sie sind auch gar nicht krank und werden durch Corona kaum gefährdet. Die Zahl der tödlichen Verläufe beträgt laut mündlicher Aussage der WHO 0,14 %.

(Zuruf)

Weitaus schädlicher ist da Ihre Politik. Lebenswichtige Operationen wurden verschoben. Menschen starben, weil sie sich nicht mehr zum Arzt trauten. Kinder klagen verstärkt über psychische Probleme. Die WHO hat vor diesen schlimmen Folgen sinnloser Lockdowns gewarnt.

Jetzt nenne ich Ihnen Vorschläge, die wirklich was bringen; denn die AfD hat Lösungen:

Schützen Sie die Risikogruppen, anstatt alle Bürger mit Kontaktverboten zu drangsaliieren!

(Zuruf)

Dass infizierte Pflegekräfte in Bayern weiterarbeiten müssen, zeigt den Unsinn Ihrer Maßnahmen.

(Beifall bei der AfD)

Hören Sie auf, Angst und Panik zu verbreiten! Die meisten Menschen können mit dem Virus leben. Als Bürgerin sage ich Ihnen: Wir sind keine unmündigen Schutzbefohlenen. Hören Sie auf, Menschen grundlos ein- oder auszusperren!

Verbreiten Sie nicht länger irreführende Zahlen! Zitat: "Die derzeit verwendeten Grenzwerte ergeben ein falsches Bild", sagt Prof. Schrappe. Ein Wert wie 50 Fälle auf 100.000 Einwohner sei inhaltsleer.

Statt sinnloser Massentests brauchen wir langfristig angelegte Bevölkerungsstudien, aus denen hervorgeht, wie viele Menschen tatsächlich infiziert waren und wie viele die Krankheit wirklich durchgemacht haben; denn diese Zahlen liegen Ihnen laut der Antwort auf meine Anfrage nicht vor.

Schenken Sie den Menschen endlich reinen Wein ein! Gegen jeden vernünftigen Rat wollen Sie den Lockdown. Sie wollen die Kontaktbeschränkungen. Sie wollen die Verbotspolitik bis weit ins nächste Jahr tragen. Als Bürgerin habe ich letzte Woche gesehen, wie in Berlin Unrecht in Gesetzesform gegossen wurde.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz – Sie haben es vorhin erwähnt –, im Volksmund "neues Ermächtigungsgesetz" genannt, hebt schon jetzt unsere Grundrechte aus.

(Widerspruch)

Ich muss Ihnen schon sagen: Das hat man sich gut angeschaut.

(Beifall bei der AfD)

Aber heute bringen Sie mit den neuen Maßnahmen das Fass endgültig zum Überlaufen. Der von Ihnen vorgegebene bayerische Sonderweg lässt keine Gnade gelten, nicht einmal gegenüber den Kleinsten, den Grundschulern. Die Maskenpflicht für Grundschüler in Bayern ist ein Verbrechen an unseren Kindern. Gehen Sie vor die Schulen, und schauen Sie sich die blauen Lippen unserer Kinder an!

(Lebhafter Widerspruch)

Wer diesem Treiben kein Ende bereiten will, der ist herzlos.

(Zurufe)

Trotz allem wird der Lockdown weiter verlängert und verschärft: Hotels, Gaststätten und Fitnesscenter bleiben zugesperrt. Der Einzelhandel blutet bei geöffneten Ladentüren finanziell aus. Da helfen auch Ihre kurzfristigen Wohltaten auf Kosten der Steuerzahler nichts. Was bleibt, sind zerstörte Existenzen.

(Beifall bei der AfD)

Gerade zur Weihnachtszeit ist soziale Distanz nicht solidarisch, sondern unbarmherzig. Statt Liebe und Freude gibt es zu Weihnachten für viele Menschen Arbeitslosigkeit und Insolvenz und damit Kummer und Sorge. Was sind das für Aussichten auf das neue Jahr, wenn es zwar keine großen Silvesterfeuerwerke gibt, dafür aber ein neues Schuldenfeuerwerk?

Aber ich sage Ihnen eines: Wir werden es nicht zulassen, dass Sie mit Ihrem Zerstörungswerk dauerhaft Erfolg haben. Wir, das sind nicht nur die AfD mit ihren Abgeordneten in den Parlamenten unseres Landes, das sind Millionen mündiger Bürger, denen wir eine Stimme geben, Millionen Menschen, die sich von Ihren Wasserwerfern und Ihren Polizeiknüppeln nicht einschüchtern lassen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, da Sie nicht bereit sind, den notwendigen Strategiewechsel unverzüglich einzuleiten, wird ihn der Souverän, das Volk, selbst erzwingen müssen. Alle Institutionen haben bisher fast vollständig versagt: die Parlamente, die Gerichte und auch die Medien.

(Zurufe)

Als letztes Mittel greifen wir heute zum schärfsten Schwert: Nur noch ein Volksbegehren kann unsere Freiheit wieder herstellen; denn alle Staatsgewalt geht in Bayern immer noch vom Volke aus.

Liebe Bayern, unterstützen Sie das Corona-Volksbegehren "Schuetzt-die-Freiheit.de"! Denn wenn Unrecht zu Recht wird, dann wird Widerstand die erste Bürgerpflicht.

(Lebhafter Widerspruch)

Gott schütze Bayern!

(Beifall bei der AfD – Anhaltende Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist Florian Streibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade wieder einen neuen Tabubruch erlebt. Wir haben erlebt, wie eine Rednerin unverhohlen dem Bayerischen Landtag droht und wie hier Drohungen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Manier der besten Demagogie ausgesprochen werden. Das ist schon ein starkes Stück!

(Zurufe)

Das entwürdigt im Grunde Sie und Ihre ganze Truppe und macht deutlich, wessen Geistes Kind Sie sind. Was Sie hier abliefern, ist unsäglich.

(Beifall)

Es reicht Ihnen nicht, die bayerischen Landräte mit Ihren Schreiben zu bedrohen. Jetzt bedrohen Sie auch noch das Hohe Haus. Das ist unsagbar.

Meine Damen und Herren, ein Blick auf die Infektionszahlen und in unsere Krankenhäuser macht leider ganz deutlich, dass wir mit Vorsicht, Umsicht, aber auch mit Zuversicht handeln müssen. Wenn wir die Pandemie eindämmen und nicht nur verlangsamten möchten, dann müssen wir jetzt handeln. Wir befürworten die Schritte, die der Bund, die Ministerpräsidenten und die Bayerische Staatsregierung nach intensiven und guten Beratungen mit Fachleuten vereinbart haben. Es sind Schritte, die den Bogen nicht überspannen, die maßhalten und eine Linie vorgeben, die gangbar ist und jeden mitnimmt.

Meine Damen und Herren, für uns als FREIE WÄHLER ist es dabei nach wie vor wichtig, dass alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und ihrer Verhältnismäßigkeit immer wieder evaluiert und nachgebessert werden, wenn es notwendig ist. Wir dürfen diese Maßnahmen immer nur so lange aufrechterhalten, wie es zur Eindämmung der Pandemie wirklich notwendig ist. In der Pandemie – das beweist die Staatsregierung – müssen wir als Parlament ein lernendes System sein, unsere Handlungen stets überdenken, anpassen und die neuen Situationen und Herausforderungen annehmen.

Ziel ist es, das Land, die Menschen und Bayern sicher durch diese Krise zu führen. Hierbei müssen wir mit Augenmaß und Vernunft vorgehen. Die Regeln, die getroffen werden, müssen verständlich, einsehbar und lebbar sein. Das sind sie, meine Damen und Herren. Jeder kann diese Regeln verstehen und anwenden. Unsere Aufgabe hier im Parlament und als Regierung ist es, den Freistaat sicher und mit Weitblick, vor allem aber auch gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern durch die Krise zu steuern. Dazu gehört auch, den Kurs auf Basis der aktuellen Entwicklungen immer wieder neu auszurichten und anzupassen. Ein stures Beharren auf längst überholten und widerlegten Standpunkten ist meiner Meinung nach das Privileg der Opposition. Das zeichnet sich auch heute wieder ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Als Regierung können wir das nicht dulden, müssen aber trotzdem vorangehen.

Wir befinden uns in einer ungewöhnlichen Situation, die uns alle herausfordert und uns das Äußerste abverlangt. Es ist eine Situation, in der wir natürlich auch immer

um den richtigen Weg ringen. Jedem, der meint, er könne einen Zwist in der Regierungskoalition erkennen, sei versichert: Das Ringen um die beste Lösung zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger in diesem Freistaat ist keine Schwäche, sondern eine Stärke unserer Koalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diese Stärke ist der Grund dafür, dass wir so gut durch die Pandemie kommen. Die Koalition in Bayern findet immer Maß und Mitte für die wichtigen Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation ist es unsere Verantwortung und unser Anspruch, die Fakten immer wieder neu zu bewerten und unser Handeln danach auszurichten. Es geht hier um die tatsächlichen, echten Fakten und nicht, wie bei der AfD-Fraktion, um alternative oder "alter-naive" Fakten. – Meine Damen und Herren von der AfD-Fraktion, bitte hören Sie endlich auf, unser aller Zeit mit Ihren wirren und kruden Theorien, den fehlinterpretierten Statistiken und Ihrem völlig verqueren Demokratieverständnis zu verschwenden!

(Beifall)

Ihre Kolleginnen und Kollegen haben in Berlin kürzlich wieder eindrucksvoll bewiesen, dass es Ihnen nicht um unseren Staat, den Freistaat oder die Bundesrepublik Deutschland geht,

(Zuruf)

sondern dass es Ihnen um ganz andere Dinge geht. Sie vergiften die Menschen mit Ihrem falsch verstandenen Begriff von Demokratie und Freiheit. Wenn wir nicht aufpassen, wird sich dieses Gift langfristig gefährlicher auf unsere Gesellschaft und unseren wirtschaftlichen Wohlstand auswirken, als es das Coronavirus jemals könnte. Denn das Gift setzt bei den Ängsten und bei der Verunsicherung vieler Menschen an und blockiert dort die wichtigste Waffe, die wir derzeit im Kampf gegen das Virus haben: die Solidarität und die gegenseitige Rücksichtnahme.

Meine Damen und Herren, wenn wir unsere sozialen Kontakte einschränken und Alltagsmasken tragen, dann schützen wir nicht nur uns selbst, sondern gerade unsere Nächsten und diejenigen, für die das Virus besonders gefährlich ist. Das ist gelebtes Gemeinwohl. Hinter diesem Gemeinwohl stehen bis auf eine Fraktion alle Fraktionen dieses Hauses.

Meine Damen und Herren, wir tragen dazu bei, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird und auch Corona-Patienten und andere Patienten in medizinischen Notfällen bestmöglich versorgt werden können. Darum geht es doch! Es geht um die Aufrechterhaltung des medizinischen Systems und darum, dass die Krankenhäuser ihren Dienst leisten können. Wir müssen die Schwächsten und nicht die größten Egoisten schützen.

(Beifall)

Wir alle, die dies einsehen, Rücksicht nehmen und an das Gemeinwohl denken, tragen dazu bei, dass die Krise so schnell und so gut wie möglich überwunden wird.

Meine Damen und Herren, dadurch schützen wir letztlich auch unsere Wirtschaft, denn Infektionsschutz ist Wirtschaftsschutz. Trotz dieser einfachen Zusammenhänge gibt es immer wieder laute Minderheiten, die die Schutzmaßnahmen strikt ablehnen, die sich weigern, Abstand zu halten und Alltagsmasken zu tragen, oder die die Existenz des Virus komplett leugnen. Die Motive hierfür sind höchst unterschiedlich: Einige Menschen in diesen Randgruppen sind schlicht verunsichert,

verführt, haben Angst und haben den Überblick verloren. Hier ist es Aufgabe der Politik, diese Menschen wieder kommunikativ abzuholen, Ihnen die Situation zu erklären und sie in die Gemeinschaft zu integrieren. Anderenfalls riskieren wir langfristig eine Spaltung der Gesellschaft.

Es gibt aber natürlich auch jene, die die Krise und die Verunsicherung der Menschen bewusst für ihre eigenen Machenschaften ausnutzen, die mit wirren Verschwörungstheorien lautstark den Verlust der Freiheit und das Versagen der Demokratie postulieren. All jenen darf ich sagen: Die Pandemie hat uns allen bereits Opfer abverlangt und wird wohl weitere Opfer von uns verlangen. Aber Demokratie und Freiheit zählen und zählen zu keinem Zeitpunkt zu den Opfern der Pandemie.

Meine Damen und Herren, Freiheit definiert sich nicht allein durch die Abwesenheit von Zwängen. Freiheit ist – wie die Philosophin Hannah Arendt sagt – die Möglichkeit des Menschen, immer wieder neu anzufangen und neu zu starten. Es gibt den positiven Begriff der Freiheit: die Freiheit, etwas zu tun, die Freiheit, anzufangen, die Freiheit, sich und die Welt zu verändern, die Freiheit, für sich und seine Mitmenschen Verantwortung zu übernehmen.

Demonstranten, die dicht gedrängt ohne Alltagsmasken und teils im Schulterchluss mit Rechtsradikalen und Antisemiten eine Ausbreitung des Virus billigend in Kauf nehmen oder sogar zur Gewalt aufrufen, stehen im krassen Gegensatz zu dieser Definition von Freiheit. Sie vertreten einen korrumpierten Begriff der Freiheit. Es ist genau so, wie das einmal der Richter zu den Rabauken sagte: Die Freiheit deiner Faust endet da, wo die Spitze meiner Nase beginnt. Genau darum geht es jetzt: Die Freiheit der Demonstration endet da, wo Leben und Gesundheit anderer gefährdet werden. Dieser korrumpierte Freiheitsbegriff steht komplett im Widerspruch zu unserem Verständnis von Demokratie und dem demokratischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dass dieser Grundkonsens in unserer Demokratie lebt, beweisen diese Debatte und die vielen Debatten, die wir hier im Hause seit über einem halben Jahr intensiv über Corona und die notwendigen Maßnahmen führen. Aber nicht nur wir hier im Haus, auch unsere Exekutive, die jeden Tag gegen dieses Virus kämpft, die Leute in den Gesundheitsämtern, die Polizei und der Medizinische Dienst, sie alle stehen an vorderster Front und leisten ihren Dienst. Denen, die immer noch an der Demokratie verzweifeln, sei gesagt: Auch die Judikative leistet ihren Dienst im Sinne der Demokratie und der Gewaltenteilung. Meine Damen und Herren, Demokratie lebt in Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Pandemie wird aber zusehends zu einem sozialen Belastungstest für unsere Gesellschaft. Diese Pandemie wird unsere Gesellschaft verändern. Aus diesem Grunde haben wir FREIEN WÄHLER kürzlich ein Expertengremium "Corona und Gesellschaft" eingesetzt, um über diese Themen zu diskutieren und sie zu beleuchten. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, uns dieser Herausforderung zu stellen, diesen Prozess zu begleiten und ihn zum Wohle der Menschen positiv zu gestalten. Eines können wir schon heute mit Sicherheit sagen: Dieses Jahr 2020 und wohl auch das nächste Jahr 2021 werden in die Geschichtsbücher eingehen, ob als Jahre, in denen Corona die Welt in ihren Fängen hielt, oder als die Zeit, in der Menschen weltweit solidarisch zusammenstanden, die Bedrohung bekämpften und die Weichen für eine neue Zukunft, für eine neue, bessere Gesellschaft gestellt haben.

Ob diese Weichen gestellt werden, das liegt an jedem Einzelnen von uns, der diese Herausforderung annimmt und unsere Gesellschaft, unsere Welt und unser Miteinander etwas besser machen möchte. Von daher habe ich die Zuversicht, dass wir alle es in der Hand haben, alles zum Besseren und zum Positiven zu wenden. Wir müssen das nur wollen. Wir dürfen dabei nicht auf die hören, die das Gift der Verführung in die Köpfe der Menschen senken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns Geschichte schreiben, Geschichte für unseren Freistaat Bayern, eine Geschichte, die zum Positiven führt, die Menschen mitnimmt und ihnen eine Zukunft in Gesundheit und Wohlstand in unserem Land sichert!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Streibl. Bleiben Sie bitte am Pult. – Mir liegen zwei Interventionen vor. Die erste Intervention kommt von Herrn Vizepräsidenten Rinderspacher. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Herr Kollege Streibl, Sie haben erwartungsgemäß die Regierung gegen die Kritik aus der Opposition in Schutz genommen. Die härteste Kritik kommt allerdings aus den eigenen Reihen: Der frühere Wirtschaftsminister und CSU-Abgeordnete Franz Josef Pschierer sprach davon, dass Kultusminister Piazzolo eine klare Fehlbesetzung sei. Bayern sei meilenweit von einem digitalen Klassenzimmer entfernt. Der Kultusminister der FREIEN WÄHLER setze die falschen Akzente. Note ungenügend, Versetzung stark gefährdet. – Diese Kritik war deutlich schärfer als die, die die Opposition heute geübt hat. Was sagen Sie dazu?

Zweite Frage: Was ist eigentlich die grundsätzliche Position der FREIEN WÄHLER in der Pandemie? Sie als Fraktionsvorsitzender forderten zuletzt einen richtigen Lockdown. Der Landesvorsitzende Aiwanger fordert dagegen Lockerungen im Tagesrhythmus. Wessen Wort gilt eigentlich bei den FREIEN WÄHLERN? In welche Richtung geht es denn? Gilt das Wort des Fraktionsvorsitzenden oder das des Landesvorsitzenden?

Dritte Frage: Ihre Generalsekretärin Susann Enders forderte eine Abkehr von der Teststrategie der Staatsregierung und kritisierte das Konzept des Ministerpräsidenten. Was ist eigentlich die konkrete Kritik der FREIEN WÄHLER an der Teststrategie der Staatsregierung, der sie selbst angehören? – Vielen Dank für die Aufklärung.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Bitte, Herr Abgeordneter Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Rinderspacher, das sind die unterschiedlichen Ansichten, die da sind. Das zeigt deutlich, dass wir als FREIE WÄHLER und die Koalition für eine offene und plurale Gesellschaft stehen und für eine Meinungsvielfalt, die Politik voranbringt. Wir sind keine uniforme Truppe, die nur auf einen hört, sondern wir verfügen über einen großen Chor an Stimmen. Daraus entwickeln wir Neues und neue Wege.

Die Diskussion ist gut. Sie fällt bei manchem stärker und schärfer aus, was man als Verirrung zur Kenntnis nehmen kann. Bei manchem fällt die Diskussion leiser aus. Letztlich ist aber der Weg, den wir gemeinsam gehen, der Weg des Maßes, des Augenmaßes und der Mitte, ein wohlbedachter Weg, um den wir ringen, mehr oder

weniger öffentlich. Wie ich vorher schon sagte: Das ist eine Stärke, keine Schwäche. Darauf sind wir auch stolz. Andere bleiben nur an einer Meinung kleben. Das ist keine Stärke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die zweite Intervention kommt von Herrn Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Uli Henkel (AfD): Sehr geschätzter Herr Kollege Streibl, Sie sprachen die Spaltung der Gesellschaft an, die wir alle mit Besorgnis sehen. Ich frage Sie: Wäre es nicht an der Regierung in Bund und Land, auf diese Menschen zuzugehen, diese Menschen nicht pauschal als "Corona-Leugner" zu verunglimpfen und diese Menschen nicht in die rechtsradikale Ecke zu stellen, sondern deren Nöte und Zweifel ernst zu nehmen? Hier sollte verbal abgerüstet werden. Man könnte diese Menschen als "Corona-Zweifler" bezeichnen. Dadurch würde sich die Situation entspannen, und die Leute würden Ihnen dann vielleicht lieber zuhören, als wenn sie wissen, dass sie bei jedem Zweifel, den sie äußern, in eine rechtsradikale – und heute habe ich zusätzlich noch gehört: in eine antisemitische – Ecke gestellt werden. Das macht den Menschen keine Freude. Sie könnten dazu beitragen, dass das besser wird. Deshalb frage ich Sie: Wäre es nicht an der Regierung in Bund und Land, verbal gegenüber skeptischen Menschen abzurüsten?

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): In seinem Buch "Die Pest" lässt Albert Camus den Arzt Rieux sagen: Die einzige Art, gegen die Pest zu kämpfen, ist der Anstand.

(Zuruf: Schämen Sie sich!)

Diesen Anstand vermisse ich bei manchen, auch hier im Hause, und zwar genau dann, wenn Reden, die hier gehalten werden, verfälscht und verfremdet und dann auf Facebook gestellt werden. Dadurch ziehen nämlich diese Menschen den Schluss, dass sie mit Nationalsozialisten verglichen werden. Meine Damen und Herren, das ist kein Anstand, und das ist auch nicht der Umgang, den wir in diesem Hause normalerweise pflegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist auch kein bürgerlicher Umgang. Wenn Sie versuchen, meine Person durch solche Verzerrungen zu verunglimpfen, dann wird das auch Konsequenzen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Weitere Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. – Ich darf jetzt den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Horst Arnold. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Weihnachtszeit steht unmittelbar bevor. Übermorgen ist der erste Advent, in knapp vier Wochen dann Heiligabend. Wir alle wissen, dass das eine besondere Zeit ist.

Wenn nun gerade in einer solchen Zeit massive Einschränkungen notwendig werden – keine Weihnachtsmärkte, keine Weihnachtsfeiern, keine Restaurantbesuche, keine Urlaube, weniger soziale Kontakte –, dann schlägt das in der Tat aufs

Gemüt. An solchen Einschränkungen hängen aber auch viele wirtschaftliche und ganz persönliche Existenzen in der Gastronomie, in der Kreativwirtschaft, in Kunst und Kultur, bei den Marktkaufleuten und Schaustellern und im Tourismus.

Aber nicht nur das! Es heißt immer so salopp, wir muteten der Bevölkerung viel zu. Was heißt das konkret? – Wir nehmen hier häufig gravierende, nachhaltige und intensive Grundrechtseingriffe vor.

Umso wichtiger ist es, hier und jetzt zu betonen: Jede dieser vorgesehenen Maßnahmen muss verfassungsrechtlich verhältnismäßig sein! Wenn jemand daherkommt und sagt, wir müssten Kontakte einschränken, dann sagen die Verfassungen und auch wir als SPD dazu: Ja, aber bitte immer den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz wahren.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel ist es, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und das Gesundheitssystem funktionsfähig zu halten. Um dieses Ziel zu erreichen, muss jede Regelung zu Grundrechtseingriffen geeignet, erforderlich und notwendig sein. Jede Maßnahme ist nach diesem ehernen verfassungsrechtlichen Prinzip einer strengen und stetigen Prüfung zu unterziehen. Die Regelungen, die von den Gerichten bislang kassiert worden sind, zeigen genau eine solche Verletzung der Verhältnismäßigkeit.

Man muss die Maßnahmen daher auch kontrovers diskutieren und nachvollziehbar begründen. Hier im Parlament zu diskutieren heißt aber nicht, zu leugnen, zu verweigern, zu beschimpfen und Angst zu säen. Diskutieren heißt nicht, in unverschämter und widerwärtiger Anmaßung über Grundrechte zu schwadronieren und diese zu missbrauchen. Die Freiheit, die Sie von der AfD meinen, ist die Freiheit der Rücksichtslosigkeit, der eiskalten Berechnung, des Zynismus. Schon allein die Hochrechnung der Pandemietoten anhand vermeintlicher WHO-Zahlen ist eine Grundgemeinheit und eine Verachtung der Todesopfer.

(Beifall)

Die Demokratie hält das aus, es wird aber zunehmend zu einer maximalen Zumutung. Für uns ist es deshalb wichtig, die negativen Folgewirkungen der notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen so gut wie möglich abzufedern. Gerade in diesem besonderen Monat Dezember, der sonst ein Monat der Geselligkeit und des Zusammenseins ist, muss der Leitsatz solidarischer Politik daher mehr denn je lauten: Wir lassen niemanden allein!

Wir lassen niemanden mit seinen Existenzsorgen und -ängsten allein. Wir lassen niemanden mit den Sorgen und Ängsten um die eigene Gesundheit und um die Gesundheit seiner Angehörigen allein. Nicht zuletzt lassen wir niemanden im wortwörtlichen Sinn allein. Das heißt unter dem Stichwort "Verhältnismäßigkeit": Wir suchen nach Lösungen, um soziale Begegnungen, wo immer es verantwortbar ist, zu ermöglichen. Wir suchen Lösungen, um Angebote aufrechtzuerhalten, die die psychische, seelische und soziale Gesundheit der Menschen unterstützen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich um diesen Punkt gekümmert und ihn von Anfang an und immer und immer wieder massiv betont. Ich habe zum Beispiel bereits zu Ostern darauf hingewiesen, dass hier in Bayern – so hat die Staatsregierung eine Anfrage beantwortet – jeder und jede Dritte über 65 alleine lebt. Einsamkeit macht krank, an Weihnachten wohl noch mehr als an Ostern.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass die vorgesehenen sehr strengen Beschränkungen sozialer Kontakte an den Weihnachtstagen spürbar gelockert werden sollen.

Ja, wir sind uns dessen bewusst, dass dadurch das Infektionsrisiko steigt. Der Bundesgesetzgeber hat diese Problematik allerdings aufgegriffen. Das war die Vorleistung, die die entsprechenden Gerichte für notwendig erachtet hatten.

Der Bundesgesetzgeber hat betont, dass Schutzmaßnahmen nicht zur vollständigen Isolation einzelner Personen oder Gruppen führen dürfen. Er hat auch betont, dass ein Mindestmaß an sozialen Kontakten gewährleistet bleiben muss. Das ist in Paragraf 28a Absatz 2 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes im Wortlaut zum Ausdruck gebracht worden, und das bindet die Staatsregierung beim Erlass von Verordnungen. Diese Fragen sind deshalb keineswegs triviale Abwägungen, sondern Kernfragen der verfassungsrechtlichen Bestimmtheit und Normenklarheit.

Wir sollten aber auch hier die Eigenverantwortung betonen und auf die weitläufig vorhandene Solidarität der Menschen vertrauen. Herr Ministerpräsident, ich bin überzeugt, dass eine Überregulierung hier nur schadet und auch die Akzeptanz in der Bevölkerung schwächt. Misstrauen gegenüber der Bevölkerung, die im Übrigen immer noch größtenteils mitzieht, ist hier ein schlechter Ratgeber.

Nun – Stichwort "Artikel 6 Grundgesetz"! besonderer Schutz der Familie. Der Schutz der Familie ist aus unserer Sicht ebenso ernst zu nehmen wie die Unverletzlichkeit der Wohnung. Es ist ebenfalls und gerade mit dem vielzitierten Blick auf die Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern richtig und wichtig, auch nichtfamiliäre Kontakte zu erlauben. Man kann es daher auch nicht starr an Haushalten festmachen, ob man sich über Weihnachten treffen darf oder nicht; denn es wird diesem grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht gerecht, eine Familie mathematisch auf eine bestimmte Anzahl von Haushalten herunterzurechnen. Bund und Länder, auch Bayern, haben diese Punkte in ihren Beschlüssen im Grundsatz berücksichtigt. Wir unterstützen diese Beschlüsse deswegen und tragen sie mit.

Das soziale Leben in Grundzügen zu gewährleisten, beschränkt sich aber nicht nur auf die Weihnachtstage und nicht nur auf Familie und Freunde. Wir sollten in diesem Zusammenhang speziell zwei Personengruppen in den Blick nehmen, die unseres vorrangigen Schutzes bedürfen. Das sind zum einen alle Bürgerinnen und Bürger, die besonders vulnerabel, also psychisch und physisch verwundbar sind. Dazu zählen ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen in Krankenhäusern, Pflegebedürftige, aber auch Menschen mit psychischen Erkrankungen; hierzu wird meine Kollegin Ruth Waldmann bei den Antragsberatungen entsprechende Ausführungen machen.

Zum anderen müssen wir aber auch auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen achten und uns auf diese fokussieren. Allein in Bayern gibt es 3,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die 25 Jahre oder jünger sind. Ich bin froh darüber, dass sich der Ministerpräsident in den Beratungen dieser Woche dazu bekannt hat, Kitas und Schulen – wenn irgend möglich – offen zu halten. Herr Ministerpräsident, ich bin allerdings weniger froh darüber, was die Staatsregierung bislang unternommen bzw. nicht unternommen hat, um dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen.

Wir sind der Überzeugung, dass Sie den Sommer schlichtweg verschlafen haben. Der Sommer wurde nicht genutzt, um die Gesundheitsämter angemessen voranzubringen. Genau das wäre aber notwendig gewesen, um die Kontaktnachverfolgung für alle, ob jung oder alt, sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen herrschen Personalmangel und Digitalisierungschaos. Das war alles vorhersehbar. Diese Defizite führen dann auch dazu, dass die wichtige Arbeit der Gesundheitsämter, obwohl die dort Tätigen Enormes leisten, oft nur als Tätigkeit eines unterbesetzten Callcenters wahrgenommen wird.

Auch im Kita- und Schulbereich fiel und fällt die Staatsregierung leider nicht durch vorausschauendes Handeln auf, sondern vor allem durch schlechte Kommunikation, durch viel Zickzack und Volatilität sowie mangelhafte Umsetzung. Egal ob es um Tablets für Lehrerinnen und Lehrer oder um professionelle IT-Systembetreuung geht, die flächendeckend zu sichern gewesen wäre: Die Familien, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Beschäftigten in den Kommunen haben es satt, dass die Staatsregierung hier hinsichtlich der Zuständigkeiten ein Schwarzer-Peter-Spiel spielt. Sie haben es satt, immer wieder mit entsprechenden KMS-Schreiben und sonstigen Veröffentlichungen beschwichtigt, überrumpelt oder sogar verstört zu werden. Dass man damit bei den Kindern, den Eltern und Beschäftigten für Verunsicherung sorgt, überrascht eigentlich nur die Staatsregierung selbst.

Meine Damen und Herren, ich danke den Kindern, den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Beschäftigten in den Kommunen ausdrücklich; denn sie sind es, die das System trotz dieser Art von Staatsregierung am Laufen halten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb mein Appell für die kommenden Wochen: Sorgen Sie dafür, dass der Wechselunterricht, der laut Hotspot-Strategie bei einer Inzidenz größer 200 ab der Jahrgangsstufe 8 vorgesehen ist, auch wirklich funktioniert! – Die Ankündigungen haben wir wieder einmal vernommen. Treffen Sie bereits jetzt die notwendigen Vorkehrungen, damit für die zusätzlichen Ferientage eine Mindestbetreuung von Kindern flächendeckend gewährleistet ist! – Die Ankündigungen haben wir wieder einmal vernommen. Schützen Sie die Gesundheit aller Beteiligten an den Kitas und Schulen, denn noch immer mangelt es an einer ausreichenden Zahl von Luftfiltern, Schnelltests und FFP2-Masken für die Beschäftigten! – Die Ankündigungen haben wir wieder einmal vernommen. Verstärken Sie die Förderung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler, specken Sie die Lehrpläne ab, und senken Sie den Leistungsdruck! Kinder und Jugendliche dürfen nicht noch mehr unter der Pandemie leiden. – Auch hier: Die Ankündigungen haben wir wieder einmal vernommen.

Aber auch außerhalb von Kitas, Schulen und Familien ist es unserer Fraktion wichtig, dass Kinder und Jugendliche ein Maß an sozialen Kontakten haben können. Ich sage es deshalb ganz deutlich: Die sogenannte Ein-Kind-Regel durfte nicht Realität werden.

Noch einmal kurz zum Thema Bildung. Es ist ganz wichtig, dass wir das noch einmal thematisieren: Bildungseinrichtungen sind nach unserer Überzeugung nicht nur für Kinder und Jugendliche wichtig, sondern sie sind es schlichtweg für alle, und zwar ein Leben lang. Die gestern angekündigte Schließung der Volkshochschulen und Bibliotheken hat für großes Entsetzen gesorgt. Wir sind hier und heute der Ansicht: Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Wenigstens die Abschluss- und die berufsorientierten Kurse wie auch der Integrationsunterricht müssen hiervon unbedingt ausgenommen werden. Diese Einrichtungen verfügen sowieso über strenge Hygieneauflagen. Die Einschreibungen erfolgten nämlich während der Pandemie. Die Raumangebote sind also bereits begrenzt. Damit wäre den Volkshochschulen, den Teilnehmenden, vor allem aber auch den besonders gebeutelten Honorarkräften sehr geholfen.

Zum Thema Finanzhilfen habe ich bereits eingangs erwähnt: Niemand alleine zu lassen muss auch bedeuten, niemanden mit seinen wirtschaftlichen Nöten alleine zu lassen. Einige trifft es besonders hart, wie die Solo-Selbstständigen, die Kulturschaffenden, die Gastronomie, die Hotellerie und die Sportbranche, aber auch die Studierenden, denen teilweise der Job plötzlich wegbricht. Der Bund hat hier vieles

getan. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn die Bayerische Staatsregierung gerne annimmt, was insbesondere Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf den Weg gebracht hat.

Uns stößt aber sehr sauer auf, dass Sie nach wie vor die gravierenden Umsetzungsprobleme im Freistaat nicht angehen. Der Kulturbereich ist dafür das beste, gleichzeitig aber auch leider Gottes das schlechteste Beispiel hierfür. Ich erinnere daran, Herr Ministerpräsident: Sie haben bereits in der Regierungserklärung am 20. April 2020 große Hoffnungen geweckt, Hoffnungen, die Sie nicht halten konnten. Zitat: "Bayern ist ein Kulturstaat. Wir wollen die Kunstszene und die Künstler nicht allein lassen." – Die Realität sieht trotz punktueller Nachbesserungen leider nach wie vor anders aus.

Bei den Kulturhilfen, die das bayerische Kabinett am 27. Oktober 2020 beschlossen hat, ist noch immer keine konkrete Umsetzung erfolgt. Das ist und bleibt das Kernproblem dieser Staatsregierung und speziell von Ihnen, Herr Söder: Sie sind gut, wahrscheinlich sogar sehr gut, wenn es um das Produzieren von Schlagzeilen und Ankündigungen geht, egal ob Hilfen für jedermann, Tests für jedermann oder zuletzt die Hotspot-Strategie. Darauf komme ich gleich noch. Das klingt nach Tatkraft und Entschlossenheit. Wenn man allerdings nach Nachhaltigkeit, Praxistauglichkeit und nach einer seriösen Umsetzung fragt, wird das meistens nicht beantwortet. Die Testlabore sind am Limit. Die Eltern, die Kitas und die Schulen sind verunsichert. Die Erwachsenenbildung ist, wie viele andere zuvor, völlig überrumpelt. Das zerstört die Glaubwürdigkeit, selbst wenn – und das betone ich noch einmal ausdrücklich –, wir den Großteil Ihrer Beschlüsse mittragen. Damit das mitgetragen wird, müssen die Beschlüsse transparent sein. Bekennen Sie sich in der Diskussion auch zu den Schwächen und zu den Mängeln, die möglicherweise vorhanden sind! Schönreden oder bagatellisieren hilft doch nicht, und es wird doch sehr schnell durchschaut, um was es geht, nämlich nicht um die Sache, sondern um den politischen Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Härte-test wird die Hotspot-Strategie sein, Ihr Lieblingswort. Eine echte Strategie bedeutet, dass man alle Dinge mit einplant, um ein Ziel zu erreichen. Deshalb wird es wichtig sein, den Wechselunterricht in den Schulen zu gewährleisten und den öffentlichen Nahverkehr zu entzerren, gezielte Reihentestungen in Kliniken und in anderen Einrichtungen, und das nicht erst ab einer Inzidenz von 300. Dann muss sich auch beweisen, ob Ihre Ankündigungen, die wir wieder einmal vernommen haben, umsetzbar sind.

Wir arbeiten auf jeden Fall konstruktiv mit. Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang aber auch diese kritischen Punkte anbringen, ohne gleich als Zweifler oder Saboteure einer Regierungspolitik bezeichnet zu werden, die diesen Zweifel und diese konstruktive Kritik wirklich notwendig hat. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Menschen Perspektiven bekommen, wie sie die Zukunft mit Zuversicht und Zusammenhalt meistern können, sozial, ökonomisch, aber auch emotional. Denn das ist das Wichtigste: dass wir nicht nur bis zum 20.12.2020 denken, sondern auch in die Zukunft hinein. Wir müssen ernsthaft den Eindruck vermitteln, dass wir Plan A, Plan B und Plan C in der Zukunft haben, und der jeweilige Plan wird angewandt, je nachdem wie die Zahlen sind. In diesem Zusammenhang: Zusammenhalt und Solidarität. – Ein Markenzeichen der SPD.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen. Bitte die Maske nicht vergessen. An dieser Stelle möchte ich mich auch in dieser Sitzung sehr

herzlich bei den Offiziantinnen und Offizianten für ihre Mühe um die Hygiene in diesem Hause bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Wir dürfen uns hier wirklich auf ein sehr zuverlässiges Personal verlassen. – Ich darf als nächsten Redner von der FDP-Fraktion aufrufen: Herrn Fraktionsvorsitzenden Martin Hagen. Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident Freller, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Lockdown light hat – wir müssen es feststellen – sein Ziel verfehlt. Die vor vier Wochen beschlossenen Maßnahmen haben eben nicht zu einem spürbaren Rückgang der Infektionszahlen geführt. Der rapide Anstieg der Neuinfektionen war bereits gebremst, als die Maßnahmen in Kraft getreten sind. Die Reproduktionszahl pendelte, als wir vor vier Wochen hier standen und diskutiert haben, bereits um die Eins. Diese stabile Seitwärtsbewegung, die wir seit Anfang November haben, lässt sich eben nicht auf Ihre Maßnahmen zurückführen, Herr Ministerpräsident, das wissen Sie auch selber. Sie haben hier nämlich vor vier Wochen wörtlich gesagt – ich zitiere –: "Jede Maßnahme braucht ungefähr zwei Wochen, bis sie wirkt." Rechnen Sie es zurück, dann wissen Sie, was Ursache und Wirkung sein kann.

Die Entwicklungen der vergangenen Wochen bestätigt uns darin, dass Restaurants und Kultureinrichtungen eben doch nicht der Infektionstreiber waren. Die Entwicklungen der vergangenen Wochen bestätigen uns und damit unsere damals geäußerten Befürchtungen, dass der sogenannte Wellenbrecher-Lockdown kein kurzfristiges Instrument bleiben wird, sondern zu einem Dauerzustand zu werden droht. Sie haben vor vier Wochen gesagt, Herr Ministerpräsident: "Wenn wir den November gut nutzen, wenn wir alle mitmachen, wird es im Dezember wieder heller werden". – Es ist leider nicht heller geworden. Sie haben gesagt:

Kurzfristig wird jetzt hart und intensiv entschieden. Das ist besser, als langfristig eine Endlosschleife bei Corona zu drehen.

Genau in dieser Endlosschleife befinden wir uns jetzt aber, und jetzt bekommen wir durch Ihre Beschlüsse mehr von demselben.

Mehr von demselben, das hat der Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick mit dem wunderbaren Gleichnis vom verlorenen Schlüssel beschrieben: Ein Betrunkener sucht unter einer Straßenlaterne seinen Schlüssel. Ein Polizist kommt vorbei und hilft ihm suchen. Als sie nach langem Suchen noch immer nichts gefunden haben, fragt der Polizist irgendwann, ob der Mann denn wirklich sicher sei, dass er den Schlüssel genau hier verloren habe. Der Betrunkene antwortet: Nein, nicht hier, sondern dort hinten, aber dort hinten ist es viel zu dunkel. – Daran erinnert mich Ihre Corona-Politik, Herr Ministerpräsident.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor zwei Wochen angekündigt, auf dem nächsten Bund-Länder-Gipfel werde eine langfristige Strategie beschlossen. Diese langfristige Strategie vermissen wir heute immer noch. Diese Beschlüsse tragen gerade einmal bis zum Silvesterabend, und das wissen Sie auch. Der Winter ist aber noch lang. Der Winter wird lang und hart, und die Ärzte und Virologen warnen, dass im Dezember, Januar und Februar eher noch mit einer Verschlimmerung der Lage zu rechnen ist als mit einer saisonalen Verbesserung. Das, was Sie beschlossen haben, läuft also auf einen monatelangen Lockdown hinaus, der per Salamitaktik kommuniziert wird: jeden Monat eine neue Konferenz, jeden Monat eine Verlängerung.

Wir brauchen aber eine Strategie, die wir, die unser Land, die unsere Gesellschaft, die unsere Wirtschaft, auch die Staatsfinanzen, durchhalten können. Wir brauchen eine Strategie, wie sie beispielweise Virologen, darunter kürzlich Alexander Kekulé, vorgeschlagen hat. Kekulé empfiehlt für die Wintermonate ein Paket kontinuierlicher Maßnahmen, durch die ein Gleichgewichtszustand noch akzeptabler Neuinfektionen hergestellt wird. Das würde das bisherige Auf und Ab bei den Einschränkungen ersetzen, bis durch Impfungen statt durch vermeidbare Infektionen eine ausreichende Herdenimmunität erreicht ist. In diesem Konzept von Alexander Kekulé hat der Schutz vulnerabler Gruppen Priorität, also derjenigen Menschen, die ein besonders hohes Risiko haben, durch eine Infektion schwerwiegende Folgen davonzutragen oder gar den Tod zu erleiden. Für sie, für diese vulnerablen Gruppen, fordert Kekulé wie auch die FDP einen virologischen Schutzschirm: regelmäßige PCR-Tests, die Bereitstellung von FFP2-Masken, ein Schleusensystem für den Zugang in Alten- und Pflegeheimen, die Möglichkeit besonderer Einkaufszeitfen für diese Gruppen, die Möglichkeit, kostenlos Taxi zu fahren, um den ÖPNV zu meiden. Solche Maßnahmen zum Schutz von Risikogruppen kommen mir in Ihrem Konzept leider viel zu kurz.

(Beifall bei der FDP)

Christian Lindner hat gestern im Bundestag gesagt – ich zitiere –:

Die Qualität der Coronapolitik misst sich nicht an der Strenge der Verbote oder an der Höhe der Schulden für Finanzhilfen – die Qualität der Coronapolitik muss sich daran bemessen, wie gut sie die wirklich Gefährdeten schützt, und hier besteht Nachholbedarf.

Ich finde, Christian Lindner hat da recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Fraktion beantragt heute in einem Dringlichkeitsantrag die Durchführung von Massenschnelltests vor Weihnachten in den bayerischen Hotspots – davon haben wir ja einige. In Ländern wie der Slowakei oder in Südtirol konnten durch derartige großflächige Testaktionen Infektionscluster entdeckt werden, und das Infektionsgeschehen konnte deutlich eingedämmt werden. Das wäre doch vielversprechender als das Mehr von Demselben, das Sie präsentieren. Sie holen jetzt die im Frühjahr von Gerichten verworfene 800-Quadratmeter-Regel für den Einzelhandel wieder aus der Mottenkiste. Sie verbieten das Skifahren, als wäre Sport an der frischen Luft ein Infektionstreiber. Ich meine, entscheidend sind doch tragfähige Abstands- und Hygienekonzepte für die Lifтанlagen. Entscheidend ist doch, dass es selbstverständlich nicht zu Après-Ski-Partys kommt. Aber das ist doch durch die Schließung der Gastronomie ohnehin sichergestellt, und auch die österreichischen Freunde haben dazugelernt.

Diese Regierung ist immer wahnsinnig schnell bei der Hand, wenn es darum geht, Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen zu beschließen. Sie ist aber leider nicht schnell bei der Hand, sondern sehr behäbig, wenn es darum geht, was der Staat zur Bekämpfung dieser Pandemie leisten kann, zum Beispiel handlungsfähige Gesundheitsämter, die nicht mehr per Fax kommunizieren. Frau Schulze hat es gesagt: Wir hätten seit dem Frühjahr eine digitale Lösung. Der Sommer wurde komplett verschlafen. Andere Beispiele sind Raumlüfter für Schulklassen, eine höhere Taktung des ÖPNV, eine flächendeckende Versorgung mit FFP2-Masken. Da würde ich mir genauso viel Entschlossenheit wünschen, wie Sie sie an den Tag legen, wenn es darum geht, für die Bürger Verbote zu erlassen.

Ich würde mir auch mehr Entschlossenheit wünschen, wenn es darum geht, Unternehmen und Selbstständige für die Einschränkung ihrer Gewerbefreiheit zu kompensieren. Wenn die Ministerpräsidenten einen Dezember-Lockdown beschließen, noch bevor die November-Hilfen überhaupt beantragbar sind, ist das ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die in diesem Land Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, noch ein Wort zum politischen Stil. Sie haben gestern die Regierung von Schleswig-Holstein für ihre Coronapolitik kritisiert. In Schleswig-Holstein wird jetzt das Übernachtungsgewerbe wieder geöffnet. Schleswig-Holstein mit seinem FDP-Gesundheitsminister Heiner Garg hat eine 7-Tage-Inzidenz von 48; das ist der zweitbeste Wert bundesweit. Bayern hat eine Inzidenz von 172; das ist fast das Vierfache. Herr Ministerpräsident, anstatt den Klassenprimus zu kritisieren, sollten Sie lieber Ihre Hausaufgaben hier in Bayern erledigen.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, heute vor zehn Monaten, am 27. Januar, wurde der erste Corona-Fall in Deutschland nachgewiesen. Zehn Ausnahmemonate liegen jetzt hinter uns, und – wir ahnen es – viele Ausnahmemonate werden noch vor uns liegen – Ausnahmemonate für die Gesellschaft, für die Wirtschaft, für unseren Staat, für die Demokratie.

Wenn die Gesundheitskrise irgendwann überwunden ist – und wir werden sie gemeinsam überwinden –, dann gilt es, den liberalen Charakter unseres Landes wieder zu stärken, dann gilt es, den Ausnahmezustand zu beenden und zu überwinden. Dazu passend möchte ich aus dem Kommentar zitieren, den der Chef des "Münchener Merkur" Anfang der Woche verfasst hat. Georg Anastasiadis schreibt – ich zitiere –:

Wenn das Virus niedergedrungen ist, kommt es darauf an, auch den Corona-Superstaat zurückzudrängen und die in der Pandemie verrutschte Balance zwischen Eigenverantwortung und Staatsmacht zu reparieren. All das gönnerhafte Politiker-Gerede darüber, wie viel Familie man uns an Weihnachten erlaubt, zeigt beispielhaft, wie tief der Staat in private Bereiche menschlichen Miteinanders hineinregiert, wie er bürgerliche Freiheiten beschneidet und Unternehmer zu Almosenempfängern degradiert. Eine freiheitliche Gesellschaft erträgt ein solches Regiment keinen Tag länger als unbedingt nötig, ohne Schaden zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Mahnung sollten wir uns alle zu Herzen nehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Hagen, es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kirchner. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Hagen, vielen Dank für die Ausführungen. Ich habe versucht, daraus Vorschläge oder Handlungsanweisungen zu generieren, was man anders und was man besser machen kann, aber ich bin daraus nicht ganz schlau geworden. Einmal habe ich den Verdacht gehegt, dass Sie einen kompletten Lockdown als bessere Lösung forciert hätten; ein anderes Mal habe ich herausgehört, dass Sie eigentlich anderen nacheifern möchten und mehr Lockerungen zulassen würden.

Mich würde schon konkret interessieren – ein Wort oder einen Satz dazu –: Was würde die FDP vorschlagen, wenn sie in der Verantwortung stehen würde? Einen Lockdown, einen Lockdown light oder eine totale Öffnung? Sagen Sie das einmal konkret!

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Kirchner, in einem Wort werden Sie das nicht bekommen; ich glaube, nach der Geschäftsordnung habe ich eine Minute Zeit. Ich will aber versuchen, es Ihnen zu erklären. Was wir von Anfang an fordern und auch schon vor vier Wochen hier gefordert haben, ist eine evidenzbasierte Coronapolitik, dass wir also nicht Symbolpolitik betreiben, indem wir die Dinge verbieten, deren Verbot gerade bequem erscheint, beispielsweise die Öffnung der Restaurants, sondern dass wir darauf achten, was das RKI zu der Frage sagt, wer denn die Infektionstreiber sind. Das RKI sagt zum Beispiel, dass die Restaurants keine Infektionstreiber waren. Die Entwicklung der letzten Wochen bestätigt dies. Wir sagen, dass wir eine langfristige Strategie brauchen, die wir durchhalten können. Das ist kein harter Lockdown; denn ein harter Lockdown führt zu einem Jo-Jo-Effekt: Sie werden die Infektionszahlen mit einem harten Lockdown senken; sobald Sie öffnen, gehen sie wieder nach oben.

Ich habe Ihnen gesagt, was Prof. Kekulé vorschlägt, nämlich den Schutz der Risikogruppen in den Fokus zu rücken. Wir haben dazu Vorschläge gemacht. Sie haben vor vier Wochen unser sehr ausführliches Konzept dazu bekommen. Heute haben wir einen Dringlichkeitsantrag zur Massentestung per Schnelltest eingebracht. Es mangelt nicht an Vorschlägen. Was es braucht, ist der politische Wille, diese auch umzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. Damit ist der Beitrag von Herrn Hagen zu Ende. – Ich darf den fraktionslosen Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder, verehrte Kolleginnen und Kollegen! COVID-19 – das manische Panikdrama geht weiter: tagtäglich Lockdown-Salat ohne konkrete Wahrheit und Klarheit, nunmehr seit neun Monaten, kein Ende in Sicht, Weihnachtsdepressionen aber schon. Irre Zeiten: Politik predigt, Religion steht abseits, der Staat zerrüttet sich, macht Existenzen kaputt, separiert seine Bürger, Kinderseelen werden drangsaliert, der jungen Generation wird die Zukunft geraubt, der Alltag vereinsamt, und die Alten werden sogar weggesperrt. Die Liste der Scheußlichkeiten ist lang.

Herr Dr. Söder, wollen Sie Ihre erfolglose Heißluftstrategie der befohlenen Vorsicht und nutzlosen Umsicht am Volk vorbei weitertreiben? – Das fragen sich viele. Sind Sie im Corona-Wahn? – Das fragen sich zu Recht auch viele kritische Bürger, die sich als Querdenker verstehen; Sie aber bezeichnen diese als Corona-Leugner – Diskreditierung pur. Welch abscheuliche semantische Gleichstellung mit Holocaust-Leugnern! Heute sagten Sie: toxisches Gebräu. – Was ist das für eine Hetze? Das passt nicht zu Ihnen, Herr Dr. Söder. Ich kenne Sie anders. Werden Sie wieder anders!

Nur weil es Ihnen gerade mal so passt, etikettieren Sie kritische Bürger zu Extremisten um und wollen sie vom Verfassungsschutz beobachten lassen. – Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, fürchten Sie denn deren Wahrheit? Nicht auszudenken, wenn diese Skeptiker mit ihren juristischen Bemühungen etwa in den USA, aber auch hier in Deutschland Erfolg haben. Das Kartenhaus dieser Ampel-Lichtspiele würde zusammenbrechen.

Auch die SPD wechselt durch deren Vorsitzende Esken den Kurs auf Hass und Hetze mittels "Covidioten"-Betitelung. Das ist miese Diffamierung, Herr Arnold!

Ich sehe in den Querdenker-Bewegungen wichtige, in unserer Republik ausdrücklich gewünschte, mit Sachkompetenz ausgestattete mündige Mitdenker, keine Querdenker. Diese Mitdenker kommen aus der Mitte der Gesellschaft und kritisieren, was es zu kritisieren gibt, zum Beispiel den PCR-Test. Der PCR-Test kann keine SARS-CoV-2-Infektionen, geschweige denn eine COVID-19-Erkrankung nachweisen. Positiv Getestete werden zum Beispiel fälschlicherweise per se als ansteckungsfähige Infektionsfälle geführt. Der Lockdown und die Maskenpflicht haben damit keine wissenschaftliche Basis. Diese Mitdenker haben gute Gründe. Die RNS des als SARS-CoV-2 bezeichneten Virus ist weltweit bisher nicht vollständig identifiziert. Das wissen Sie alle. Dieses Virus gibt es bisher nur als gentechnische Rekonstruktion, quasi als Modell. Dazu passt dann natürlich auch das derzeit gentechnisch konstruierte Gefüge an Impfstoffcocktails.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vollends absurd wird es, wenn der bayerische Innenminister Herrmann behauptet, dass die Querdenker vieles falsch denken und sagen und einen rücksichtslosen Egoismus verkünden, nur weil deren Meinung zur Maskenpflicht nicht der Linie der bayerischen Hardliner entspricht. Meine Damen und Herren, wenn die Regierung sich anmaßt, als Einzige die Wahrheit zu kennen, wird es gefährlich. Herr Dr. Söder, ich empfehle Ihnen: Richten Sie ein Wahrheitsministerium ein! Dann haben wir keine Probleme mit der Wahrheit mehr.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Uhr läuft, Herr Kollege.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Abgeordnete, wenn rechtsstaatliche Kontrollmechanismen durch den hier im Hohen Haus immer wieder proklamierten Schulterchluss der Gewalten unterlaufen werden, parlamentarische Opposition fehlt und opportunistisch-summarisch entscheidende Verwaltungs- und Verfassungsgerichte den grundrechtssichernden Auftrag verfehlen,

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): dann ist es problematisch. Ich ende mit einem Satz von einem bereits verstorbenen Pulitzer-Preisträger, Herrn Walter Lippmann,

(Zuruf: Zeit!)

der sagte: Wo alle gleich denken, denkt niemand sehr viel. – Ich hoffe nicht, dass das auch für unser Hohes Haus gilt und mache ein Fragezeichen dahinter.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich für Ihren Beitrag und darf den nächsten Redner aufrufen. Es ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk, Herr Abgeordneter Plenk, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger außerhalb dieser Landtagsblase! Wir erleben heute innerhalb kurzer Zeit die zweite parlamentarische Alibiveranstaltung des Ministerpräsidenten Söder. Dabei geht es nicht um echte Parlamentsbeteiligung

(Zuruf: Warum reden Sie dann?)

und eine offene Debatte, sondern es geht Ihnen ausschließlich um Selbstdarstellung, Herr Söder. Sie nutzen heute erneut den Bayerischen Landtag als PR-Plattform. Die Bayerische Staatsregierung hat in der Corona-Politik von Anfang an alles im Blick gehabt und zeichnet sich durch exzellentes Krisenmanagement aus. Herr Söder, Sie müssten sich eigentlich schon lange eingestehen, dass das Gegenteil

der Fall ist. Sie sind mit Ihrer Corona-Politik komplett gescheitert. Das einzige für Sie noch Gute sind die Umfragewerte. Aber auch die werden sich bald ändern. Die Bürger da draußen merken nämlich immer mehr, dass es sich bei Ihrer Regierungspolitik um blinden Aktionismus und Opportunismus handelt. Wollten Sie nicht eine zweite Welle verhindern? Warum schneidet Bayern immer noch am schlechtesten von allen Bundesländern ab? Warum ist man auch im internationalen Vergleich im unteren Drittel? Fragen Sie sich das nicht auch, Herr Söder?

Vergleichen wir Ihre Corona-Politik einmal mit einem Fußballspiel. Ich will damit nicht den Ernst der Lage relativieren. Das Spiel beginnt im Januar 2020. Der Gegner heißt Coronavirus. Bis März steht es bereits 5 : 0 für den Gegner, bevor Staats- und Bundesregierung endlich erkennen, dass man mit der bisherigen Vorgehensweise nichts ausrichtet. Dann ist Halbzeitpause. Ihre Strategieänderungen kamen zu spät. Statt sich in der Sommerpause zu überlegen, wie man die Lage in den Griff bekommt, und statt Kräfte zu sammeln, lässt die Regierung das Team weiterlaufen und hart trainieren. Jetzt fehlt die Luft, um in der zweiten Halbzeit das Ruder noch einmal herumzureißen. Die zweite Welle schlägt mit voller Wucht zu. Mittlerweile steht es 8 : 0 für das Coronavirus. Herr Söder, es glaubt Ihnen jetzt beim besten Willen niemand mehr, dass Sie gut gespielt haben. Statt selbstkritisch die gewählte Strategie, die eigentlich gar keine ist, zu hinterfragen, suchen Sie jetzt dreist die Schuld bei den Zuschauern.

Ich sage Ihnen klar: Nicht die Corona-Demonstranten, die AfD oder unsere österreichischen Nachbarn sind für die gegenwärtige Misere in Bayern verantwortlich, sondern Sie ganz alleine.

(Beifall eines Abgeordneten)

Sie betreiben eine selbstherrliche Politik, die hauptsächlich Ihren persönlichen opportunistischen Zielen dienen soll. Gewinnen kann man jedoch nur als Team und als Gesellschaft insgesamt. Ein Teamplayer sind Sie wahrlich nicht, Herr Söder. Sie verursachen mit Ihrer Politik vor allem zweierlei: zum einen eine fortschreitende Spaltung unserer Gesellschaft, zum anderen irreparable Kollateralschäden. Auch unsere Demokratie und unsere Freiheit waren noch nie so gefährdet wie heute. Der wirtschaftliche, gesundheitspolitische und soziale Schaden wird kaum mehr zu bewältigen sein. Aber damit haben Sie persönlich kein Problem, Herr Söder. Zahlen werden die Zeche nämlich der Bürger und künftige Generationen.

(Beifall eines Abgeordneten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Ich darf als nächste Rednerin die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU, Frau Tanja Schorer-Dremel, aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken, dass ich sehr gern im Team Söder bin, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben hier schon eine eigenartige Feedback-Kultur. Wir kritisieren, wir wissen alles besser, wir theoretisieren. Aber konkret vermisse ich heute wirklich in der Praxis umsetzbare Vorschläge. Wir haben jetzt hier im sicheren Plenarsaal knapp drei Stunden über Corona gesprochen. Wenn es nach einer Aussage des Direktors der WHO, Hans Kluge, von vergangener Woche geht, ist in diesen drei Stunden alle 17 Sekunden ein Mensch in Europa an Corona verstorben. Circa 750 Menschen haben in Europa in den letzten Stunden ihr Leben verloren, während wir hier reden.

(Zuruf: Was heißt das?)

Diese Menschen waren Herzensmenschen von anderen. Für sie lohnt es sich, Maßnahmen zu ergreifen und zu agieren. Rund ein Drittel – das wurde von fast allen Vorrednern besprochen – gehören in Deutschland zu vulnerablen Gruppen. Sie wollen wir besonders schützen. Werte Kollegen von der AfD, unsere Strategie ist, dass wir diese Menschen mit in die Mitte unserer Entscheidungen nehmen. Wenn es nach Ihnen geht, sollen wir sie wegsperren und weghalten. Auf keinen Fall wollen Sie dulden, dass wir nicht mehr feiern können. Wenn es nach Ihnen geht, sollen andere sich einschränken, damit wir verreisen, sporteln oder einfach uneingeschränkt unserem Lebensstil nachgehen können. Das ist für uns ethisch nicht vertretbar. So eine Gesellschaft wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Jeder diskutiert hier über den Fachmann, der zu seinen Meinungen passt, und über die Studien, die eigene Ideologien untermauern. Ich glaube, es lohnt sich, allgemein ein bisschen über den Tellerrand hinauszusehen. Belgien, extrem hart getroffen, hat eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Frankreich hat eine Ausgangssperre in einem Umkreis von einem Kilometer um das Haus verfügt, und man braucht Formulare, um das Haus zu verlassen. In Griechenland gibt es einen dreiwöchigen Total-Lockdown mit nächtlicher Ausgangssperre. Italien hat eine nächtliche Ausgangssperre und drei Risikozonen. Österreich hat einen Teil-Lockdown. In Spanien gilt auch eine nächtliche Ausgangssperre. Warum machen die Kolleginnen und Kollegen in Europa das? – Sie machen das, weil es ein Instrumentarium ist, um dem Corona-Virus zu begegnen. Ich sage nicht das, was Sie mir wahrscheinlich unterstellen, als Mitglied meiner Fraktion sagen zu müssen, sondern das, was mir die Leute im Büro, auf der Straße und im Umfeld mitgeben: Sie sind froh, einen verantwortungsbewussten Ministerpräsidenten zu haben, der sich – kompetent und fachlich untermauert – unermüdlich für uns einsetzt. Ich finde, an dieser Stelle sollte das auch gewürdigt werden. Draußen gibt es genügend Menschen, die froh sind, in Bayern zu leben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Arnold, diese Art von Kritik an der Staatsregierung entspricht normalerweise nicht Ihrem Naturell. Sie sind sonst eigentlich wesentlich höflicher.

(Zuruf)

Lehren aus dem Lockdown, nicht nur bayern-, deutschland- oder europaweit, sondern weltweit, lauten: früh eingreifen, gleichzeitig aber lieber harte Maßnahmen treffen, da sonst die Wirkung verpufft. Das ist vollkommen richtig. Die dritte Lehre ist jedoch auch, dass wir Menschen einen hohen Preis zahlen. Wir zahlen einen Preis, indem wir uns einschränken müssen. Wir zahlen einen Preis für die Wirtschaft und für die Kultur. Das geht an niemandem spurlos vorbei. Eines begeistert mich total bei diesen Lehren, die auch die WHO veröffentlicht hat – das ist zuvor auch schon erwähnt worden: In Finnland oder in Korea gehen die Menschen diesen Weg gemeinsam mit, weil sie wissen, sie haben es selbst in der Hand. Sie können selbst mitentscheiden. Während wir hier versuchen, uns gegenseitig einzureden, was alles schief läuft und was vielleicht nicht so schlimm ist, hoffen Menschen, dass ihre Lieblingsmenschen nicht erkranken oder wieder gesund werden, dass sie sich selbst nicht anstecken, weil andere sich nicht an Hygieneregeln halten, dass Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte nicht vergeblich bis zum Anschlag gerettet haben, dass Polizei, Freiwillige Feuerwehr, THW und alle Rettungskräfte sich weiterhin für uns und unsere Ordnung einsetzen, egal, mit wieviel Hass sie überschüttet werden. Jeder Einzelne hofft, dass die Rücksicht und der Verzicht nicht vergeblich gewesen sind.

Wir müssen doch nicht entscheiden: Gesundheit oder Wirtschaft, Gesundheit oder Bildung, Gesundheit oder Kultur. Das hat die Kanzlerin am Mittwoch aus meiner Sicht sehr beeindruckend festgestellt. Bei uns heißt es: Gesundheit und Wirtschaft, Gesundheit und Kultur und vor allem Gesundheit und Bildung. An anderer Stelle würde es sich sicher lohnen, einmal über das Thema Schule zu sprechen. Der Wechselunterricht ist auch bei den Lehrerinnen und Lehrern durchaus umstritten. Ich bin selbst Grundschullehrerin. Ich weiß, was meine Kolleginnen und Kollegen davon halten bzw. wie sie es einschätzen. Es gibt tolle Beispiele, wo Digitalisierung funktioniert hat. Ich lade Sie gerne ein: Fahren Sie zur Realschule Kösching oder fahren Sie zu Grundschulen in meinem Landkreis, wo es funktioniert. Digitalisierung hat nicht erst mit Corona angefangen, sondern schon vorher. Ich habe schon vor zehn Jahren meine Schule mit den gegebenen Möglichkeiten digitalisiert.

Dieses Virus, werde Kolleginnen und Kollegen, verhandelt nicht. Es macht keine Pause und keinen Unterschied. Es nimmt sich den Raum, den wir ihm geben. Diesem Virus können wir nur beikommen mit Kontaktbeschränkungen, Umsicht und Vorsicht, Maß und Mitte, Know-how – siehe Impfstoff – und einer Gemeinschaft, die sich zuvorderst um die Schwachen in ihrer Mitte kümmert. Deswegen sollten wir heute die Botschaft nach draußen schicken: Zeigen wir dem Virus, was in uns steckt! Übernehmen wir Verantwortung für uns und für unsere Nächsten! Helfen wir denen, die es brauchen, wo immer wir es können! Unterstützen wir die Gastronomie und die kleinen Geschäfte! Unterstützen wir Künstler mit Gutscheinen, CDs usw.! Hierfür gibt es viele Beispiele. Jammern wir doch nicht ständig herum, weil wir uns einschränken müssen, sondern seien wir stolz darauf, dass wir damit den größten Beitrag zur Bewältigung der Pandemie leisten! Finden und arbeiten wir an Lösungen mit! Seien wir kreativ! Das ist es doch, was Bayern ausmacht und ausgemacht hat. Halten wir uns vor Augen, dass kein anderes Land auf der Welt seine Bürger und Unternehmen sowie sein Gesundheitssystem so unterstützt wie Deutschland, wie wir in Bayern! Was Bayern als Schutzschirm leistet, findet sich sonst nirgends.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend: Tun wir das, was wirklich hilft, um Krisen zu besiegen! Halten wir zusammen, miteinander und füreinander, nehmen wir dem Virus den Raum, indem wir weniger "Ich" und mehr "Wir" leben!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult, Frau Abgeordnete Schorer-Dremel. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Schorer-Dremel, mich stört, dass alle Redner der Regierungsfaktionen die Menschen, die den Regierungskurs zum Bevölkerungsschutz kritisiert haben, als Verfassungsfeinde und als Verschwörungstheoretiker bezeichnet haben. Wir sind der Meinung: Wenn man Maßnahmen ergreift, muss wissenschaftlich erwiesen sein, dass sie etwas bringen und in ihrer Verhältnismäßigkeit ausgewogen sind. Es ist nun einmal Fakt: Sie schränken die Grundrechte stark ein. Nicht ohne Grund haben in Berlin Angehörige der Regierungsfraktion gegen diesen Regierungsbeschluss gestimmt. Unter anderem – dazu stelle ich Ihnen nun eine Frage – hat der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier gesagt: "Auch wer die Gesundheit der Bevölkerung schützen will, darf nicht beliebig in die Grundrechte eingreifen". – Jetzt frage ich Sie: Wie bewerten Sie es als CSU-Vertreterin, dass nun sogar der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts vor einer Aushöhlung der Grundrechte warnt?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Bitte.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Erstens. Ich habe diese Menschen nicht als Verfassungsfeinde bezeichnet. Ich gehöre auch zur Regierungsfraktion.

Zweitens. Verantwortung, gerade dann, wenn es um die Grundrechte geht, ist wie eine Münze: Freiheit ist auf der einen Seite, Verantwortung auf der anderen Seite. Wenn ich richtig informiert bin – ich bin keine Juristin –, ist diese Haltung des Herrn Papier vom Bundesverfassungsgericht nicht bestätigt worden. Ich bin der Meinung: Meine Freiheit hört dort auf, wo Ihre beginnt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit ist dieser Beitrag auch zu Ende. Wir haben noch eine Wortmeldung in der Aussprache zur Regierungserklärung. Sie kommt von Herrn Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Todeszahlen, so hoch, als würde jeden Tag ein Flugzeug abstürzen – mit diesen Worten ließ sich unser Ministerpräsident vorgestern bei "www.bild.de" zitieren. Dieses Anstacheln zu Panik und diese Schwarzmalerei sind mehr als unnötig

(Zuruf)

und zeigen das verzweifelte und konzeptlose Handeln der Staatsregierung in der Corona-Krise.

(Beifall bei der AfD)

Dass der Freistaat Bayern zu den im Bund geregelten Maßnahmen zum wiederholten Male Verschärfungen hinzufügt, welche die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Vereine über Gebühr gängeln, gehört schon fast zur Normalität in Bayern unter Markus Söder. Wenn die bayerische Polizei nach Hinweisen zum Seniorengenerationstag anrückt, wenn Nachbarn sich gegenseitig denunzieren, wenn Menschen mit Herausforderungen aus dem Supermarkt geworfen werden, weil dessen Leiter trotz Attest keine Ausnahmen von der Maskenpflicht will, dann wollen die Menschen in Bayern dies nicht als normal akzeptieren. Auch findet es keine Akzeptanz bei der Bevölkerung, wenn im Kindergarten wegen des Schnupfens eines Kindes ein Massentest stattfindet oder – wie uns letzte Woche der Bayerische Rundfunk berichtet hat – wenn Corona-positive Pflegekräfte in den bayerischen Krankenhäusern angehalten werden, weiterzuarbeiten, sich dann aber nach Dienstschluss in private Quarantäne begeben müssen.

Bayerns Corona-Bilanz ist desaströs. In der ersten und in der zweiten Welle war man nicht vorbereitet auf das, was gekommen ist. In der ersten und in der zweiten Welle lag man mit an der Spitze der zahlreichen Hotspots. Mit Stand von gestern, laut RKI Corona-Dashboard, war Bayern mit dem Wert von 1.474 Fällen pro hunderttausend Einwohnern an der Spitze der vergleichbaren Flächenländer. Herr Ministerpräsident, die Krise ist Ihnen längst entglitten.

(Beifall bei der AfD)

Hieß es vor einigen Wochen noch, der Lockdown light wäre mit Ablauf des Monats November zu Ende, heißt es jetzt: Das Theater dauert über Weihnachten, wahrscheinlich noch über den ganzen Winter.

Seit fast einem ganzen Monat ist nun die Gastronomie geschlossen, in der Kulturszene dürfen keine Veranstaltungen mehr stattfinden. Trotzdem steigen die Zahlen

der Corona-Positiven. Der Beweis, dass die Gastronomie und die Veranstaltungsszene keinen Einfluss auf steigende Zahlen hatten, ist eindeutig und glasklar erbracht.

Hier wäre ein offenes Wort des Ministerpräsidenten an die Bevölkerung angebracht, in dem er zugibt, dass er und seine Regierung nie Herr der Lage waren, es auch nicht sind und vermutlich auch nie sein werden.

(Beifall bei der AfD)

Unser Land braucht für die Bevölkerung nachvollziehbare und verhältnismäßige Maßnahmen. Die AfD im Bayerischen Landtag hat hierzu 20 Punkte vorgelegt. Ein Krisenmanagement ist unserer Meinung nach unter Wahrung der Grundrechte der bayerischen Bevölkerung möglich und auch nötig.

Statt eine Diffamierungskampagne gegen besorgte Bürger zu führen, sollte man diese Bürger lieber ernst nehmen. Sie fordern nicht weniger als körperliche Unversehrtheit vor einem kaum erforschten und durch Nebenwirkungen riskanten Impfstoff und wollen keine direkte oder indirekte Impfpflicht mit dem entsprechenden Verlust an persönlicher Freiheit.

Was macht unser Ministerpräsident? – Er spaltet unsere Gesellschaft, indem er gestern und auch heute wiederholt Schüler und Jugendliche dafür lobt, dass sie in der Schule die Maskenpflicht einhalten. Es ist gut und richtig, wenn sich Schüler an Gesetze und Verordnungen halten. Was ist aber hier passiert? – Dass Schüler und Jugendliche gegen Arbeitnehmer und die zahlreichen fleißigen Selbstständigen ausgespielt werden, die gerade in diesen Lockdown-Tagen um die Existenz ihrer Unternehmen oder um den weiteren Verbleib am Arbeitsplatz kämpfen, die den familiären Druck spüren, wenn wegen Kurzarbeit die Haushaltskasse knapp ist, denen der Immobilienkredit oder der Kredit fürs Auto im Nacken sitzt. Sie haben existenzielle Ängste – durch Ihre Corona-Maßnahmen leider völlig zu Recht.

Wo bitte ist der Dank des Ministerpräsidenten an die Leistungsträger und Steuerzahler in diesem Land, die ihm all diese Corona-Maßnahmen finanzieren? Wo ist der Dank an diejenigen, welche die Hunderttausenden überflüssiger Corona-Tests für jedermann finanzieren, mit denen sich die Staatsregierung brüstet und die offensichtlich zu keinem Erfolg bei der Virusbekämpfung beigetragen haben? Herr Ministerpräsident, schenken Sie der Bevölkerung über Ihre Versäumnisse reinen Wein ein! Jeder macht mal einen Fehler.

Sie merken selbst: Erst hilft nur ein harter Lockdown. Jetzt, bei noch höheren Zahlen, reicht auch ein weicher – Sie haben gesagt: ein softer oder zärtlicher, oder was auch immer. Das ist doch nicht mehr stimmig, was Sie hier mit Ihrer Regierung machen. Panikmache und Schwarzmalerei helfen nicht gegen ein Virus. Folgen Sie unseren Vorschlägen und Anträgen zur Corona-Krise, für den Schutz von Risikogruppen und angemessene Maßnahmen statt finanziellem, wirtschaftlichem, kulturellem, gesellschaftlichem Ruin breiter Bevölkerungsgruppen.

(Beifall bei der AfD)

Während sich der Ministerpräsident verächtlich über Maßnahmenkritiker und über Bußgelder für Maskenverweigerer äußert, rollt über unser Bayern der Testwahnsinn: Corona-Hysteriker, welche sich teilweise mehrfach pro Woche testen lassen, Massentests an Schulen und Kindergärten, wo man bei Drei- oder Vierjährigen beim geringsten Schnupfen nicht nur einen Rachenabstrich nimmt, sondern, um doppelte Sicherheit zu haben, dem Kindergartenkind auch noch ein Wattestäbchen ins zarte Näschen schiebt, bis das Kind in Tränen ausbricht – im Übrigen entgegen sämtlicher Empfehlungen.

(Widerspruch)

– Das ist diese Woche mehrfach passiert. Wenn Sie sich doch mal mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern unterhalten würden, Frau Kollegin! Fragen Sie mal nach, was am Rosenheimer Gesundheitsamt diese Woche passiert ist! In den Augen des Ministerpräsidenten ist das alles auch noch verhältnismäßig; denn sonst, so erklärt Markus Söder einer Zehnjährigen im Mai dieses Jahres, würden Großeltern und Urgroßeltern sterben.

Meine Damen und Herren, wir müssen schnellstmöglich beginnen, die Maßnahmen kritisch zu beleuchten und Lockerungen zu ermöglichen, wo sie opportun und nötig sind, Risikogruppen schützen und dabei allen wieder Normalität zurückgeben; um es bildlich zu sagen: Der Oma im Altenheim den Besuch des Enkels unter Hygieneauflagen wieder ermöglichen.

Es ist Zeit, auf Zwänge jeglicher Art zu verzichten, die Bürger nicht weiter zu entmündigen, sondern auf Eigenverantwortung zu setzen, die wir von der AfD den Bürgern Bayerns zutrauen. Sie eigentlich auch, Herr Söder? – Ich bedanke mich für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter. – Bitte bleiben Sie noch für eine Zwischenbemerkung. Herr Prof. Dr. Winfried Bausback hat sich gemeldet. Bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Winhart, wie kommen Sie eigentlich zu der Aussage, dass es ganz klare Beweise hinsichtlich der Gaststätten gäbe, dass da keine Ansteckungen stattfinden, wenn Sie von allen Experten mehrfach hören, dass die größere Zahl aller Infektionen überhaupt nicht mehr auf eine Primärquelle zurückzuführen ist?

Wie kommen Sie dazu, zu behaupten, dass die bayerischen Tests zwecklos waren, wenn einige Tausend positiv Getesteter aus der Weiterverbreitung herausgenommen wurden?

Wie können Sie bei einer täglichen Todesfallzahl in Deutschland von über 400 die Forderung aufstellen, dass auf jeden Zwang verzichtet werden soll? Was soll denn da wirken?

Ich meine, wie es schon mehrfach angesprochen wurde, dass Sie mit dem Leben der Menschen spielen, um politischen Gewinn auf Kosten von Menschenleben zu erzielen. Das finde ich abstoßend.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Herr Prof. Bausback, vielen herzlichen Dank für die Fragen; ich möchte sie auch gerne offen und ehrlich beantworten. Ich habe nämlich überhaupt kein schlechtes Gewissen dabei, wenn ich so etwas sage. Wir haben uns auch etwas dabei gedacht.

Das Erste ist die Gastronomie. Die Gastronomie hat über den Sommer und bereits im vergangenen Frühjahr enormen Aufwand erbracht, um Hygienemaßnahmen vorzunehmen, die Hygienekonzepte umzusetzen, hat die Tische auseinander gestellt usw. Wir haben hier also einen Wirtschaftszweig, der alles gemacht hat, was in seinen Möglichkeiten lag. Bereits im Sommer war der Beweis erbracht, dass die Gastronomie keinen Einfluss auf die Zahlen hatte, auch wegen der Rückverfolg-

barkeit aufgrund der Kontaktlisten. Auch unser Ministerpräsident sieht hier mittlere Handlungsbedarf; denn er hat heute erklärt, man wolle jetzt nachforschen, wo sich die meisten Leute anstecken.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Das ist bisher nicht passiert. Das haben wir bemängelt, Frau Schorer-Dremel. Ich habe das auch in einer Anfrage zum Plenum diese Woche gefragt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Uhr zeigt rot.

Andreas Winhart (AfD): Es gibt keine Zahlen, also können Sie den Gegenbeweis gar nicht liefern, Herr Bausback.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Corona-Infektionszahlen in Bayern weiter senken - notwendige Maßnahmen ergreifen (Drs. 18/11613)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit Umsicht und Zuversicht durch den Winter (Drs. 18/11614)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Anne Cyron u. a. und Fraktion (AfD)
Schnelle Lösungen anbieten - Förderung von mobilen Raumlufreinigern mit HEPA-Filter für alle Arten von Klassen- und Fachräumen an Schulen in Bayern (Drs. 18/11615)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Winterfahrplan zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Bayern - solidarisch, entschlossen, verlässlich! (Drs. 18/11616)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Strategisch Testen - Bayerisches Corona-Testkonzept zielgerichtet ausgestalten - Massentests durchführen (Drs. 18/11617)**

Vorweg weise ich darauf hin, dass sich die Gesamtredezeit der Fraktionen auf 68,5 Minuten verringert. Auf die CSU-Fraktion entfallen 17 Minuten, auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12, auf die FREIEN WÄHLER 10,5, auf die AfD-Fraktion 10, auf die SPD-Fraktion 10 und auf die FDP-Fraktion 9 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion und beträgt 17 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4,5 Minuten sprechen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, das Wort. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER bringt es klar zum Ausdruck: Die Maßnahmen der Staatsregierung sind richtig. Wir stehen voll hinter diesen Maßnahmen.

Es geht darum, Menschenleben zu retten und die Grundrechte "Leben" und "Gesundheit" effektiv zu schützen. Wir sehen die Belastungen der Menschen, halten aber die Maßnahmen angesichts der Schwere der Bedrohung durch das Virus für geeignet, für erforderlich und auch für verhältnismäßig. Es geht darum, in dieser außergewöhnlichen Zeit zusammenzustehen. Der Gegner ist unsichtbar, aber er ist da. Er ist eine tödliche Gefahr. Vorgestern – wir haben es heute schon gehört – sind 83 Menschen in Bayern an Corona gestorben. Deutschlandweit waren es deutlich über 400 an einem einzigen Tag. Der Ministerpräsident hat die Zahlen eingeordnet: Corona ist aktuell die dritthäufigste Todesursache in unserem Land. Bis Weihnachten werden in Deutschland deshalb wahrscheinlich rund 12.000 Menschen an Corona sterben. Eine Große Kreisstadt wie Dinkelsbühl wird damit durch Corona ausgelöscht.

Die Lage ist ernst. Die Lage ist dramatisch. Wir brauchen viel Disziplin, viel Rücksicht auf andere. Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen, sondern müssen auch an die Schwächeren in unserer Gesellschaft und an die gesamte Gesellschaft denken. Dies habe ich an dieser Stelle hier im Hohen Haus schon des Öfteren betont. Auch die Beschäftigten im Gesundheitssystem brauchen unsere Solidarität. Sie sind aktuell wieder dabei, Übermenschliches zu leisten – in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen oder in den Gesundheitsämtern. Auch sie müssen geschützt werden, und unser Gesundheitssystem muss insgesamt vor einer Überlastung geschützt werden. Deshalb sind die Maßnahmen, die die Staatsregierung getroffen hat, vollkommen richtig. Wir stehen hinter ihnen. Der Landtag bringt dies durch den Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, den wir nachher beschließen werden, zum Ausdruck.

Lassen Sie mich trotzdem darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass mir die zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft echte Sorgen macht. Die Fronten verhärten sich; der Ton wird schärfer. Oft fehlt die gemeinsame Gesprächsbasis, die am Anfang noch da war. Da war das Ziel auch klar: Wir müssen diese schwere Zeit überstehen und zusammenhalten. – Im Grunde hat sich daran nichts geändert. Nur gibt es nun einen gewissen Teil der Bevölkerung, der das Virus leugnet oder es als nicht so schlimm empfindet oder nur auf sich schaut und sagt: Mir wird schon nichts passieren, und wenn doch, dann halte ich das schon aus. – So können wir doch keine verantwortliche Politik machen! Da fehlt dann das

gegenseitige Verständnis, der kleinste gemeinsame Nenner, auf den wir uns einigen könnten.

Die Staatsregierung handelt hier vollkommen richtig. In unserem Dringlichkeitsantrag haben wir alle Maßnahmen aufgeführt. Das Motto "Verlängern, vertiefen, helfen" ist richtig, ebenso die Hotspot-Strategie, die wir heute schon gehört haben.

Meine Damen und Herren, insgesamt lässt sich das Handeln des Freistaats in vier große Säulen einteilen. Die erste Säule ist die Präventionsstrategie, Ansteckungen gar nicht erst entstehen zu lassen: durch die Abstandsregel, durch die Händehygiene, durch die Mund-Nasen-Bedeckung, durch Lüften und durch die Corona-Warn-App. Prävention ist enorm wichtig – auch für das Immunsystem, das man stärken kann – eine Strategie, eine wichtige Säule unseres Handelns.

Die zweite Säule ist die Teststrategie. Wenn sich jemand infiziert hat, muss er früh identifiziert werden, müssen Infektionsketten unterbrochen werden, muss er als "Kontaktperson eins" aus dem Verkehr gezogen werden; er muss in Quarantäne. Er soll keine anderen mehr anstecken können. Das ist die Teststrategie, die uns viel Geld und viel Anstrengung kostet und die der Freistaat Bayern wie kein anderes Bundesland konsequent umsetzt und durchsetzt.

Dritte Säule: das Impfen. Das ist das Licht am Ende des Tunnels, das Licht am Horizont, das uns alle hoffen macht, dass wir Corona irgendwann überstanden haben: die Impfstrategie. Wir haben gehört, dass wir ab 15. Dezember vorbereitet sein werden, damit die Impfstoffe von Biontech und Pfizer und auch von AstraZeneca zu uns kommen können und geimpft werden kann – erst an vulnerable Gruppen in den Heimen, dann in den Krankenhäusern, dann an die Menschen, die dort arbeiten, an das Sicherheitspersonal, auch Feuerwehr und Polizei usw., damit wir sie schützen. Die Impfstrategie läuft. Die Staatsregierung ist vorbereitet, passt.

Die vierte große Säule – da schaue ich auch Tobias Reiß, Marcel Huber und Ilse Aigner an, die sich wahnsinnig dafür einsetzen – ist eine Therapiestrategie, dass wir Medikamente finden über Remdesivir hinaus. Der Ministerpräsident hat gesagt: So richtig schützt Remdesivir nicht. Dexamethason ist auch ein Medikament, das schon lange bekannt ist, aber in dem Fall nicht so richtig hilft. Wir brauchen potente Medikamente. Wir haben Spitzenforschung in Bayern. Wir haben ein hervorragendes medizinisches Cluster, das diese Medikamente erforschen kann. Auch da wollen wir anschieben. Da müssen wir anschieben, damit auch denen, die sich schon infiziert haben, wo eine Impfung also nichts mehr hilft, geholfen werden kann. Vierte Säule also: die Therapiestrategie.

So ist dann Hoffnung da, Licht am Ende des Tunnels, durch den wir jetzt noch durch müssen, wahrscheinlich bis April oder Mai des nächsten Jahres, bis es dann endlich besser wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf die übrigen Dringlichkeitsanträge eingehen. Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN liest sich – das möchte ich eingestehen – zunächst staatstragend und verantwortlich. Wie aber die Rede Ihrer Fraktionsvorsitzenden heute gezeigt hat, ist der Antrag wie ein "Wolf im Schafspelz". Er liest sich eingangs zwar gut und vernünftig; aber hinterher kommt eine ganz harsche Oppositionsrede, viel Verdrossenheit und vor allem Unstimmigkeit, Widersprüchlichkeit. Lassen Sie mich nur ein Beispiel herausgreifen, das mich schon während Ihrer Rede beschäftigt hat. Sie haben gesagt, wir schützen die Menschen in Bayern nicht effektiv genug. Das ist ein Vorwurf, der uns trifft, weil wir genau das tun wollen und genau das auch tun. Wir handeln so.

Dann haben Sie uns vorgehalten, wir würden die Weihnachtsferien in einer Hauruck-Aktion verlängern, mit dem 18. Dezember als letztem Schultag, und haben

noch den Landesschülersprecher als Kronzeugen herangezogen. – Also was denn nun? Wollen Sie nun, dass wir Kontakte effektiv beschränken, oder nicht? Wollen Sie, dass wir die Leute in Bayern effektiv schützen, oder nicht? Es ist leider so, dass man dabei auch mal eine unbequeme Wahrheit aussprechen muss, die man verkaufen muss. Man kann nicht immer nur das Schöne verkaufen. Sie verfahren nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber bitte mach mich nicht nass.

(Zuruf)

Sie müssen sich schon entscheiden: entweder größerer Schutz durch effektive Kontaktbeschränkung, also längere Schulferien, oder eben keine längeren Schulferien. Das ist nur eine dieser Widersprüchlichkeiten, die Ihre Rede heute zuhauf enthielt.

(Zuruf)

Die Rede war gallig, sie war wütend.

(Zuruf)

Dabei wollten Sie die Maßnahmen laut Ihres Antrags eigentlich gutheißen und den aktuellen Beschluss mittragen. Auch das ist ein Widerspruch in der Rede an sich. Bei mir ist nicht hängengeblieben, dass Sie in Ihrer Rede irgendetwas gut gefunden hätten. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Die SPD sagt zum Beispiel, dass wir eine neue Teststrategie bräuchten. Ein Umsteuern ist hier aber nicht nötig. Viele der Getesteten haben Symptome. Die Krankenhäuser in Bayern handeln regional sehr verantwortungsvoll, gehen mit der Resource Personal sehr verantwortungsvoll um und entscheiden selbst, wann sie plan- und verschiebbare Eingriffe tatsächlich verschieben. Das zeigt: Wir haben viel aus dieser ersten Welle gelernt. Die Krankenhäuser selber können entscheiden und machen das in vernünftiger Weise. Dazu brauchen wir den Staat nicht. Und wir setzen uns beim Bund für eine finanzielle Kompensation für die Krankenhäuser ein. Da frage ich aber auch die SPD: Wer stellt denn den Finanzminister im Bund? Da könnten Sie auch selber ein gewichtiges Wort dafür einlegen,

(Zuruf)

dass das so kommt. Auch die Sicherstellung der Besuchsmöglichkeiten, die Sie zu Recht fordern, haben wir hier im Hohen Haus in unserem Dringlichkeitsantrag vom 28.10.2020 angemahnt. Das ist eine Quadratur des Kreises und gar nicht so einfach. Das wissen Sie selber. Deswegen hatten wir vor vier Wochen genau diese Punkte dargestellt.

Im Übrigen: Der Ministerpräsident selber hat betont, dass die Schließung von Kindertagesstätten und Schulen nur die Ultima Ratio sein kann, exakt so, wie Sie es in Ihrem Antrag geschrieben haben.

Deswegen: Ihres Antrags bedarf es nicht. Wir brauchen keinen Kurswechsel, und wir brauchen nichts, was in eine andere Richtung anschieben würde. Deshalb werden wir auch ihn ablehnen.

Der Antrag der FDP befasst sich mal wieder – und täglich grüßt das Murmeltier, Dr. Spitzer, und wöchentlich grüßt das Murmeltier – mit "Strategisch Testen". Ich freue mich schon darauf, was dann nächste Woche für ein Antrag von Ihnen kommt. Nur haben Sie sich diesmal widersprochen: Früher haben Sie gesagt, wir sollen die Tests einschränken, damit für alle etwas da ist. Heute fordern Sie lokale Massentestungen. Das ist ein Widerspruch in sich. Das müssen Sie mal aufklären, weil nächste Woche, am 1. Dezember haben wir von Ihnen genau gegenteilige An-

träge im Ausschuss. Ich bin schon gespannt, wie Sie sich da verhalten. Aber die Massentestungen braucht man nicht, weil die Ausweitung der Schnelltests ohnehin schon geprüft und umgesetzt wird.

Zum Antrag der AfD zu den Raumlüftern hat unser Fraktionsvorsitzender in seiner Rede in Erwiderung auf den Ministerpräsidenten bereits alles gesagt und hat es schon gut dargestellt.

Ich würde auf die AfD gern in einem anderen Zusammenhang zu sprechen kommen. Denn ich habe in der Tat Sorge um unsere politische Kultur.

(Zuruf)

Ich habe Sorge um unsere Demokratie und um die Werte, die uns und unser Land in den letzten 70 Jahren ausgemacht haben. Wie vor 85 oder 90 Jahren schleusen Sie Menschen ins Parlament, die Abgeordnete bedrohen und körperlich angehen. Da läuft es mir kalt den Rücken runter.

Ein zweiter Ausflug in die düstere Vergangenheit war der Brief Ihrer Fraktionsvorsitzenden an die Landräte in Bayern. Ich muss das in diesem Zusammenhang noch einmal zitieren. Darin wird geschrieben – ich zitiere die AfD –:

Wir haben mit großem Respekt zur Kenntnis genommen, dass einige mutige Landräte und Stadtoberhäupter sich gegen den Maskenzwang für Grundschüler ausgesprochen haben. [...] In einer späteren Zeit werden alle Maßnahmen und das Verhalten aller Verantwortlichen sicher noch einmal in einem anderen Licht gewürdigt werden. Daher ist auch im Sinne einer Vermeidung von Regressansprüchen eine solche Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten angebracht.

Hier wird demokratisch gewählten Mandatsträgern gedroht. Sie werden unter Druck gesetzt. Sie sollen nicht mehr nach ihrem Gewissen und ihrem Sachverstand entscheiden, sondern gefälligst das tun, was die AfD von ihnen verlangt. Wenn nicht, würden sie es büßen müssen.

Meine Damen und Herren, mich schaudert! Die demokratischen Kräfte in diesem Parlament dürfen diesen Rückfall in die Zeit vor 85 oder 90 Jahren nicht dulden!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fakt ist, was unser Ministerpräsident gesagt hat: Für Corona gibt es keine Blaupause. Die Rezepte, die vor 90 Jahren angewandt wurden, dürfen jedenfalls nie wieder aus dem Giftschränk herausgeholt werden.

Deshalb kann ich am Ende nur noch mal an Ihre Vernunft appellieren: Bitte bewahren wir alle einen kühlen Kopf. Der Ministerpräsident hat das in seiner Regierungserklärung treffend ausgedrückt: Es ist wichtig, was wir fühlen, aber es ist entscheidend, was wir denken.

Deshalb bitte ich Sie: Bleiben wir alle auf dem Pfad der Vernunft. Helfen wir alle zusammen, die Grundrechte effektiv zu schützen, nämlich das Grundrecht auf Bildung, vor allem aber das Grundrecht auf Leben und Gesundheit der Menschen in unserem Land, gerade der Schwächeren, der Älteren, der vorerkrankten Menschen. Sie brauchen den Schutz ihrer wichtigsten Grundrechte. Es ist ernst, es ist dramatisch! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Ihre Rede hat drei Zwischenbemerkungen ausgelöst. Die erste kommt von dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Seidenath, ich stimme Ihnen grundsätzlich zu, dass man die notwendigen Maßnahmen ergreifen muss, um die Infektionszahlen in Bayern zu senken.

Heute Vormittag hat mich die Mutter eines geistig beeinträchtigten Kindes kontaktiert. Das Kind geht bei mir im Heimatort auf eine Förderschule in einem heilpädagogischen Zentrum. Diese Förderschule ist aktuell geschlossen, weil im Landkreis Traunstein die Infektionszahlen entsprechend hoch sind. Jetzt muss man wissen, dass die Klassenstärken in dieser Förderschule fünf bis sieben Schüler pro Klasse betragen. Diese Klassen könnten noch halbiert werden. Erachten Sie es wirklich als notwendig, dass man eine derartige Förderschule schließt und damit geistig behinderten Kindern praktisch komplett den sozialen Kontakt raubt? Diese Kinder haben in der Regel nur die sozialen Kontakte in dieser Fördereinrichtung und sonst nichts.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte, Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Plenk, ich glaube, es ist gut und hat sich bewährt, dass bei uns solche Fälle vor Ort durch die Kreisverwaltungsbehörden, durch die Landräte, durch die Oberbürgermeister, durch die jeweiligen Gesundheitsämter entschieden werden. Sie kennen die Verhältnisse vor Ort. Sie können beurteilen, ob eine Schließung notwendig ist oder nicht. Sie können entscheiden, ob eine Schulschließung und damit in gewisser Weise eine Einschränkung des Grundrechts auf Bildung – sofern man das nicht über virtuelle Maßnahmen gewährleisten kann – tatsächlich verhältnismäßig ist und ob es notwendig ist, das umzusetzen.

Da ich den Fall nicht genau kenne, kann ich mich nicht von hier aus – und ich würde das auch nicht machen – in die Belange des Landkreises einmischen. Das sollte vor Ort geklärt werden. Ich bitte Sie, Herr Plenk, das vor Ort mit dem Landrat oder Oberbürgermeister zu besprechen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Bayerbach. Bitte schön.

Markus Bayerbach (AfD): Sie haben beklagt, dass die Spaltung der Gesellschaft immer größer wird, dass nicht miteinander geredet wird, dass die Demokratie in Gefahr ist. Da gehe ich mit. Die Frage ist nur: Ihr Ministerpräsident, der hier wirklich den Eindruck vermittelt hat, allwissend und unfehlbar zu sein, diffamiert hier jegliche Kritiker, ob sie aus dem Querdenker-Milieu kommen, ob das Demonstranten sind – das sind Zehntausende in diesem Land, und zum Großteil auch noch aus dem linken Lager –, als Rechtsradikale und als rücksichtslos. Sie werden als Antisemiten abgestempelt. Andere Parteivorsitzende bezeichnen solche Leute als "Covidioten". Sind Sie nicht der Meinung, dass vielleicht auch die Sprache der Regierungsparteien deutlich zu dieser Spaltung beiträgt?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Bayerbach, unser Ministerpräsident hat niemanden diffamiert. Ich habe sehr genau zugehört, und ich glaube, dass ich das Thema heute fast noch deutlicher auf den Punkt gebracht habe. Da können Sie mir jetzt vorwerfen, ich hätte diffamiert.

Die Situation ist wirklich ernst. Die Bewegung "Querdenken" – das hat er angesprochen – ist ein Sammelbecken für verschiedenste Strömungen. Ich bitte Sie wirklich, mal genau hinzuschauen. Wenn es Ihnen damit ernst ist, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern – wir wollen das –, wenn Sie das auch wollen, dann schauen Sie bitte hin und überlegen Sie, ob wir hier mäßigend eingreifen können. Ich glaube, Sie haben sehr guten Zugang zu dieser Klientel. Sie könnten da einwirken. Bitte tun Sie das, damit wir diese Spaltung in unserer Gesellschaft wirklich verhindern können.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Jetzt kommt die dritte Zwischenbemerkung, von Herrn Toni Schuberl von den GRÜNEN. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Seidenath, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie unseren GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag gut finden, er sich staatstragend liest und ganz vernünftig ist, was da drin steht, Sie ihm aber nicht zustimmen werden, weil unsere Fraktionsvorsitzende in ihrer Rede die Staatsregierung kritisiert hat? Ist das Ihre Art, mit Anträgen umzugehen? – Wenn eine Oppositionsfraktion die Regierung nicht ausreichend lobt oder sogar kritisiert, lehnen Sie Anträge der Fraktion ab, auch wenn diese Rede gar nicht zu dem Antrag gehalten wurde, sondern zur Regierungserklärung.

Mich würde interessieren, ob Sie vielleicht inhaltlich darstellen können, was Sie ganz konkret an unserem Antrag so stört, dass Sie ihm nicht zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Seidenath, Sie haben die Antwort.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Schuberl, jetzt muss ich hier zum Lehrer werden, was überhaupt nicht meinem Naturell entspricht. Repetitio est mater studiorum – Wiederholung ist die Mutter des Lernens.

Ich kann gerne noch einmal darauf eingehen. Dem Eingangsabsatz Ihres Antrags hätte ich zustimmen können; der liest sich vernünftig, gut und staatstragend. Alles andere, was danach gekommen ist, war gallig, war widersprüchlich, war falsch, war querulatorisch. Dem konnte man jedenfalls nicht zustimmen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das habe ich mit der Rede Ihrer Fraktionsvorsitzenden verglichen, die jetzt auch wieder da ist. – Hallo, Frau Schulze, Sie können dann nachhören, was ich über Ihre Rede gesagt habe. – Genau so war es da auch. Das habe ich mit dem Wolf im Schafspelz gemeint. Der erste Absatz des Antrags liest sich gut als Entree, aber der Rest ist nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Damit ist Ihr Beitrag zu Ende. – Ich darf als nächsten Redner den Abgeordneten Jürgen Mistol von der Fraktion der GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! An allen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ergriffen wurden und ergriffen werden, an jeder einzelnen Maßnahme kann man Kritik üben. So ehrlich müssen wir vielleicht schon sein. Es sind letztendlich politische Entscheidungen, zwar getroffen nach Rücksprache mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, aber es bleiben politische Entscheidungen.

Die Widersprüche, die dabei entstehen, sind manchmal kaum auszuhalten. Nur ein Beispiel: Die Bibliotheken schließen jetzt. Ich kann also kein Buch ausleihen. Das Buchgeschäft hat offen. Ein Buch kaufen kann ich mir schon. Das sind die Widersprüche, die in diesen Regeln enthalten sind. Diese Widersprüche haben wir aber in vielen Regeln, nicht nur zu Corona. Wie viele Regeln gibt es denn, die tatsächlich widerspruchsfrei sind? – Da wird man wenige finden.

Ich appelliere an uns und auch an die Menschen in unserem Land: Wir müssen diese Widersprüche auch aushalten, wenn wir bei der Bekämpfung der Pandemie wirklich Erfolg haben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, mit einer gemeinsamen Anstrengung konnte in den letzten Wochen das exponentielle Wachstum der Neuinfektionen unterbrochen werden. Die Maßnahmen im November haben geholfen, zumindest das unbegrenzte Wachstum der Neuinfektionen zu stoppen. Aber sie haben es eben nicht vermocht, die Zahl der Neuinfektionen zu senken. Die Zahl der mit Corona neu Infizierten ist weiterhin hoch. Immer mehr Kliniken kommen an ihre Leistungsgrenze und sorgen sich um die Zahl der freien Betten auf ihren Intensivstationen. Die Zahl der Toten befindet sich auf einem traurigen Rekordniveau. Obwohl es Ende Oktober bzw. Anfang November noch hieß, die in der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin beschlossenen Maßnahmen würden lediglich im November gelten, gibt die Zahl der Neuinfektionen im November eine Beendigung der Maßnahmen einfach nicht her. Der Ministerpräsident hat heute gesagt: Es war eine bewusste Entscheidung, diesen Lockdown light zu machen. Dieser war aber mit der Hoffnung verbunden, dass die beschlossenen Maßnahmen wirklich dazu führen, dass die Zahlen nach unten gehen. Wir müssen uns heute eingestehen: Das ist schlussendlich nicht gelungen. Die GRÜNEN sagen deswegen: Wir brauchen eine langfristige Strategie. Die Infektionszahlen und die Auslastung des Gesundheitssystems verlangen eine Verlängerung der Maßnahmen.

Die Akzeptanz der Maßnahmen ist in Bayern und in ganz Deutschland Gott sei Dank hoch, weil sich die Bevölkerung zum allergrößten Teil der Lage bewusst ist. Die Menschen nehmen in großer Solidarität miteinander schwere Einschränkungen auf sich. Sie fordern aber zu Recht ein, dass es eine Planbarkeit und eine klare Kommunikation über die notwendigen Maßnahmen und auch über die Bedingungen zu ihrer Beendigung gibt. Die unzureichende Kommunikation nach der letzten Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Oktober 2020 war hierzu alles andere als hilfreich. Ich sage Ihnen: Die Akzeptanz der Maßnahmen hängt maßgeblich von ihrer Nachvollziehbarkeit und einer klaren Kommunikation ab, ohne die Widersprüche bei schwierigen Fragen und Abstimmungsprozessen unter den Tisch zu kehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns GRÜNE ist klar, es braucht weiterhin große Anstrengungen, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen und Menschenleben zu retten. Wir GRÜNE tragen deswegen die Beschlüsse der MPK mit. Wir erwarten, dass die Staatsregierung den Spielraum, den die MPK-Beschlüsse den Ländern lässt, im Sinne eines praktikablen Infektionsschutzes gut nutzt und die Hotspot-Strategie noch stärker mit Leben erfüllt.

Ich habe dem Ministerpräsidenten gut zugehört. Er hat gesagt: Das ist nichts Optionales, sondern soll konsequent umgesetzt werden. Wir werden ihn da beim Wort nehmen.

(Zuruf)

Es braucht eine ehrliche und verständliche Kommunikation, wie wir durch die nächsten Wochen und Monate kommen können. Es reicht eben nicht, auf Sicht zu fahren. Es ist höchste Zeit, eine solche Strategie auch zu kommunizieren. Wir brauchen eine Strategie, deren Halbwertszeit länger als zwei Wochen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es braucht eine klare Perspektive bis zum Frühjahr. Es braucht bundesweit verbindliche Regeln. Alles andere schafft Verwirrung und trägt nicht zur Akzeptanz der Maßnahmen bei. Gerade weil wir die Pandemie nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern bekämpfen können, brauchen wir diese Akzeptanz der beschlossenen Maßnahmen in der Bevölkerung. Klarheit, Nachvollziehbarkeit, Verhältnismäßigkeit der Regeln stehen dabei an erster Stelle.

Ja, Weihnachten ist nicht nur für die Menschen christlichen Glaubens, sondern für viele Menschen in diesem Land ein Fest der Familie, ein Fest, an dem man Freundinnen und Freunde trifft. Wir müssen auch sagen: Die nackten Infektionszahlen würden eigentlich keine Lockerung erlauben. Über die Weihnachtsfeiertage zu lockern, ist eine politische Entscheidung. Die Lockerung ist aus unserer Sicht wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft und gibt Mut und Kraft. Sie gestattet es, mit den Menschen, die einem lieb und teuer sind, wieder einmal zusammenkommen zu können und zusammenkommen zu dürfen. "Dürfen" heißt nicht "müssen". Niemand muss diese Möglichkeit ausreizen. Niemand muss sich mit zehn Menschen treffen. Wir GRÜNEN setzen hier auf Eigenverantwortung und Vernunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Apropos Eigenverantwortung: Es ist nicht die Zeit des Ich, sondern die Zeit des Wir. Das gilt auch für den Ministerpräsidenten. Herr Söder, wir GRÜNE halten es nicht für zweckmäßig, schon vor der MPK jede Idee, die Ihnen in den Sinn kommt, in die Öffentlichkeit hinauszuposaunen. Mancher Ihrer Kollegen aus den anderen Bundesländern hat hier einen aus meiner Sicht wohltuenderen Stil an den Tag gelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Auch Herr Kretschmann hat einen anderen Stil als Sie. Das ist eine Stilfrage. Es mag sein, dass wir da unterschiedlicher Meinung sind, aber ich stelle das einfach mal so fest.

Ehrlichkeit, Perspektive und Klarheit sind essenziell, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die notwendigen Maßnahmen zu stärken. Ehrliche und verständliche Information und Kommunikation sind das Gebot der Stunde. Wir fordern deshalb von der Staatsregierung eine breit angelegte Informations- und Aufklärungskampagne über die beschlossenen Maßnahmen und über die aktuelle Situation – zielgruppenspezifisch, mehrsprachig und barrierefrei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. Risikogruppen leben in Angst um ihr Leben, ältere und behinderte Menschen in Pflegeheimen und Pflegeeinrichtungen wurden in den ersten Monaten der Pandemie quasi isoliert. Kinder, Familien und Jugendliche waren besonders im Frühjahr durch die Maßnahmen besonders belastet und sind es auch noch heute von den immer wieder drohenden Kita- und Schulschließungen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Künstlerinnen und Künstler, Solo-Selbstständige, die Tourismusbranche sowie Gastronomen haben existenzielle Ängste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Pandemie nur gemeinsam bekämpfen. Die Maßnahmen dürfen unsere Gesellschaft nicht spalten. Gerade in

schwierigen Zeiten brauchen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade die Schwächeren in unserer Gesellschaft dürfen in der jetzigen Situation nicht aus den Augen verloren werden. Das bedeutet aber auch, die besonders betroffenen Berufsgruppen finanziell und vor allem zeitnah zu unterstützen, um eben die Härten der Einschränkungen abzufedern.

Es lohnt auch ein wachsamer Blick auf Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern. Es muss klar sein: Wer die Betreuung braucht, der soll sein Kind in die Kita oder in die Schule bringen können. Eltern und Kinder brauchen mehr Sicherheit. Die Staatsregierung darf die Eltern in der Krise nicht wieder alleinlassen wie im Frühjahr. Es muss klar sein: Sollten Schulen und Kitas geschlossen werden müssen, muss es für alle eine Betreuungsgarantie geben, die diese Unterstützung brauchen. Das gilt auch für diese zwei zusätzlichen Tage vor Weihnachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen gerade für die Schulen Planungssicherheit. Wir brauchen zeitnah flächendeckend Klassenteilungen mit Wechsel- und Hybridunterricht ab Klasse 8. Das ist aus unserer Sicht wirklich das Gebot der Stunde.

Überhaupt muss man sagen: Die Belange von Kindern und Jugendlichen kommen uns GRÜNEN in Zeiten der Pandemie viel zu kurz. Wir als Fraktion haben deshalb hier im Plenum eine große Anhörung beantragt, um den Fokus auf die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen zu richten.

Aber auch ältere Menschen vermissen den Kontakt zu anderen. Viele fühlen sich alleingelassen. Für uns GRÜNE gilt: Risikogruppen einbinden, statt sie alleinzulassen. Es braucht gute und praktikable Besuchskonzepte in den Altenheimen. Wir brauchen Schnelltests und kostenfreie FFP2-Masken, damit Besuche bei alten, pflegebedürftigen und kranken Menschen möglich sind, damit niemand an den Feiertagen, aber auch sonst allein sein muss. Die einzelnen Einrichtungen und Träger brauchen dabei Unterstützung. Diese Unterstützung erwarten wir von der Staatsregierung. Die Konzepte dafür müssen zeitnah konzipiert werden und nicht erst am 20. Dezember.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem 2. November 2020 steht der Sportbetrieb in Bayern und bundesweit erneut weitgehend still. Bei längerem Andauern des Lockdowns light und bei weiter unklarer Perspektive wird allerdings offenbar, dass der momentane Zustand nicht länger anhalten darf. Es braucht bundesweit möglichst einheitliche Regelungen, um Angebote des Kinder- und Jugendsports differenziert zu ermöglichen. Zudem darf die Corona-Pandemie nicht dazu führen, dass eine Generation von Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmern heranwächst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwimmunterricht muss wieder stattfinden können, sobald das epidemiologisch vertretbar ist. Selbiges gilt übrigens auch für die Tätigkeit von Fitness- und Gesundheitsstudios. Wir empfehlen der Staatsregierung, die genannten Einrichtungen genauso wie die Schwimmbäder stärker in den Blick zu nehmen.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Hilfsversprechen müssen unverzüglich eingelöst werden. Ministerpräsident Söder und die gesamte Bayerische Staatsregierung stehen in der Verantwortung, die Umsetzbarkeit und Umsetzung dieser Hilfsversprechen ganz oben auf die Agenda zu setzen. Unternehmen und Selbstständige können sich nicht von Monat zu Monat hangeln. Sie brauchen eine langfristige Perspektive mit einer schnellen, unbürokratischen Unterstützung, die auch dann greift, wenn nur regionale Einschränkungen vorgenommen werden.

Kolleginnen und Kollegen, es gibt berechtigte Hoffnungen, Corona zu besiegen. Wir haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die es in fast atemberaubender Zeit geschafft haben, Impfstoffe zu entwickeln, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit.

Jürgen Mistol (GRÜNE): – die hoffentlich bald die Zulassung bekommen und in absehbarer Zeit eingesetzt werden können. Trotzdem werden wir noch einige Zeit mit dem Virus leben lernen müssen. Wenn aber die Mehrheit der Menschen in unserem Land weiterhin solidarisch und umsichtig ist, dürfen wir frohen Mutes sein, gut durch diesen Corona-Winter zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mistol, Sie bekommen noch Redezeit. – Der Kollege Prof. Dr. Bausback von der CSU-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Geschätzter Kollege Mistol, Sie haben in sehr ruhigem Ton wiederholt, was Ihre Fraktionschefin heute zu Beginn der Sitzung in eiferndem Ton gesagt hat. Sie fordern eine Langfrist-Strategie ein. Nachdem ich gerade noch einmal gegoogelt habe, möchte ich Sie deshalb fragen:

(Unruhe)

Wie verhält es sich mit dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, der Ihrer Partei angehört? Wenn man die Schlagworte "Langfrist-Strategie Kretschmann" googelt, findet man außer Kritik am Fehlen einer solchen Langfrist-Strategie nichts. Warum gibt es in Baden-Württemberg nicht das, was Sie hier einfordern? Liegt das vielleicht daran, dass es in der Corona-Situation gar nicht möglich ist, in einer solch langfristigen Art und Weise vorherzusehen, wie Sie dies vorgaukeln? Hierzu hätte ich gerne eine Antwort. Wenn Sie in Baden-Württemberg nicht selbst eine Langfrist-Strategie verfolgen, dann können Sie diese auch nicht von anderen einfordern.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mistol, bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Kollege Prof. Bausback, wir sind hier in Bayern und für Bayern verantwortlich. Der Herr Ministerpräsident hat heute gesagt, es sei eine bewusste Entscheidung gewesen, keinen richtigen, sondern einen – ich glaube, die Formulierung lautete – "milden" Lockdown zu machen. Insofern wusste man, dass die Zahlen offensichtlich nicht so weit zurückgehen, um jetzt, Ende November, tatsächlich wieder Lockerungen vornehmen zu können. Das hat man in Kauf genommen. Ich erwarte deswegen von einer Staatsregierung, über diesen Tag hinaus zu denken und nicht den Eindruck zu erwecken, bis Ende November gäbe es einen Lockdown und danach wäre alles gut. Das erwarte ich durchaus von einem Regierungschef und einer Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Anne Cyron für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es wird sich also nichts im Corona-Zirkus ändern, wie wir dem Wortlaut der Regie-

rungserklärung entnehmen können. Im Gegenteil! Die Zwangsmaßnahmen werden weiter verschärft. Der Ausnahmezustand, der auf fehlerhaften Tests, fragwürdigen Aussagen des RKI und nicht fundierten Annahmen basiert, ist längst zum Normalzustand geworden, auch an den Schulen.

Sprach Kultusminister Piazzolo noch Ende August von einer Maskenpflicht an Schulen, die nach zwei Wochen beendet werden sollte, so ist davon heute keine Rede mehr. Vielmehr wird der Zwang zur Maskerade verlängert und verschärft. Damit sind die Kinder die ganz großen Verlierer in Zeiten von Corona.

Sie werden ihrer sozialen Kontakte beraubt. Sie werden von individueller Förderung ausgeschlossen, zum Beispiel bei Fördermaßnahmen, bei erforderlichen logopädischen Maßnahmen und beim Musikunterricht. Sie werden in ihrer Gesundheit und psychischen Entwicklung gefährdet. Sie werden als "Superspreader", als Virenschleudern, diffamiert und von Politikern für den möglichen Tod von Eltern und Großeltern verantwortlich gemacht, falls sie sich der Maskenpflicht widersetzen.

(Beifall bei der AfD)

Es wird ein regelrechter Krieg gegen die Kinder in Form eines Gesundheitsexperiments namens Maskenpflicht geführt. Kinder leiden durch die Maske, nicht durch Corona; denn die Maske bedeutet für die Kinder Angst und soziale Distanz. – Herr Söder, die Kinder, die stolz darauf sind, eine Maske zu tragen, müssen Sie uns erst einmal zeigen.

Die Maske raubt den Kindern ihre physische und psychische Gesundheit. Die Maske beeinträchtigt die Sauerstoffversorgung und somit die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit.

(Zuruf)

Kinder leiden unter Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und Ängsten. Dieser Wahnsinn hält an, obwohl Studien längst belegen, dass Schulen bei der Verbreitung von Corona keine signifikante Rolle spielen.

(Beifall bei der AfD)

Als im Frühsommer 2020 die Schulen wieder geöffnet wurden, führte das weder bei den Lehrern noch bei den Schülern zu nennenswerten Infektionszahlen. Dabei ist jedoch noch anzumerken, dass Infektionszahlen nicht gleich Erkrankten- oder Totenzahlen sind.

Die Corona-Hysterie schafft kranke Kinder, verunsicherte Eltern und verzweifelte Lehrer, die trotzdem ihr Bestes geben. Das ständige Lüften in den Schulen und das Tragen von Winterkleidung und Decken im Klassenraum macht unsere Schüler krank. Die negativen Langzeitfolgen des Maskenzwangs sind für die Kommunikation und das Empathievermögen der Kinder verheerend. Kinder kommunizieren vor allem über Gestik und Mimik. Das Fehlen dieser Art der Kommunikation führt zur Zerstörung von emotionalen Beziehungen und einer Verringerung der Gesprächsbereitschaft.

Diese zwangsverordneten Verhaltensregeln bremsen die Kinder in ihren ureigenen menschlichen Interaktionen und hemmen ihre soziale Entwicklung. Digitalisierung und Homeschooling können keinen Präsenzunterricht ersetzen, vor allem nicht bei den jüngeren Schülern. Der Bildungsauftrag der Schulen kann nur durch Präsenzunterricht erfüllt werden. Echter Präsenzunterricht braucht aber die persönliche

Nähe zwischen Lehrern und Kindern, die Rückkoppelung über Gesten, Mimik und Verhalten. Das heißt: Unterricht und Kommunikation ohne Maske.

(Beifall bei der AfD)

Präsenzunterricht birgt jedoch auch die Gefahr, sich mit einer luftübertragenen Krankheit zu infizieren. Das war aber schon immer so.

Für den Schutz der Schulkinder und Lehrer bräuchte es also Vorrichtungen, die eine Übertragung verhindern bzw. das Risiko minimieren und die Umgebung von Viren und Bakterien frei halten.

Stoßlüften wird in der gegenwärtigen Diskussion als Alternative angeführt. Das setzt jedoch geeignete Umstände hinsichtlich der Temperaturen und Lüftungsmöglichkeiten voraus, zum Beispiel Querlüften, welches in der Regel in den Schulen nicht möglich ist. Das bedingt, dass sowohl Schulkinder als auch Lehrer in Winterkleidung und Decken gehüllt den Unterricht durchstehen.

Dauerhaftes Lüften macht den menschlichen Organismus, vor allem in der kälteren Jahreszeit, krank und bietet keine Garantie für einen wirksamen Schutz vor keimbelasteten Aerosolen. Diesen Schutz bieten die meisten Masken ebenso wenig.

(Beifall bei der AfD)

Halbierte Schulklassen und Wechselunterricht, um die Dichte des Unterrichts zu entzerren, bieten keinen hinreichenden Schutz vor Infektionen. Die über die Raumluft abgegebenen Aerosole schweben über Stunden im freien Raum.

Ein nachträglicher Einbau fest installierter Luftreinigungsanlagen, die jetzt gefördert werden, ist wegen langer Genehmigungsverfahren keine Alternative. Die Geräte müssen sofort zur Verfügung stehen und zum Einsatz kommen. Mobile Luftreinigungsgeräte schaffen fast 100 % virenfreie Luft in Unterrichtsräumen, was sowohl für die Schüler- als auch für die Lehrerschaft eine stark reduzierte Infektionsgefahr bedeutet.

Man könnte der sogenannten Pandemie in geschlossenen Räumen ihren Schrecken nehmen, würde man auch in Schulen die in hygienesensiblen Bereichen längst üblichen Hochleistungsanlagen zur Raumluftherstellung einsetzen.

Meine Damen und Herren, Politik trägt Verantwortung für die Bevölkerung. Politik hat weder Angst und Furcht noch Panik zu schüren, um die Menschen zu verunsichern. Politik hat verlässliche, verhältnismäßige und nachhaltige Maßnahmen zu treffen. Sie hat nicht das Recht, kaum nachvollziehbare Zwangsmaßnahmen ohne jede stichhaltige Begründung zu verordnen.

(Beifall bei der AfD)

Für die Kinder, die die Zukunft unserer Gesellschaft sind, kommt uns eine besonders hohe Verantwortung zu – Grund genug, sich für alle nur möglichen Verbesserungen im Schulbetrieb einzusetzen. Wir können Kindern und Lehrern die derzeit unzumutbaren Zustände in den Klassenzimmern erleichtern; denn Wissenschaft, Forschung und Technik haben längst mit der Erfindung von mobilen Luftreinigungsanlagen und Entkeimungsgeräten reagiert, die auch in vollbesetzten Klassenzimmern ihre Wirkung tun und die Gefahr einer Infektion signifikant reduzieren könnten. Sollte es jemals eine Zeit nach Corona geben, dann werden diese Geräte die Menschheit auch weiter schützen, zum Beispiel vor einer hohen Feinstaub- oder Pollenkonzentration; denn der Prozentsatz der Allergien steigt weiter an.

Diese mobilen Geräte bedingen keine aufwendige Installation und keine langwierigen Genehmigungsverfahren. Sie könnten schnellstmöglich zu einer Befreiung von der Maskenpflicht sowohl für Schüler als auch für Lehrer im Unterricht führen. Die Kosten sind überschaubar. Jeder Euro, den wir in unsere Kinder investieren, ist ein Euro, der in die Zukunft investiert wird. In einer Neubiberger Grundschule läuft bereits das Pilotprojekt, mit dem das Ansteckungsrisiko von COVID-19 deutlich reduziert werden könnte. Diese Investitionen, pro Gerät circa 3.000 Euro, könnten wieder einen Hauch von Alltag, einen Hauch von Normalität in die Klassenzimmer bringen; denn sowohl Lehrer als auch Schulkinder könnten auf die Masken, die im Hinblick auf die gesundheitlichen Folgen ohnehin nicht länger als 75 Minuten am Stück getragen werden sollten, verzichten.

Für unsere Kinder sollte uns keine Investition zu hoch sein. Im Rahmen der Corona-bedingten Förderprogramme werden so viele Milliarden für höchst zweifelhafte Ausgaben und Investitionen bereitgestellt; da müssen doch auch Mittel für sinnvolle Maßnahmen zur Verfügung stehen. Offene Schulen mit Präsenzunterricht müssen höchste Priorität bekommen; denn die Schule hat einen Bildungsauftrag, der konsequent und kontinuierlich und nicht irgendwie sporadisch zu erfüllen ist.

Es ist unverständlich, warum in politische Entscheidungen nicht die Vorteile und der Nutzen von Technik und Wissenschaft einfließen und wir nicht darauf vertrauen, dass Ingenieure und Strömungsmechaniker in ihrem Bereich vielleicht doch viel kompetenter sind als manche Abgeordnete im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte Sie also, unserem Antrag auf Änderung der FILS-R, Nummer 4.2.2 Satz 2, zuzustimmen, damit auch Schulen bzw. Klassenräume, die bisher wegen ihrer Voraussetzungen von der Förderung ausgeschlossen sind, künftig gefördert werden können. Geben Sie mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag Kindern und Lehrern die Chance, zu etwas Normalität im Schulalltag zurückzukehren und Schulen wieder mit Freude anstatt mit Angst, Beklemmung und Panik zu erfüllen. Wenn es wirklich um die Minimierung des Infektionsrisikos geht, dann kann wohl keiner seine Zustimmung zu diesem Antrag verweigern.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den momentanen sogenannten Lockdown light, von dem wir heute den ganzen Tag reden, gibt es genau einen Grund und zwei Begründungen. Der Grund sind die steigenden Infektionszahlen, zumindest die nicht signifikant sinkenden Infektionszahlen. Die Begründungen sind die Überlastung des Gesundheitswesens, zum Beispiel bezüglich der Testkapazitäten und der Gesundheitsämter, sowie die mögliche Überlastung der Intensivkapazitäten. Das sind die Gründe dafür, dass dieser Lockdown notwendig geworden ist.

Wir brauchen gute Gründe, wenn wir uns für Beschränkungen der Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Diese Gründe können nur daran gemessen werden, welchen Beitrag sie zum Infektionsschutz leisten. Wir wollen uns deshalb auf diese Begründungen für das Maßnahmenbündel konzentrieren. Dazu gehört, dass wir jetzt wirklich einen Kurswechsel bei der Teststrategie umsetzen müssen. Sie haben es gehört: Die Labore in Bayern und die Ärzteschaft haben in an Deutlichkeit nicht zu überbietenden Worten darauf hingewiesen, dass sie sich am Limit und am Ende ihrer Kapazitäten befinden. Sie können deshalb die anlasslosen und unbegründete-

ten Massentests nicht aufrechterhalten, vor allem dann nicht, wenn die Infektionszahlen noch weiter steigen.

Hier müssen Sie jetzt wirklich einmal die Finger aus den Ohren nehmen, das müssen Sie ernst nehmen. Diese Meldungen stammen nicht von irgendwem, sondern vom Verband der Akkreditierten Labore in der Medizin. Die Laborärzte in Bayern sagen, Ministerpräsident Söder mache mit der unspezifischen Testung die Analytik kaputt. Dramatisch sei die Lage in den Laboren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien psychisch und physisch am Ende. Es herrschten Frust und Erschöpfung. Dies seien gefährliche und nicht mehr akzeptable Zustände. In der vergangenen Kalenderwoche seien alle Labore am Limit gewesen, an oder über der 100-Prozent-Belastungsgrenze. – Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. Darüber können Sie nicht hinweggehen. Da muss man auch nichts evaluieren.

An Rückstaus und teils zu langen Befundlaufzeiten spüren wir die akute Überlastung der Labore. Aufgrund der zu vielen und nicht notwendigen Testungen gelingt es weiterhin nicht, kritische Reserven für die Wintermonate aufzubauen. Darauf weisen wir seit Monaten hin. Meine Damen und Herren, das sind wichtige Hinweise und Appelle von denjenigen, die das umsetzen müssen, was Sie verlangen. Das müssen Sie ernst nehmen, zumal sich die Ärzteschaft unter dem Präsidenten der Landesärztekammer ganz ähnlich geäußert hat.

Wir müssen jetzt endlich dazu kommen, die Prioritätensetzung, von der auch hier seitens der Regierung immer wieder geredet wurde, in der Praxis umzusetzen. Es ist nicht sichergestellt, dass an allen Kliniken und Heimen standardmäßig regelmäßige Testungen des medizinischen Personals vorgenommen werden. Es ist nicht sichergestellt, dass Patienten bei der Aufnahme in Krankenhäuser getestet werden. Einige Kliniken tun das, andere tun das nicht. Wir brauchen auch noch Kapazitäten für die Besuche. Wir müssen also wegkommen von den anlasslosen Massentests. Wir müssen die Tests dahin bringen, wo sie wirklich gebraucht werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, wir hätten noch Testkapazitäten, weil Sie Material gekauft hätten. Das bringt aber nichts; denn ein gekauftes Testkit ist noch kein durchgeführter Test. Den Test muss medizinisches Personal machen. Der Test ist auch nicht ausgewertet; das ist Aufgabe der Labore. Außerdem ist der Test noch nicht nachverfolgt; das ist wiederum Aufgabe der Gesundheitsämter. Alle diese Stellen befinden sich personell am Limit. Darüber dürfen Sie nicht weiter hinweggehen.

Zur Entlastung der Labore und der Gesundheitsämter schlagen wir vor, gepoolte, das heißt, gebündelte Tests vorzusehen und das japanische Modell zur effizienten Kontaktverfolgung umzusetzen. Ich sage das jede Woche. Interessant ist, dass dies nun in der Bund-Länder-Einigung thematisiert wurde. Das japanische Modell ist genau das, was jetzt für die Schulklassen vorgeschlagen wird: Wenn es eine Infektion geben, beginnt eine fünftägige Quarantäne, danach beginnt das Testen. Das ist auch sinnvoll. Sich einfach nur testen zu lassen, weil man sich danach fühlt, bringt nichts, weil der Test erst einige Tage nach der Infektion überhaupt anschlägt. Insofern werden am Ende des Tages etliche Tests verschwendet.

Wir müssen die Überlastung der Intensivkapazitäten vermeiden. Das bedeutet: Elektive Behandlungen, die ohne Gefahr für die Patienten nach hinten geschoben werden können, müssen aufgeschoben werden, weil wir das Personal für die Intensivmedizin freibekommen müssen.

Wir haben in diesem Winter dramatisch steigende Infektionszahlen. Heute hat Herr Prof. Dr. Uwe Janssens, der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, gesagt: Wir fühlen uns von der Politik allein-

gelassen. Wir haben vier Mal so viele Neuinfektionen wie im März und April. Die Betten reichen nicht, da es nicht nur um die Betten geht, sondern auch um das Personal und die Pflegekräfte. Die Verweildauern bei COVID-19 sind zudem ebenfalls sehr lang. Das ist nicht mit einer schweren Grippe vergleichbar. Wenn wir mehrwöchige Verweildauern auf den Intensivstationen haben, müssen wir dies in die Kapazitäten der Intensivmedizin einrechnen und rechtzeitig umsteuern. Die Plätze könnten sehr viel schneller knapp werden, als wir gedacht haben.

Bei Corona und den schlimmen Auswirkungen geht es keineswegs um die leider auch dramatisch ansteigenden Todeszahlen. Wir haben inzwischen 426 Tote innerhalb von 24 Stunden. Das bedeutet, alle drei Minuten fällt in Deutschland ein Mensch dieser Krankheit zum Opfer. Das ist dramatisch. Hinzu kommt, dass etliche Menschen zwar nicht daran versterben, aber mit schweren Langzeitwirkungen zu rechnen haben, möglicherweise mit chronischen Erkrankungen. Auch das gilt es dringend zu vermeiden. Wir müssen die Hilfe- und Warnrufe der Intensivmedizin ebenfalls wahrnehmen. Hier ist es höchste Zeit, umzusteuern.

Wichtig ist auch, dass wir Besuche ermöglichen. Wir dürfen alte und kranke Leute nicht wieder wegsperren. Da gibt es zum Teil erschütternde Beispiele, weil es keine eindeutige Regelung gibt. Manche Häuser sind hier sehr strikt und vorsichtig. Das ist aus ihrer Sicht verständlich. Das darf aber nicht dazu führen, dass keine Besuche bei wirklich kranken, alten Menschen oder Leuten, die dauerhaft in einer solchen Einrichtung leben, mehr möglich sind. Da erreichen uns erschütternde Berichte. Das heißt, dass wir dazu, erstens, klare Vorgaben brauchen. Diese Besuchsmöglichkeit muss aufrechterhalten bleiben. Es ist sehr schwammig zu sagen, man dürfe nur Sterbende besuchen; ob jemand stirbt, weiß man vorher ja gar nicht. Zweitens brauchen die Heime und Kliniken natürlich bei Schutzmaterial und Testkapazitäten Unterstützung. Man muss den Besucherinnen und Besuchern zum Beispiel in den regionalen Testzentren Testkapazitäten einräumen; das Personal und die Pflegekräfte in den Heimen und Kliniken schafft es nicht, zusätzlich noch die Besucherinnen und Besucher zu testen. Das ist ganz wichtig.

Ich komme dann kurz zu den Dringlichkeitsanträgen der anderen Fraktionen. Bei der CSU heißt es, man wolle so weitermachen. Mir fehlen da aber ein paar Punkte. Man fragt sich natürlich schon, warum es keine klareren Regelungen für Arbeitsplätze, zum Beispiel in Großraumbüros, gibt, wenn man gleichzeitig Kindern auch an Grundschulen Maskenpflicht auferlegt. Hier könnte man wirklich deutlich nachbessern. In diesen Wochen ist der Arbeitsplatz die Hauptkontaktquelle; der wird regelmäßig aufgesucht, alles andere hat geschlossen. Das darf man nicht ausblenden.

Zum Thema Weihnachten: Ist es eigentlich schon jemandem aufgefallen, dass es da nicht nur um Familien geht? Ich muss zum einen sagen, dass in der Bund-Länder-Regelung tatsächlich komische Regeln enthalten sind. Die Beschränkung auf eine Anzahl von Haushalten ist nachvollziehbar. Eine zusätzliche Beschränkung auf die Anzahl der Personen ist aber doppelt gemoppelt und nicht nachvollziehbar; wer zusammenlebt, hat auch das gleiche Infektionsrisiko und -potenzial. Absurd wird es dann, wenn man Kinder bis 14 Jahre ausnimmt. Was macht man, wenn die Tochter gerade ihren fünfzehnten Geburtstag hatte? Muss die dann draußen bleiben? – Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssten sich jetzt auch darauf vorbereiten, – überraschende Mitteilung –, dass an Weihnachten viele Menschen in die Kirchen gehen, die das sonst nicht tun. Für aktive Gemeindemitglieder ist das oft noch wichtiger. Wir brauchen da klare Vorgaben und Konzepte. Da gibt es, wie jetzt in München, zwar Ideen. Hier wollen die Bischöfe beider Konfessionen am Chinesischen Turm eine gemeinsame Freiluft-

veranstaltung machen. Das ist eine schöne Idee, die aber leider ein bisschen problematisch ist. Es ist nicht das richtige Konzept, wenn Menschen massenhaft zusammenkommen. Wir brauchen also zuerst einmal klare Vorgaben und Ideen für die Kirchengemeinden. Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Sie müssen das anders machen. Wir unterstützen Sie dabei. Das gehört ganz klar dazu. Das dürfen keine Superspreader-Events werden.

Ich habe mich über den Dringlichkeitsantrag der FDP sehr gewundert. Er enthält genau das Gegenteil dessen, was Sie uns während der letzten Wochen immer und immer wieder vorgelegt haben. Bislang wollten Sie immer die bayerische Teststrategie beenden. Jetzt wollen Sie Massentests für alle. Ich glaube, Sie haben sich das aus Österreich abgeschaut. Aber auch dort gibt es schon viel Widerstand. Die Österreicher machen das auch nur, weil sie die Containment-Strategie der Nachverfolgung einfach nicht mehr bewältigen können. Ein Einmaltest ist aber nur eine Momentaufnahme. Wenn schon, dann müsste man die Bevölkerung in regelmäßigen Abständen testen.

Vor zwei Wochen meinten Sie in Ihrer Begründung:

Die Konsequenz aus dem bayerischen Sonderweg und der Abkehr von der nationalen Teststrategie

– hier kommt ein zusätzliches Komma –

ist eine Zunahme beim Probenrückstau, Verzögerungen bei der Testabnahme sowie Ergebnisübermittlung

– dann kommt noch ein überflüssiges Komma –

sowie eine zusätzliche Belastung der Arztpraxen.

– Das haben Sie uns vor zwei Wochen vorgelegt. Was sagt uns das? – Auch das Komma soll man nur setzen, wo es wirklich nötig ist.

(Heiterkeit)

Das gilt eben auch für die Tests.

(Beifall bei der SPD)

Beim Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ist es ähnlich. Der Antrag ist, auch wenn sich darin einiges wiederholt, in Ordnung. Man muss also bei seinen Forderungen immer prüfen,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Ruth Waldmann (SPD): ob sie in dieser Form tatsächlich nötig sind. Der Schwimmunterricht ist wichtig. Es geht aber niemand unter, wenn der Unterricht auch für diese kurze Zeit bis zu den Weihnachtsferien noch ausfällt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie haben noch etwas Redezeit bekommen. Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Pult. Der Kollege Dominik Spitzer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Dr. Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Frau Kollegin Waldmann, Sie differenzieren ebenso wie Herr Kollege Seidenath nicht zwischen PCR- und Schnelltest. Zwischen diesen besteht ein gravierender Unterschied. Wir haben bei der Reagenzienbereitstellung für den PCR-Test, dessen Ergebnis sich hinzieht, Engpässe. Man muss also zwei,

drei Tage warten, bis man das Ergebnis eines PCR-Tests bekommt. Bei einem Schnelltest bekommen Sie das Ergebnis binnen weniger Minuten. Ich bitte schon darum, dass hier differenziert wird und nicht beides in eine Tüte gepackt wird.

Ruth Waldmann (SPD): Ich schlage schon vor, die gepoolte Auswertung der Tests und Proben in einen Topf zu werfen; das ist aber ein anderes Thema.

Es geht um etwas anderes. Es mag sein, dass es inzwischen genügend Reagenzien gibt. Die Staatsregierung hat bestätigt, dass es inzwischen genügend Material gibt. Deswegen ist sie auch der Meinung, sie habe Testkapazitäten. Dem ist aber nicht so, weil das Personal fehlt. Auch der Schnelltest muss von medizinischem Fachpersonal gemacht werden. Es reicht da eben nicht, mit einem Wattestäbchen ein bisschen am Gaumen herumzuzickeln; stattdessen muss das – wer das einmal erlebt hat: das ist sehr unangenehm – tief hinten in der Nase, im Rachen gemacht werden. Da kann man viel kaputt machen. Darum muss das von medizinischem Fachpersonal gemacht werden. Wir haben aber einfach nicht unbegrenzt medizinisches Fachpersonal zur Verfügung. Deswegen ist das eben nicht das Gleiche.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Waldmann. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Diesen Mittwoch trafen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten wieder mit der Kanzlerin zusammen, um das weitere Vorgehen bezüglich der grassierenden Corona-Pandemie zu besprechen. Es wurde eine langfristige Strategie angekündigt, auf die die Menschen in unserem Land gewartet haben. Vor allem warteten darauf, um nur einige zu nennen, die Gastronomen und Hoteliers, die Kulturschaffenden und Solo-Selbstständigen. Es wurde aber nur eine Verlängerung und eine Verfestigung des Status quo beschlossen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Der Lockdown light war nicht besonders erfolgreich. Die Stabilisierung des Infektionsgeschehens erfolgte dank der Umsicht unserer Bürgerinnen und Bürger, nicht aufgrund der durchgeführten Maßnahmen. Herr Ministerpräsident, ein richtiger Wellenbrecher sieht anders aus.

Die Frage, die sich nun stellt, lautet, weshalb die gewünschten Ergebnisse ausgeblieben sind. Dazu gibt es viele Theorien, aber nur wenige Erkenntnisse.

Die FREIEN WÄHLER behaupten, der Lockdown sei nicht hart genug gewesen. Sie haben sich schließlich noch vor vier Wochen für Ausgangsbeschränkungen stark gemacht. Wir sehen eher ein Problem in der Konzeption des Lockdowns. Es ist davon auszugehen, dass die Schließung von öffentlichen Räumen wie Kultureinrichtungen oder Gastronomie, die gute Hygienekonzepte haben, eher dazu geführt hat, sich ohne Auflagen im Privaten zu treffen; dort kann sich das Virus ohne Kontrolle verbreiten. Ich habe bisher noch immer nicht verstanden, wie das Schließen von Hotels und Gasthöfen zur Eindämmung der Pandemie beitragen soll. Beim kommenden Weihnachtsfest können Verwandte jetzt nicht separat im Hotel, sondern müssen dicht gedrängt bei der Familie auf dem Sofa nächtigen.

Wir werden auch heute keine endgültige Klärung hinbekommen. Wir können aber in die Zukunft schauen und gemeinsam an einer Strategie arbeiten. Wir haben, wie eingangs erwähnt, bis heute leider keine Langzeitstrategie. Die konstruktiven Ideen der Opposition werden nur scheinbar aufgenommen. Stattdessen werden nicht zweckmäßige Ideen wie ein Skifahrverbot bis Neujahr oder eine Quarantänepflicht für Tagesausflügler nach Österreich verordnet.

Wir hätten statt symbolhafter Debatten heute einen Vorschlag zur Bekämpfung des Virus, der sich in anderen Ländern durchaus bewährt hat. Es geht um die soge-

nannten Massentests in Hotspot-Gebieten. Diese Tests – Sie kennen das – wurden in der Slowakei und in Südtirol erfolgreich durchgeführt. Sie sollten auf freiwilliger Basis auch dringend in Bayern angewendet werden. Das Ziel dieser Massentests ist Folgendes: Man führt diese Tests durch, bekommt positive Testergebnisse und kann damit in der Fläche schlagartig und schnell die Zahl der Infektionen senken. Dieser weitergehende Vorschlag hat mehrere Vorteile. Zum einen ließen sich Infektionscluster noch besser als mit den beschlossenen Reihentests nachvollziehen und schließlich das Virus damit eindämmen. Zum anderen kann durch eine solche konzentrierte Aktion die Nachverfolgung der Infektionsketten wiederhergestellt werden und damit den ÖGDs die Möglichkeit gegeben werden, wieder zu funktionieren und die Nachverfolgung wieder aufzunehmen. Natürlich ist es utopisch, einen Massentest für ganz Bayern zu fordern, das ist uns auch klar. Wir sind aber überzeugt, dass diese Strategie für die derzeit 28 bayerischen Hotspots gerade vor Weihnachten eine effektive und sinnvolle Maßnahme wäre, um die Festtage sicherer

Wir haben von Herrn Seidenath bereits gehört, dass dieser Antrag abgelehnt werden wird, aber ich bitte Sie, darüber nachzudenken, ein Modellprojekt aufzulegen, um hieraus Erfahrungen zu machen, die über ihre Reihentests hinausgehen. Vielleicht könnten Sie einfach einmal einen Massentest als Testpilot steigen lassen? – Nur als Empfehlung.

(Beifall bei der FDP)

Den Kritikern hier im Saal sage ich: Die falsch-positiven Tests könnten mittels PCR-Nachtestung ausgeschlossen werden. Die falsch-negativen Testungen wird es natürlich auch geben. Der Benefit übersteigt die Nachteile aber um ein Vielfaches. Dieses freiwillige Massentestverfahren ist neben der flächendeckenden Abdeckung mit FFP2-Masken ein zusätzlicher effektiver Baustein bis zur ausreichenden Durchimpfung der Bevölkerung. Die FDP-Fraktion begleitet seit Beginn der Corona-Epidemie die Staatsregierung konstruktiv und helfend.

Nun zu den Dringlichkeitsanträgen der anderen Parteien. Es war nichts anderes zu erwarten als ein Lobgesang der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER auf die beschlossenen Maßnahmen. Es gibt aber ein paar Punkte, bei denen ich mich schon wundere. Explizit ausgelassen wurde bei diesem Antrag zum Beispiel, dass bei uns im Allgäu und in der Presse von den FREIEN WÄHLERN mit dicken Backen kommuniziert wird, im Allgäu werde Wintersport möglich sein, sie werden sich zumindest dafür einsetzen. Die Landrätin des Landkreises Oberallgäu schreibt in einem offenen Brief, auch Herr Kollege Streibl und Herr Vizepräsident Hold lehnten die pauschale Schließung von Skigebieten ab. – Ich denke aber, sie tragen die Aussagen des Herrn Ministerpräsident trotzdem mit. Des Weiteren – und das ist mein Hauptkritikpunkt gegenüber der CSU und den FREIEN WÄHLERN – fehlt eine langfristige Strategie.

Mit dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN haben wir viele Überschneidungen, wir haben viele Gemeinsamkeiten. Nehmen wir die längerfristige Planungssicherheit, die Abfederung von wirtschaftlichen und sozialen Härten. Eine großangelegte Informations- und Aufklärungskampagne halte auch ich für essenziell und für ein wichtiges Instrument. Bis heute haben die Leute nicht gesagt bekommen, wie die Masken aufzusetzen sind, wie und wie lange sie zu tragen sind. Das sind Informationsdefizite. Das sind Informationen, die einfach fehlen. Ich hätte schon lange erwartet, dass sie einmal kommuniziert werden. In diesen wie auch in vielen anderen Punkten – nehmen wir die Schnelltests in den Altenheimen, in den Schulen oder die Versorgung mit FFP2-Masken – stimmen wir mit den GRÜNEN überein. Leider ist es aber so, dass Sie die Forderungen in Ihrem Antrag als nachvollziehbar und verhältnismäßig ansehen. Da unterscheiden wir uns leider.

Bei der SPD ist es eigentlich genau das Gleiche. Viele Forderungen haben wir gemeinsam über Monate hinweg erhoben. Auch die bayerische Teststrategie, die Sie, Frau Waldmann, nun mit den Massentests nicht mehr konsequent verfolgt sehen, haben wir gemeinsam gefordert. Das gilt auch für die Unterstützung der Krankenhäuser und der ÖGDs. Kultur und Sport brauchen eine Perspektive, die Wirtschaft muss entschädigt, Insolvenzen müssen verhindert werden. In diesen Forderungen treffen wir aufeinander und haben alle den gleichen Weg, ob Grün oder Rot. Aber auch Sie sehen in Ihrem Antrag die Verhältnismäßigkeit und die Zweckmäßigkeit gewahrt. Da sind wir leider anderer Meinung. Deshalb werden wir uns bei den Anträgen der GRÜNEN und der SPD enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Spitzer, bleiben Sie noch am Rednerpult. Es hat sich noch Frau Kollegin Högl von der CSU-Fraktion zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Frau Högl, bitte schön.

Petra Högl (CSU): Herr Kollege Spitzer, Sie haben gesagt, Sie wollen mehr darüber wissen, wie man die Masken richtig trägt. Haben Sie denn schon einmal auf der Homepage des Gesundheitsministeriums nachgeschaut, bei dem Faktencheck, was da zum Thema Masken steht? – Da können Sie nämlich sehr gut nachsehen, wie man Masken trägt, wie lange man Masken trägt, welche Maske welche Wirkung hat. Haben Sie das schon einmal angeschaut?

(Beifall bei der CSU)

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Kollegin, genau das zeigt doch das Defizit auf. Ich habe nicht auf diese Seite geschaut,

(Unruhe bei der CSU)

wie vermutlich 11 oder 12 Millionen andere Bayern, die über dieses falsche Medium nicht informiert werden können.

(Zuruf von der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Spitzer, Sie haben noch 40 Sekunden Redezeit. Sie können Ihre Rede aber auch gerne beenden.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Ich denke, es ist alles gesagt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als wir vor vier Wochen an gleicher Stelle und in gleicher Runde den Lockdown light miteinander beraten und mehrheitlich auf den Weg gebracht haben, da saßen wir angesichts eines sich exponentiell entwickelnden Infektionsgeschehens sinnbildlich gesprochen auf der Rücksitzbank eines Fahrzeugs, das immer und immer schneller wurde und sich geradewegs auf eine Wand zubewegte. Wir haben uns deshalb mehrheitlich dazu entschlossen, die Sitzposition zu wechseln, umzusteigen von der Rücksitzbank auf den Fahrersitz, um die Kontrolle über dieses Fahrzeug zurückzugewinnen und einen Bremsvorgang einzuleiten. Wir haben keine Vollbremsung, kein unkontrolliertes Bremsen auf die Gefahr hin durchgeführt, das Fahrzeug aus der Spur, unser Land aus der Bahn zu werfen. Wir haben stattdessen eine kontrollierte, eine effektive, eine zielgerichtete Bremsaktion durchgeführt.

Nach der Ministerpräsidentenkonferenz vom zurückliegenden Mittwoch, der gestrigen Befassung des bayerischen Kabinetts und mit der heutigen Sondersitzung des Bayerischen Landtags ist jetzt die Stunde der Bestandsaufnahme gekommen. Es gilt gleichsam zu evaluieren, ob die Dosis gereicht hat, ob das Fahrzeug unter Kontrolle ist oder ob weitere Maßnahmen notwendig sind. Es gibt an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, durchaus good News: Ja, es ist uns gelungen, ein sich exponentiell entwickelndes Infektionsgeschehen in eine Seitwärtsbewegung umzumünzen, gewissermaßen ein Plateau der Infektionsentwicklung zu erreichen. Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir stehen eben gerade nicht bei den 90.000 Neuinfektionen pro Tag, die uns die Präsidentinnen und Präsidenten der sechs großen deutschen Forschungseinrichtungen prognostiziert hatten, hätten wir eben nicht diesen Lockdown light auf den Weg gebracht. Unsere Maßnahmen sind also wirksam.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotzdem gilt es festzuhalten, dass der Abstand des Fahrzeugs zur Wand und auch die Geschwindigkeit des Fahrzeugs, um in diesem Bild zu bleiben, konstant geblieben sind, wir also trotzdem auf eine Wand zu rasen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, alleine im Zeitverlauf der letzten 24 Stunden haben wir weit über 400 Menschen in Deutschland an das Coronavirus verloren. Ich wundere mich deshalb immer über all diejenigen, die jetzt der Meinung sind, wir könnten aufhören, wir müssten nicht über tiefergehendere, weitergehende verlängerte Maßnahmen nachdenken. Ich finde, hier ist das Bild des Herrn Ministerpräsidenten mehr als geeignet. Er sagt, 400 Menschen binnen 24 Stunden, das verhält sich gerade so, Kolleginnen und Kollegen, als würden jeden Tag zwei voll besetzte Verkehrsmaschinen über Deutschland abstürzen. Ich glaube, dass es keine Politikerin, dass es keinen Politiker in diesem Land gibt, der dann der Meinung wäre, den Luftverkehr weiter ohne Eingriffe nach dem Motto fortlaufen zu lassen: Das ist doch nicht unsere Verantwortung; das ist doch alles kein Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Nein, wir müssen angesichts von mehr als 400 verstorbenen Menschen pro Tag den Lockdown selbstredend verlängern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht wünschenswert, aber das ist an dieser Stelle unausweichlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Lockdown aber nicht nur verlängern; nein, wir müssen ihn leider – auch das ist nicht wünschenswert, aber unausweichlich – in seinen Maßnahmen vertiefen; denn wenn weiterhin 400 Menschen pro Tag an COVID-19 versterben, dann würde das alleine bis Weihnachten bedeuten, dass eine Menge Menschen, die die gesamte Münchner Olympiahalle füllen würde, dieses Fest nicht mehr erleben würden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das kann niemand akzeptieren, der politische Verantwortung für unser Land und für die Menschen trägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, Corona ist jetzt besser unter Kontrolle als vor vier Wochen, aber nein, wir haben Corona nicht aus der Welt geschafft. Corona ist noch da. Wir haben Corona auch noch nicht im Griff. Wir müssen deshalb weiter entschlossen handeln.

Wir sind deshalb als FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion froh darüber, dass es gelungen ist, Herr Ministerpräsident, in Berlin sozusagen die Quadratur des Kreises auf den Weg zu bringen, einen Konsens über einen Dezember-Fahrplan gemeinschaftlich auf den Weg zu bringen – über die Grenzen aller deutschen Länder hinweg, über die Grenzen des gesamten demokratischen Parteienspektrums hinweg.

In diesem Maßnahmenkatalog, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht sehr vieles, was vielleicht auf der Hand liegt, was niemanden, der sich ernstlich mit

der Pandemiebewältigung befasst, wirklich aus der Bahn werfen kann, was eigentlich jeder unterstützen muss, beispielsweise die weitere Reduzierung der Kontakte. Es ist ganz klar: Wenn wir uns mit den Infektionszahlen auf einem Plateau befinden, aber davon herunterkommen wollen, müssen wir die Kontakte weiter reduzieren, nämlich von zehn Kontakten wie bisher auf fünf Kontakte in der Zukunft. Das wird niemand ernstlich in Frage stellen wollen.

Es wird auch niemand ernstlich in Frage stellen wollen, dass die Maske in Ermangelung eines Impfstoffes, in Ermangelung eines Medikamentes zunächst unser einziges Mittel gegen diese Pandemie ist und dass wir deshalb, um von dem Plateau herunterzukommen, um das Infektionsgeschehen weiter einzudämmen, darauf angewiesen sind, im öffentlichen Raum den Schutz mittels Masken noch einmal zu verstärken.

Das alles sind Maßnahmen, die niemand ernstlich überrascht haben; das alles sind Maßnahmen, die mehr oder weniger auf der Hand liegen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz, die heute auch Gegenstand des Dringlichkeitsantrags der beiden Regierungsfractionen ist, stehen auch einige Dinge, die ausdrücklich auf das Wohlwollen unserer Regierungsfraction treffen; erfreulicherweise gilt das sogar für die überwiegende Mehrheit der aus Berlin kommenden und gestern vom bayerischen Kabinett vorgeschlagenen Beschlüsse. Dies gilt beispielsweise – das habe ich in der Zwischenbemerkung schon angedeutet – für all die Maßgaben für den Kulturbereich, weil das, was dort beschlossen worden ist, unsere bayerische Regierungserfahrung trifft, dem Grunde nach das ausmacht, was wir für Bayern bereits vorgeschlagen hatten: Die Schulen bleiben offen; die bayerische Ferienregelung wird zur Maßgabe für die gesamte Bundesrepublik; wir kommen weg von der 14-tägigen Quarantäne hin zu einer Verkürzung durch ein Freitesten nach fünf Tagen. Was Kultusminister Michael Piazolo und Ministerpräsident Markus Söder als Marschrichtung mit nach Berlin genommen haben, ist heute eins zu eins zur Beschlussfassung nach München zurückgekommen und findet das ausdrückliche Wohlwollen unserer Regierungsfraction, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleiches gilt für die bayerische Hotspot-Strategie. Sie wird dem Credo unserer Regierungsfraction gerecht, so wenige Einschränkungen wie möglich, aber so viele wie nötig auf den Weg zu bringen und nicht wie mit der Gießkanne in der Bundesrepublik überall die gleichen Maßnahmen auf den Weg zu bringen, sondern dort stärker hinzulangen, wo es mehr nützt, und es anderswo etwas lockerer lassen zu können, nämlich dort, wo die Zahlen besser sind, hierfür aber ein bundesweit einheitliches Regularium zu haben. Das war Linie unserer Regierungsfraction, seit diese Pandemie begonnen hat, und das wurde jetzt allgemeingültig in der Ministerpräsidentenkonferenz so vorgeschlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns darüber, dass die Beschränkungen im Einzelhandel deutlich geringer ausgefallen sind, als zunächst einmal in Rede stand. Wir freuen uns, dass die aus unserer Sicht unsinnige Ein-Kind-Regel nicht Realität geworden ist, dass Kinder unter 14 von der Verschärfung der Kontaktbeschränkungen ausgenommen worden sind. Wir freuen uns aber auch über die Regelungen für die Weihnachtszeit, die den Menschen in Bayern ein würdevolles Fest ermöglichen. Vor allen Dingen – da schließe ich an den Herrn Ministerpräsidenten an –, liebe Kolleginnen und Kollegen, freut uns die Bereitschaft des Bundes zur Verlängerung der Wirtschaftshilfen. Nach meinem Verständnis ist das ein Punkt, der in der Detaildiskussion um all die Regelungen untergeht. Was hier mit Milliarden von Euro geleistet wird, ist beispielhaft; das gibt es nirgends, auch dort nicht,

wo wesentlich härtere Regeln gelten als bei uns in Bayern und in Deutschland. Auch dahinter stehen wir als die Gruppierung, die den bayerischen Wirtschaftsminister stellt, ausdrücklich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Neben diesen Maßnahmen, die auf der Hand lagen, und den Maßnahmen, die wir ausdrücklich begrüßen – da mache ich, Kollege Spitzer, aus meinem Herzen keine Mördergrube –, stehen im MPK-Beschluss natürlich auch ein paar Maßnahmen, bei denen die Sektkorken bei der Gruppierung, die den Wirtschaftsminister in Bayern stellt, nicht geknallt haben. Selbstverständlich sind wir nicht froh darüber, dass es derzeit noch immer keine verlässliche Perspektive für die Gastronomie geben kann. Selbstverständlich sind wir nicht glücklich darüber, dass es um den Wintertourismus zunächst einmal bis Weihnachten noch mehr oder weniger unbestimmt steht – ohne jede Frage. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch aus Berlin ist nicht übermittelt, Herr Ministerpräsident, dass dazu die Sektkorken geknallt hätten, ganz im Gegenteil: In Berlin war man der Meinung – auch wir in München sind dieser Meinung –, dass es zunächst einmal nötig ist, diese Maßnahmen bis Weihnachten aufrechtzuerhalten, aber doch nicht, um zuzumachen, sondern mit der klaren Perspektive, im neuen Jahr wieder mit Zuversicht aufmachen zu können.

Kolleginnen und Kollegen, heute geht es auch insbesondere um die Homogenität und nicht um das Durchsetzen der letzten Einzelmaßnahmen; denn am Ende des Tages hängen wir bei der Bewältigung dieser Pandemie – das habe ich vor dem Landtag schon häufiger so gesagt – nach meiner festen Überzeugung nicht davon ab, ob wir besonders kluge politische Entscheidungen treffen, sondern insbesondere davon, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen, sie zum Mitmachen zu animieren, sich an unsere Regeln zu halten. Dafür braucht es einheitliche Regeln in der gesamten Bundesrepublik. Deshalb muss die Homogenität Vorfahrt vor dem letzten Durchsetzen im Detail haben. Deshalb kann es auch kein Ausscheren aus den Berliner Beschlüssen geben, weshalb wir die Oppositionsanträge ablehnen und uns seitens der Regierungsfraktion eineindeutig hinter das stellen, was in Berlin verhandelt und gestern in München beschlossen wurde, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich darf abschließend noch einmal appellieren: an uns alle, aber insbesondere an die Menschen in Bayern, noch einmal Luft zu holen, als Team Bayern den Rücken sprichwörtlich durchzustrecken und diese Zeit gemeinsam durchzustehen; denn Gott sei Dank ist es jetzt anders als im März. Jetzt gibt es Licht am Ende des Tunnels. Jetzt befinden sich Impfstoffe in der Pipeline. Wir sollten nicht das, was wir uns gemeinsam erarbeitet haben, auf den letzten Metern verspielen, auch nicht in der Weihnachtszeit, in der die Regeln etwas lockerer sind. Nein, es gilt jetzt – noch einmal mit Markus Söder gesprochen –, die Umsicht und die Vorsicht hochzuhalten. Ich glaube aber, wir dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen – das darf ich seitens unserer Regierungsfraktion ergänzen – den Doppelpass aus Umsicht und Vorsicht durchaus auch um die Zuversicht ergänzen. Wenn das für die nächsten Wochen zur Bayerngleichung wird – die Umsicht und die Vorsicht plus die Zuversicht –, dann sind wir nach fester Überzeugung der FREIEN WÄHLER bestens aufgestellt, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): – um auch diese Krise zusammen mit den Menschen in Bayern bestmöglich zu meistern. Deshalb bitten wir heute um Ihre

Zustimmung zu unseren Dringlichkeitsanträgen. – Herzlichen Dank dafür und fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Sie haben noch zusätzlich drei Minuten bekommen. Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste ist vom Kollegen Vizepräsidenten Markus Rinderspacher von der SPD.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Als ich vorging, sagte er, er wolle nach Hause. Ausgerechnet!

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Dr. Mehring, mehre Vertreterinnen und Vertreter der Opposition haben heute die Corona-Teststrategie der Bayerischen Staatsregierung kritisiert, und sie sind damit nicht alleine. Die Generalsekretärin der FREIEN WÄHLER und Mitglied Ihrer Fraktion, Frau Kollegin Susann Enders, hat vor einigen Wochen die Corona-Teststrategie ebenfalls intensiv kritisiert, und zwar mit den gleichen Argumenten, die heute hier vorgebracht wurden.

Sie sprechen von Homogenität. Könnten Sie mir in diesem Sinne vielleicht noch mal die Kritik der FREIEN WÄHLER an der Teststrategie der Bayerischen Staatsregierung näher erläutern und uns im Plenum vielleicht auch das Gegenkonzept der FREIEN WÄHLER darstellen?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, bei dieser Pandemie, einer noch nie da gewesenen Krisenlage, handelt es sich um ein mehr als dynamisches Ereignis, nicht nur hinsichtlich der infektiösen Ausbreitung, sondern auch hinsichtlich der politischen Bewerkstelligung der Aufgaben.

(Lachen)

Selbstverständlich ist es korrekt, dass wir deshalb auch die Instrumente – das meine ich sehr ernst, auch wenn dies für Erheiterung sorgt – zur Bewältigung dieser Pandemie dauerhaft auf den Prüfstand stellen müssen, dass wir sie dauerhaft anpassen müssen und dass wir natürlich auch darüber sprechen müssen, wenn Reagenzien zu Ende gehen, wenn Personalkapazitäten an die Grenzen geraten, wenn wir zu welchem Zeitpunkt testen. Wir müssen auch darüber reden, welcher Test welche Güte hat. Wenn manche Tests vielleicht nur 45 bis 60 % Zielgenauigkeit haben, sind sie für Altenheime wohl eher nicht geeignet. Genau das meinen wir, wenn wir vorschlagen, unsere Instrumente dauerhaft anzupassen. Ich sage aber ausdrücklich – auch das kann für Erheiterung sorgen, aber dahinter stehe ich –, dass ich die Strategie der Bayerischen Staatsregierung "testen, testen und testen" für richtig gehalten habe. Lieber Florian Streibl, das stand schon um die Osterzeit in unserem Strategiepapier. Ich bin sicher,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): es hat Menschenleben in Bayern gerettet.

(Beifall – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Maier von der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Maier, bitte.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Dr. Mehring, Sie haben Anfang Oktober hier am selben Ort in einem Dringlichkeitsantrag davon gesprochen, dass die Staatsregierung einen Runden Tisch zur Corona-Strategie einrichten möchte. Jetzt haben Sie heute wieder mit großen Worten die Staatsregierung für ihre Arbeit gelobt. Mich würde jetzt interessieren, wie denn die Arbeit des Runden Tisches der Staatsregierung verläuft. Sitzen Sie mit an dem Tisch, und wer nimmt da alles teil?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zunächst darf ich Sie in Ihrer Einschätzung bestätigen, dass das Lob der Staatsregierung völlig zu Recht erfolgt ist, Herr Kollege Maier. Darüber hinaus kann ich gleich zwei Antworten auf die Frage nach dem Runden Tisch geben. Ein Runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft hat bereits auf Einladung der FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion stattgefunden. Florian Streibl hat dazu eingeladen. Hätten Sie aufgepasst, hätten Sie mitbekommen, dass ich davon in der Aktuellen Stunde am vergangenen Mittwoch intensiv berichtet habe – gerade mit der Idee, unsere Beschlussfassung in einen breiteren gesellschaftlichen Konsens zu stellen. Ich hatte am Mittwoch dafür geworben, uns das auch im Hinblick auf die öffentliche Meinungsbildung gangbar zu machen.

Hinsichtlich des von der Staatsregierung einzuberufenden Runden Tisches ist nach meinem Kenntnisstand derzeit bereits die Benennung in Arbeit.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

– Das wird am Donnerstag das erste Mal stattfinden, ruft mir der Herr Ministerpräsident zu. Herr Maier, seien Sie sich sicher, dass wir den Weg wie vorgeschlagen gehen. Ich nehme erstmalig mit Freude zur Kenntnis, dass offensichtlich dann sogar Sie dahinterstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Mehring. Die Zwischenbemerkung ist zurückgezogen worden. Sie können sich an Ihren Platz zurückbegeben. Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Marcel Huber von der CSU-Fraktion. Herr Huber, Sie haben noch 4 Minuten und 4 Sekunden. Bitte schön.

Dr. Marcel Huber (CSU): Ich weiß, dass ich nicht viel Zeit habe, und will mich auf das Wesentliche beschränken. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwei Jahrzehnte meines Lebens mit Seuchenbekämpfung verbracht, allerdings im Tierreich. Ich habe einige Seuchenzüge begleitet und kann Ihnen sagen, dass es in der Seuchenbekämpfung eine für alle geltende Grundregel gibt: Infektketten unterbrechen! Das ist das zentrale Thema.

Wenn man dies extrem vollzieht, ist es relativ einfach: zu Hause bleiben, keinen Kontakt mit anderen pflegen – damit unterbricht man sicher die Infektkette. So einfach ist es bloß nicht. Jetzt sind wir in der dummen Situation, dass es zwischen dem völligen Stillstand und der völligen Öffnung, wie wir es in Schweden beobachtet haben, eine große Differenz gibt. Wirtschaft, Handel, Kultur, Musik, Gesellschaft, Soziales, Bildung, Hochschule – all das soll nicht total auf null zurückgefahren werden. Wir müssen einen ganz schwierigen Balanceakt vollbringen, um auf der einen Seite die Infektkette wirksam zu unterbrechen und auf der anderen Seite sicherzustellen, dass das öffentliche Leben, die Wirtschaft und vieles, was unser Leben ausmacht, nicht kaputtgehen.

Noch schwieriger wird es dadurch, dass es für eine Corona-Erkrankung keine Blaupause und kein Handbuch gibt, in dem man nachschauen könnte, wie man es

machen soll, damit es funktioniert. Noch etwas kommt hinzu: Zwischen Maßnahme und Effekt der Maßnahme liegen manchmal mehrere Wochen. Man kann nicht einfach heute irgendetwas machen und sehen, dass es funktioniert. Man muss es ausprobieren, und in drei Wochen kann man sagen, ob es funktioniert hat oder nicht. In diesem Sinne haben wir heute einige Redebeiträge gehört, bei denen wir eigentlich jemanden gebraucht hätten, der genau hätte sagen können, wie die Bevölkerung die Maßnahmen annehmen wird, wie sie umgesetzt und befolgt werden und was daraus in drei Wochen tatsächlich resultieren wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass dieser Diskurs über den Spagat zwischen Einschränkung und Freiheiten noch lange weitergehen wird. Wir können uns über Impf- und Teststrategien noch lange unterhalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir können uns über die Verharmlosung der Krankheit und postulierte Dinge lange unterhalten. Ich bin heute wirklich darüber gestolpert, dass angeblich Kinder mit blauen Lippen am Straßenrand herumstehen. Aber was wir jetzt tatsächlich brauchen, um die Situation zu meistern, ist Solidarität. Wir brauchen Solidarität zwischen denen, die vermeintlich jung, stark und unverwundbar sind, und denen, die zur Risikogruppe gehören. Wir brauchen Solidarität zwischen den Wissenschaftlern, den politischen Entscheidern, denen, die die Entscheidungen umsetzen, und den Bürgern. Wir brauchen dezidiert nicht das Gift des Zweifels. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Nachfragen, informieren und andere Meinungen einholen – das ist okay. Aber Misstrauen und Verunsicherung zu säen, ist etwas, was uns zurzeit insgesamt hindert, unser Ziel zu erreichen.

Ich möchte mit einem kurzen, zweihundert Jahre alten Zitat schließen. Wir haben heute schon so viel von Freiheit gehört, und Matthias Claudius hat gesagt: "Die Freiheit besteht darin, dass man alles tun kann, was einem anderen nicht schadet." Liebe Kolleginnen und Kollegen, also Masken auf und Kontakte minimieren! Vielleicht ist das der Weg zu einem schönen gemeinsamen Weihnachts- und Neujahrsfest und unser Beitrag dazu, dass manche Menschen es auch erleben können.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Huber, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Dominik Spitzer von der FDP. Herr Dr. Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Kollege Dr. Huber, Sie sprachen von Infektionskettenunterbrechung. Sinnvoll ist es doch auch, Dunkelziffern aufzudecken. Da würde sich doch das Instrument des Massentests anhand von Antigen-Schnelltests gerade in Hotspots bewähren können, bzw. man könnte dieses als sinnvoll erachten. Wie sehen Sie das?

Dr. Marcel Huber (CSU): Geschätzter Kollege, von Tierarzt zu Humanmediziner: Da sind wir nicht weit auseinander. Darüber müssen wir im Gesundheitsausschuss einmal sprechen. Aber eine Ihrer Aussagen heute bei der Vorstellung Ihres Antrags bringt mich dazu, Ihr Antragspaket doch nicht für unterstützenswert zu halten. Wenn jemand sagt, der Rückgang der Zahlen sei allein der Umsicht der Bürger geschuldet und nicht staatlichen Maßnahmen, dann zeigt das, dass wir an dieser Stelle noch weit auseinander sind. Bei den Tests an Hotspots können wir zusammenfinden, glaube ich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/11613 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/11614 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD. – Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11615 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/11616 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/11617 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen alles Gute und ein schönes Wochenende. Bleiben Sie gesund, und lassen Sie sich nicht anstecken, weder vom Virus noch von schlechten Gedanken!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:52 Uhr)